

Siebte Sommeruniversität
in Potsdam

Seite 4

Den demografischen Wandel
lokal gestalten

Seite 24

Europäisch denken,
Europäisch handeln?

Seite 34



Schwerpunktthema in dieser Ausgabe:

Kompetenz für den Erfolg

Angebote zur Kommunalpolitik
in der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kommunalpolitische
Trainingsangebote der
Friedrich-Ebert-Stiftung

Kompetenz für den Erfolg

— Ob auf der Insel Rügen oder am Fusse des Siebengebirges, die Qualität des sozialen Zusammenlebens in der Kommune bestimmt über die Lebenschancen von Jung und Alt, aber auch über die Einstellung der Menschen zur Demokratie. Im Frühjahr 2007 hat deshalb die Friedrich-Ebert-Stiftung ihre vielfältigen kommunalpolitischen Angebote in der „KommunalAkademie“ zusammengefasst und mit deren Ausbau das „Themen-Team KommunalAkademie“ beauftragt.



Einstieg in die Kommunalpolitik: Die FES bereitet mit ihren Trainingsangeboten den Weg. (Foto: mbfotos - Fotolia.com)

Mit der Gründung dieses Teams hat die Stiftung nicht allein ihre kommunalpolitischen Aktivitäten gebündelt, sondern dieser Arbeit eine ergebnisorientierte Struktur gegeben. Neben die regionalen Aufgaben der Landesbüros tritt

jetzt eine bundesweite Koordination aus Bonn.

Die KommunalAkademie ist das Qualifizierungs-, Beratungs- und Dialogangebot der Friedrich-Ebert-Stiftung für die kommunale Politik und für das bürgerschaftliche Engagement in den Kommunen. Durch die Vermittlung gleichermaßen von Fachwissen und methodischer Kompetenz trägt sie dazu bei, die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit insbesondere ehrenamtlicher Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker zu stärken. Großer Wert wird auf aktivierende Methoden gelegt, denn die Eigenarbeit und der Erfahrungsaustausch zwischen Aktiven fördert den praxisorientierten kommunalpolitischen Sachverstand. Und der ist notwendiger denn je, ist doch das Anse-

hen des demokratisch-bürgerschaftlichen Engagements in den letzten Jahren gesunken. Den kommunalpolitischen Nachwuchs gilt es besonders zu fördern. Insbesondere jungen Menschen soll Mut gemacht werden, sich ehrenamtlich einzusetzen, um der politischen Abstinenz und Verdrossenheit entgegenzuwirken.

Die Ergebnisse von Kommunalpolitik erleben die Bürger/innen im Alltag. Sie spüren sie nicht nur hautnah, sie können sie auch praxisnah beurteilen. Das Interesse daran zu wecken, in der Kommune mitzureden und auch mitzuhandeln ist der Schwerpunkt der vielfältigen Aktivitäten in Seminaren und Workshops, in Fachtagungen und Gesprächskreisen, im Internet oder durch die Lektüre der „Kommunalpolitischen Texte“.

Ein friedliches, soziales Zusammenleben im lokalen Lebensbereich braucht eine Vielzahl engagierter Bürgerinnen und Bürger, die sich für die Menschen und die Zukunftsfragen ihrer Kommune einsetzen. Diese Aktivbürger will die Stiftung partnerschaftlich unterstützen.

Die Seminare der KommunalAkademie fördern die politische Orientierung und machen handlungsfähig. Lernen macht Spaß, wenn Positionen nicht nur vorgegeben, sondern argumentativ erarbeitet werden. Man erfährt mehr und übt gleichzeitig überzeugende Kommunikation. Und auf die Bürgerkommunikation kommt es an, soll das Gehörte in die lokale Praxis umgesetzt werden. Angebote gibt es in jedem Bundesland.

Textbeiträge in dieser
Ausgabe des FES-Info:

Nora Isabel Adjez; Christine Arbogast; Eike Arnold; Jörg Bergstermann; Hans Blumenthal; Benjamin Braden; Max Brändle; Florian Dähne; Knut Dethlefsen; Claudia Detsch; Micky Drill; Sina Dürrenfeldt; Mathias Eisel; Stefanie Elies; Jan Niklas Engels; Roland Feicht; Alina Fuchs; Wolfgang Gisevius; Steffen Grammling; Martin Gräfe; Rainer Gries; Claudia Gross; Frank Hantke; Elmar Haug; Valeska Hesse; Katharina Hofmann; Matthias Jobelius; Marei John-Ohnesorg; Joachim Knoop; Thomas Kralinski; Marina Kramer; Dr. Reinhard Krumm; Ursula Koch-Laugwitz; Nora Langenbacher; Hajo Lanz; Yvonne Lehmann; Beate Martin; Homaira Mansury; Katrin Matuschek; Ralf Melzer; Dietmar Molthagen; Julia Müller; Uwe Optenhögel; Kerstin Ott; Michael Petras; Christoph Pohlmann; Werner Rechmann; Jochen Reeh-Schall; Franziska Richter; Clemens Rode; Vesna Rodic; Uli Röhm; Ingrid Ross; Heiner Sassenfeld; Felix Schmidt; Severin Schmidt; Horst Schmidt; Carla Schulte-Reckert; Michael Schulte-Heiß; Anne Seyfferth; Blanka Smoljan; Sebastian Sperling; Ernst Stetter; Renate Tenbusch; Yvonne Theemann; Markus Trömmer; Michael Tröster; Winfried Veit; Anja Wehler-Schöck; Frederic Werner; Gaby Wittpohl; Nicole Zeuner; Harald Zintl; Karen Ziemek; Jana Zitzler

Artikel in dieser Ausgabe:

Juni – Juli – August 2007

DEUTSCHLAND

Siebte Sommeruniversität in Potsdam: Anregung, Austausch und Vernetzung	4
Ausstellung über Rechtsradikale in Bayern: Immer wachsam sein!	9
Konferenz über Frauen in Wissenschaft und Forschung: Barrieren abbauen	11
Vierter kulturpolitischer Bundeskongress: „kultur macht europa – europa macht kultur“	16

SCHWERPUNKT

Neue Projekte in der KommunalAkademie: Demografischen Wandel lokal gestalten	24
Fachwissen für angehende Stadträte: „Oft wissen sie gar nicht, wie wichtig sie sind“	26
Planspiel Kommunalpolitik: „Demokratie lernt man nicht aus Büchern“	32

INTERNATIONAL

Dialog zur Zukunft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells: Europäisch denken, Europäisch handeln?	34
Israelisch-palästinensischer Dialog in Tel Aviv: Mischung aus Hoffnung und Pessimismus	45
Kenia: Pioniere des Wandels	48
Indien:Kein Kompromiss in Sicht	52
Hinter den Kulissen: Auslandsbüros stellen sich vor Das FES-Büro in Südafrika	59
Das FES-Büro in Serbien	60
Das FES-Regionalbüro „Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog in SüdOstEuropa“	61
Publikationen	62

Impressum

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Kommunikation und Grundsatzfragen
✉ D-53170 Bonn
🏠 Godesberger Allee 149
D-53175 Bonn
Telefon: 0228 883-213/214

Internet:
www.fes.de
E-mail: presse@fes.de

Redaktion: Peter Donaiki
Pressestelle Berlin
Hiroshimastraße 17, D-10785 Berlin
Telefon: 030 26935924
Telefax: 030 26935951
E-mail: peter.donaiki@fes.de

Herstellung, Satz & Layout: Publix, Harald Eschenbach, Berlin
Druck: braunschweig druck GmbH, Braunschweig
Titelfoto: Dream-Emotion.de - Fotolia.com
Printed in Germany, Oktober 2007
Gedruckt auf 90 g matt gestrichen chlorfrei gebleicht Offset
ISSN 0942-1351

Siebte Sommeruniversität
der FES in Potsdam

Anregung, Austausch und Vernetzung

— RUND 120 STUDIERENDE, JUNGE WISSENSCHAFTLER UND YOUNG PROFESSIONALS trafen sich vom 16. bis 20. Juli auf der idyllischen Insel Hermannswerder bei Potsdam, um im Rahmen der siebten Sommeruniversität der FES über den „Weg der sozialen Demokratie“ – so das Motto der Veranstaltung – zu diskutieren.

Der luxemburgische Außenminister Jean Asselborn, der SPD-Generalsekretär Hubertus Heil, der europapolitische Sprecher der SPÖ, Dr. Caspar Einem, und Dr. Rene Cuperus von der niederländischen Wiardi-Beckmann-Stichting gaben den Auftakt für die Diskussionen in den folgenden Tagen. Deutlich wurde, dass die soziale Demokratie europa- und weltweit Antworten auf die gleichen Fragen finden muss. In der Geschichte der Arbeiterbewegung sieht Hubertus Heil dabei einen Kompass für die



Wegweisendes vom SPD-Generalsekretär: Hubertus Heil nahm bei der Sommerakademie Bezug auf die Geschichte der Arbeiterbewegung.

Zukunft, denn diese wurde nicht gegründet, „um Almosen zu verteilen, sondern um ein offenes und selbst bestimmtes Leben für die Menschen zu ermöglichen“.

Heute stelle sich die Frage, so Erhard Eppler, welches

Staatsverständnis die soziale Demokratie unter den neuen Bedingungen einer globalisierten Welt entwickelt und wie man es schafft, „eine plausible, moderne und in sich schlüssige Antwort zu finden für ein neues gleichgewichti-

ges Verhältnis zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft“. Die Mischung aus anspruchsvollem Vortragsprogramm, vielfältiger Kultur, anregender Umgebung und Raum für Gespräche und Vernetzung sorgte für zufriedene Teilnehmerinnen. Bereits die letzten Sommeruniversitäten haben gezeigt, dass sich aus der einwöchigen Veranstaltung Kontakte ergeben, die vom regelmäßigen Austausch bis zur Organisation gemeinsamer politischer Projekte reichen.

BRANDENBURGS UND UNGARNS REGIERUNGSCHEFS ZUM EUROPÄISCHEN SOZIALMODELL

Nur die Offensive verspricht Erfolg

Seine Mutter sei die erste Sozialdemokratin gewesen, die ihm begegnet ist. Mit dieser Offenbarung eröffnete Ungarns Sozialistenchef Ferenc Gyurcsany seine Rede am 20. Juni bei der FES in Pots-

dam. Als er – im Gegensatz zu seinen drei Geschwistern – mit 16 Jahren nicht in die Lehre gehen, sondern lieber das Abitur machen wollte, hätte sie ihm gesagt: „Wenn du nur leben willst, dann

werde ich nichts für dich tun. Wenn du aber wirklich lernen willst, dann werde ich auch dafür arbeiten.“ Für Gyurcsany sei dieses Bekenntnis seiner Mutter, einer Weberin, der Kern des sozialde-

mokratischen Versprechens. Und damit war die Diskussion schon mitten in ihrem Thema: die Zukunft der Sozialdemokratie. Ferenc Gyurcsany und Brandenburgs Ministerpräsident Matthias

Platzek diskutierten vor 200 Zuhörern über das Europäische Wirtschafts- und Sozialmodell. Der ehemalige SPD-Chef setzte auf das im Entwurf für das SPD-Grundsatzprogramm verankerte Leitbild des „vorsorgenden Sozialstaates“. Er sprach sich dafür aus, den Sozialstaat „Stück für Stück“ umzubauen. Das Problem sei nicht zu wenig Geld, es müsse vielmehr von den traditionellen Sicherungssystemen in die Bereiche Bildung, Kinderbetreuung und Lebenschancen umverteilt

werden. In Europa seien die nordeuropäischen Staaten bereits am weitesten vorangeschritten. „Diese Staa-



Ungarns Regierungschef Ferenc Gyurcsány und Matthias Platzek, Brandenburgs Ministerpräsident und FES-Vorstandsmitglied diskutierten in Potsdam. (Foto: Liebe)

ten führen uns seit Jahren auf vorbildliche Weise vor, dass sich wirtschaftliche Dynamik und soziale

Gerechtigkeit auch unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts gegenseitig stützen und verstärken kön-

nen.“ Das müsse auch das Ziel der deutschen und anderer europäischer Sozialdemokraten sein.

Platzek verwies darauf, dass Europa es sich angesichts der Veränderungen in der Welt nicht leisten könne, auf „sein besonderes Sozialmodell“ zu verzichten. Allerdings müsse dieses Modell zeitgemäß erneuert werden, um den Menschen Hoffnungen und Sicherheit weiter zu gewährleisten. Ungarns Regierungschef pflichtete dem bei: „Erfolgreiche Politik kann nur offensiv sein. In der Verteidigung gibt es weder gute noch progressive Politik.“

Chancen des demographischen Wandels nutzen

Dass die „Herausforderungen des demographischen Wandels für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft“ nicht nur Probleme, sondern auch Chancen darstellen, war Tenor des Vortrags und der anschließenden Podiumsdiskussion mit Ministerpräsident Matthias Platzek am 25. Juni in Potsdam. Der Managerkreis der FES hatte eingeladen, um mit ihm und zwei Vertretern aus der Wirtschaft zu diskutieren.

Brandenburg, so Platzek, habe sich schon sehr früh des Themas demographischer Wandel angenommen, weil die zunächst vor allem negativen Folgen in diesem Land schon jetzt spürbar sind. Geburtenrückgang und Abwanderung lassen die Bevölkerung in Brandenburg schrumpfen; zudem ist eine Bewegung weg von den ländlichen Gebieten zu beobachten. Bei den Abwanderungsbewegungen ist insbesondere der Wegzug junger, gut qualifizierter Frauen zu beklagen. Der Arbeitskräftemangel insgesamt macht sich heute, in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs, bemerkbar. Eine Beobachtung, die in der späteren Diskussion Rainer Barcikowski von Arcelor Eisenhüttenstadt und René Kohl von der IHK Potsdam deutlich unter-

streichen konnten. Der Bevölkerungsrückgang hat mittlerweile in der kommunalen Infrastruktur ganz handfeste Folgen: die Systeme zur Wasserversorgung müssen rückgebaut werden, Schulen zusammengelegt und der ÖPNV neu organisiert werden. „Doch“, so Platzek, „dieser Wandel eröffnet uns Chancen. Je früher sich unsere Gesellschaft auf den demographischen Wandel einstellt, desto mehr Nutzen können wir daraus ziehen.“

Um auf diese Probleme zu reagieren und die Chancen zu nutzen, wurde in Brandenburg ein sogenannter „Demographie-Check“ für alle politischen Entscheidungen eingeführt.

Schließlich besteht eine Chance Brandenburgs darin, sich auf den Zuzug älterer Menschen einzustellen. Der altersgerechte Umbau von Wohnungen und die Förderung altersgerechter Arbeitsplätze gehören zur Förderung der „Silver Economy“, wie Ministerpräsident Platzek sie nennt: „Dass wir auf dem richtigen Weg sind, zeigt die Prognos-Studie, wonach Brandenburg die zweitbesten Zukunftschancen unter den ostdeutschen Bundesländern hat.“

Aufschwung für alle?

Der wirtschaftliche Aufschwung ist in Deutschland fühlbar: das Wachstum der Wirtschaft führt zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit, zudem zeigen die Arbeitsmarktreformen zwei Jahre nach ihrer Einführung Wirkung. Aber ist es auch ein Aufschwung für alle? Die Gruppe der Langzeitarbeitslosen bleibt beispielsweise nahezu unberührt von den positiven Entwicklungen. Eine Veranstaltung des Projektes „Gesellschaftliche Integration“ im Forum Berlin der FES beschäftigte

sich deshalb am 26. Juni mit den Anforderungen an die Arbeitsmarktpolitik. Staatssekretär Rudolf Anzinger vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Andrea Wicklein, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Aufbau Ost der SPD-Bundestagsfraktion diskutierten mit Vertretern aus der Praxis über eine Optimierung der Vermittlung von Langzeitarbeitslosen, die Zusammenarbeit auf regionaler Ebene und Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt in Ost- und

Westdeutschland. Staatssekretär Rudolf Anzinger plädierte für einen regelmäßigen Erfahrungsaustausch zwischen Politik und Praxis, um die bisherigen Strategien und Instrumente an die Realität anzugleichen und auch langfristig effizient zu gestalten. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales unternehme diesbezüglich bereits große Anstrengungen. Für eine erfolgreiche Vermittlung Langzeitarbeitsloser sei es auch erforderlich, stärker auf regionale Anforderungen einzu-

gehen, forderten die Praktiker, Reiner Raabe (Geschäftsführer vom Zentrum Aus- und Weiterbildung Ludwigsfelde) und Achim Battenberg (Geschäftsführer VHS Ennepe-Ruhrkreis Süd). Die Möglichkeiten und Grenzen der Entwicklung eines dritten Arbeitsmarktes bzw. eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors werden insbesondere für Ostdeutschland momentan mit großer Intensität debattiert.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/integration

Fachforum des Projektes „Gesellschaftliche Integration“

Mit dem Projekt „Gesellschaftliche Integration“ bearbeitet die FES die großen politischen Herausforderungen, die im Zuge des Umbruchs der Gesellschaft entstehen.

Dazu gehören Fragen des Strukturwandels der Arbeitswelt und der demografischen Entwicklung sowie der Vielfältigkeit der Lebensformen. Im Mittelpunkt stehen die Spannungsfelder sozialer Ungleichheit, die zu gravierenden Konflikten führen können und die Gefahr einer dauerhaft „gespaltenen Gesellschaft“ bergen. Im Zentrum steht deshalb die Frage, wie der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt werden kann. Ziel ist die Erarbeitung möglicher Lösungsvorschläge und Handlungsempfehlungen.

Das interdisziplinäre Fachforum zielt darauf ab, die politische und wissenschaftliche Debatte mit neuen Sichtweisen zu erweitern. Auf diese Weise soll auch die Arbeit am Armuts- und Reichtumsbericht der

Bundesrepublik analytisch begleitet werden. In den Fachgesprächen diskutieren renommierte Wissenschaftler/innen und Politiker/innen zu Fragestellungen wie zum Beispiel Armut und soziale Ausgrenzung.

In der Publikationsreihe Arbeitspapiere werden Analysen und Kommentare aus Wissenschaft und Politik zu Themen gesellschaftspolitischer Integration vorgestellt, zum Beispiel Forschungen zur ungleichen Einkommens- und Vermögensentwicklung in Deutschland.

MEHR ZUM THEMA

Nähere Informationen zu den zwei neuen Publikationen „Der Begriff der Teilhabe“ und „Verdeckte Armut in Deutschland“ unter: www.fes.de/integration/inhalt/fach.htm

Schlagwort Integration

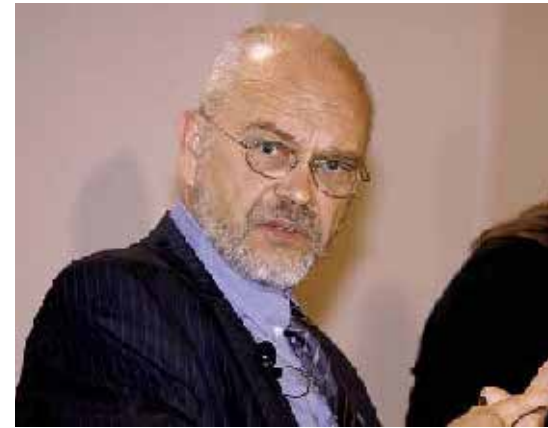
„Wir machen gemeinsame Sachen“ – unter diesem Motto luden das FES-Forum Politik und Gesellschaft und die Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“ am 27. August Vertreter/innen aus Migrantenorganisationen, der Berliner Verwaltung und andere Interessierte zu einer Tagung in das Berliner Rote Rathaus ein. Männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund in Berlin werden im Zusammenhang mit Gewaltdelikten überproportional häufig von der Polizei registriert. 79 % der Intensivtäter, so Manfred Heßler von der Fachhochschule Dortmund, sind Jugendliche ausländischer Herkunft, insbesondere

aus Ex-Jugoslawien, der Türkei und Libanon. Mit dem Ziel, die Ursachen zu analysieren, Risikofaktoren zu benennen und konkrete Konzepte zur Prävention zu entwickeln, hat die Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“ 2005 die ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Gewalt von Jungen, männlichen Jugendlichen und jungen Männern mit Migrationshintergrund in Berlin“ eingesetzt. Geringer Bildungserfolg und daraus resultierend eine hohe Arbeitslosigkeit, innerfamiliäre Gewalt und autoritärer Erziehungsstil, Männlichkeitsnormen, mangelhafte interkulturelle Kompetenz, fehlende

Partizipationsmöglichkeiten, Erfahrungen von Bürgerkrieg und Flucht gehören zu der Palette von Risikofaktoren, die die Arbeitsgruppe identifiziert hat und die auf der Tagung vorgestellt wurden. Nicht weniger umfangreich gestaltet sich der Katalog der Empfehlungen. Wie sie umgesetzt werden können und wie dies im Miteinander der beteiligten Institutionen erfolgreich gelingen kann, war Gegenstand der beiden hochrangig besetzten Podien.

Deutlich wurde aber dabei, dass es noch an einem schlüssigen Konzept zur Umsetzung fehlt. Vertreter/innen der Migrantenorganisationen wie der Geschäftsführer des Türkischen Bundes Berlin-Brandenburg, Kenan Kolat, und der Vorsitzende des Türkischen Elternvereins in Berlin-Brandenburg, Safer Cinan, erkannten an, dass ihre Organisationen eine maßgebliche Verantwortung zur Bekämpfung der hohen Jugenddelinquenz haben. Sie verlangten dafür eine entspre-

chende Ausstattung ihrer Organisationen. Der Beauftragte des Berliner Senats für Integration und Migration, Günter Piening, forderte den Entwurf



Berlins Staatssekretär für Justiz Hasso Lieber plädierte bei der Tagung im Roten Rathaus für eine gute Sozialpolitik. (Foto: Karliczek)

einer Integrationspolitik, die diesen Namen auch verdient. Hasso Lieber, Staatssekretär für Justiz, betonte die Notwendigkeit einer verbesserten Kommunikation und Beteiligung aller betroffenen Institutionen. Die beste Kriminalpolitik, so der Staatssekretär, sei eine gute Sozialpolitik und er forderte: „Macht Knäste zu Kindergärten!“

MEHR ZUM THEMA

Bericht und Empfehlungen der Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“: www.berlin-gegen-Gewalt.de

Perspektiven für das 21. Jahrhundert

Wie sieht unsere Welt im 21. Jahrhundert aus? Auf diese Frage versuchte eine dreiteilige Diskussionsreihe des Fritz-Erler-Forums in Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Colloquium Politicum der Universität Freiburg Antworten zu finden. Prof. Dieter Senghaas entwickelte aus der Geschichte des 20. Jahrhunderts ein Erklärungsmuster für den Umbau der Weltgesellschaft, die sich nach seiner Ansicht auch künftig immer weiter zu einer Weltzivilgesellschaft entwickeln wird. Seine optimistische Prognose geht davon aus, dass auch diktatorische und repressive Regime sich einem Trend zur Demokratisierung und vermehrten politischen Teilhabe nicht dauerhaft entgegenstellen können. Der Politikwissenschaftler Prof. Claus Kernig hob besonders die Herausforderungen hervor, denen politische Entscheidungsträger angesichts der expandierenden Weltwirtschaft bei gleichzeitig schrumpfenden fossilen Energie-reserven gegenüberstehen.

Sicherheitslage tatsächlich besser als gefühlt

Für Dieter Wiefelspütz, den innenpolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, ist die Sache klar: „Wir leben in einem freien und sehr sicheren Land.“ Der Sicherheitsexperte widersprach beim 32. Regensburger Gespräch der FES dem verbreiteten Eindruck, dass die Kriminalität in Deutschland steige: „Die polizeilichen Kriminalitätsstatistiken und die Sicherheitsberichte der Bundesregierung belegen, dass Mord, Totschlag, Sexualdelikte, Raub und Autodiebstahl seit Jahren zurückgehen.“ Die mediale Vermittlung zeichne aber oft ein anderes Bild von Kriminalität, merkte

Prof. Dr. Tonio Walter, Strafrechtler an der Uni Regensburg, in der Diskussion an. „Gewalt ist ein medialer Kassenschlager.“ Über spektakuläre Einzelfälle werde oft in einer Weise berich-



Regensburger Gesprächsrunde: Dieter Wiefelspütz, Prof. Dr. Tonio Walter, Annette Ramelsberger, Harald Zintl, Regensburger Leitende Oberstaatsanwalt Johann Plöd, Axel Boetticher, Prof. Dr. Michael Walter.

tet, die den Eindruck vermittele, Gesellschaft, Polizei und Justiz stünden einer Brutalisierung und

Kriminalisierung der Gesellschaft fast machtlos gegenüber. Sind Reporter sensationslüstern, kalt-schnäuzig, zynisch? Annette Ramelsberger, Berlin-Korrespondentin der Süddeutschen

Zeitung brach eine Lanze für den seriösen Journalismus. Der sehe genau hin, kriminalisiere die Welt

nicht, verschweige und beschönige nichts. Prof. Dr. Michael Walter, Direktor des Instituts für Kriminologie der Universität zu Köln, kritisierte weit verbreitete Bestrebungen, „singuläre Monsterfälle“ zum Anlass für eine generelle Verschärfung von Gesetzen zu nehmen. Eine Einschätzung, der sich in einem Punkt auch Dr. Axel Boetticher, Richter am Bundesgerichtshof, anschloss. Er sehe eine rote Linie überschritten, wenn die Bundesregierung die nachträgliche Sicherheitsverwahrung für jugendliche Straftäter einführe, wie dies geplant sei.

FES + + + TELEGRAMM



+ + + Mit Selbstbewusstsein kann die Küstenstadt Bremerhaven auf die positive wirtschaftliche Entwicklung, vor allem in den Bereichen Hafen und Windenergie blicken, betonte Bremens neuer Senator für Wirtschaft und Häfen Ralf Nagel auf dem Bremerhavener Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung. Nagel, früherer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, stellte aber auch klar, dass in Zeiten knapper Kassen Kreativität gefragt sei. + + +

+ + + Bilanz zu „Halbzeit Aufbau Ost“: Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident Manfred Stolpe, sein früherer baden-württembergischer Amtskollege Lothar Späth, danach lange Vorstandsvorsitzender der Jenoptik AG, und Edgar Most, als Staatsbanker in der DDR maßgeblich an der Währungsunion beteiligt und später Direktor der Deutschen Bank, am 2. Juli auf einer Veranstaltung der FES. + + +



Ausstellung klärt über Strategie der Rechtsradikalen in Bayern auf

Immer wachsam sein!

— EINE HALBJAHRESBILANZ 2007 ZUR WANDERAUSSTELLUNG „RECHTSRADIKALISMUS IN BAYERN“ des BayernForum der FES liegt jetzt vor. Schon über 40.000 Kinder, Jugendliche und Erwachsene haben sich bis Ende Juli an den 48 Ausstellungsorten über Rechtsextremismus informiert.

Durch die Ereignisse im sächsischen Mügeln wurde erneut der deutsche Osten in ein negatives Schlaglicht gerückt. Dass aber die Rechtsextremen auch in Bayern auf dem Vormarsch sind, ist in der Öffentlichkeit noch viel zu wenig bekannt. In der Wanderausstellung „Rechtsradikalismus in Bayern“ des Regensburger Autorenteams Andreas Angerstrofer und Annetta Dengg klärt das BayernForum über die Methoden und Umtriebe von rechten Demagogen, Bands und Jugendclubs auf. Bereits 78.000 Besucher kamen seit dem Start im Februar 2006. Die Ausstellung wurde seitdem an insgesamt 76 Orten in Bayern zwischen Wunsiedel und Murnau, Schwein-

furt und Bad Reichenhall und zusätzlich in Berlin und Gera gezeigt. Sie beschreibt auf 15 Schautafeln rechtsextreme Parteien, unterschiedliche rechte Jugend- und Musikszene und neonazistische Internetpropaganda. Die Bedeutung von rechten Symbolen wird offengelegt; die Strategien und Methoden der Rechten werden knapp und prägnant dargestellt. Besonders für die „Drei-Säulen-Strategie“ der NPD soll die Öffentlichkeit sensibilisiert werden. Diese lautet: „Kampf um die Köpfe, Kampf um die Straßen, Kampf um die Parlamente“. Im „Projekt Schulhof“ verteilt die NPD kostenlose CDs mit rechtsradikaler Musik. Doch die

Ausstellung möchte nicht nur dazu anregen, wachsam zu sein. Vier der Schautafeln zeigen deshalb wie Eltern, Jugendliche, Kommunen und Bildungseinrichtungen aktiv etwas gegen rechtsextreme Aktivitäten unternehmen können. Schulklassen, Bildungseinrichtungen, Gemeinden, Landratsämter, Kreisjugendringe, Bündnisse, Runde Tische gegen Rechts und Vereine können die 15 Schautafeln kostenlos beim BayernForum anfordern. Zusätzlich werden Arbeitsblätter zur Vorbereitung des Ausstellungsbesuchs, die FES-Studie „Vom Rand zur Mitte“ und die Dokumentation „Rechte Strukturen in Bayern“ zur Verfügung gestellt. Das Bayern-



Forum hat sich zum Ziel gesetzt, bis Juli 2008 150 Ausstellungen mit 150.000 Besuchern zu erreichen. Gleichzeitig soll die Ausstellung um Multiplikatorenschulungen, Argumentationstrainings und das Projekt „Planspiel Kommunalpolitik“ erweitert werden.

MEHR ZUM THEMA
www.bayernforum.de

Ganze Schulklassen kommen, um die Wanderausstellung über „Rechtsradikalismus in Bayern“ zu sehen. (Foto: Horst Schmidt)

Neues Bundesprogramm gegen Rechtsextremismus

Die politische Debatte um die Nachfolge für die Ende 2006 ausgelaufenen Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus, Civitas und entimon, wurde lange und erbittert geführt. Auf Druck der SPD verabschiedete die große Koalition ein Nachfolgeprogramm und stockte die Finanzmittel dafür sogar auf. Größter Bestandteil dieses neuen Bundesprogramms sind lokale Aktionspläne, die vor Ort die Bekämpfung des Rechtsextremismus und die Entwicklung der Demokratie umsetzen sollen. In Berlin haben zum 1. Juli 2007 zehn solcher lokalen Aktionspläne ihre Arbeit aufge-

nommen, begleitet von einer Konferenz in der FES am 4. Juli. Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer von der Universität Bielefeld warnte jedoch vor überzogenen Erwartungen und kritisierte die Fokussierung auf Jugendliche, da auch andere Altersgruppen in die Arbeit gegen Rechtsextremismus einbezogen werden müssten.

Die rechte Szene in Baden-Württemberg

Auch im Bodensee-raum gab es in jüngster Zeit einige rechte Aufmärsche und erhöhte Aktivitäten zur Nachwuchsrekrutierung. Mit einer Diskussionsrunde wollte das Fritz-Erler-Forum am 14. Juni in Kooperation mit dem Verein „Gegen Vergessen Für Demokratie“ über Strukturen und Vorgehensweisen der rechten Szene informieren

und mögliche Gegenstrategien diskutieren. Auf dem Podium saßen neben dem Leiter der Polizeidirektion Friedrichshafen und dem Landtagsabgeordneten Norbert Zeller auch Friedrich Burschel, Autor und Kenner der Neonaziszene. Wie schwierig der Umgang mit den Rechten ist, zeigte sich auf der Veranstaltung sehr deutlich.

Durch die Anwesenheit von Vertretern aus dem rechten Milieu fühlte sich ein Teil der Podiumsgäste und Teilnehmer sehr gestört, andere wiederum vertraten die Ansicht, es sei wichtig, sich mit den Antidemokraten öffentlich auseinander zu setzen, um deren krude Ansichten auch widerlegen zu können.

Netzwerk zur Rechtsextremismusbekämpfung tagt in der FES

Rechtsextremismus macht nicht an Staatsgrenzen halt. Vor allem über das Internet gibt es regen Austausch zwischen rechtsextremen Personen und Organisationen verschiedener Länder. Nur die Bekämpfung bleibt zumeist im nationalen Kontext stecken. Um die internationale Vernetzung in der Rechtsextremismusprävention zu fördern und die grenzüberschreitenden Aktivitäten der rechtsextremen Szene zu untersuchen, veranstalteten die Abteilungen Internationaler Dialog und Dialog Ostdeutschland der FES vom 20. bis 22. Juni in Berlin einen Workshop und eine Konferenz mit Teilnehmern u.a. aus Polen, Ungarn, Großbritannien, den USA und Deutschland.

Ausgewertet wurden dabei die Holocaust-Leugnungs-Konferenz in Teheran im Dezember 2006, die Aktivitäten der neuen Rechtsfraktion im Europäischen Parlament sowie verschiedene nationale Strategien zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus. Für die Arbeit in Deutschland anregend waren dabei die positiven Erfahrungen in den USA mit der gezielten Skandalisierung von Fehlritten berühmter Rechtsextremisten, die in mehreren Fällen zu Organisationsspaltung und damit politischem Bedeutungsverlust geführt haben. Auch das vom Vorsitzenden des Bundestagsin-nenausschusses, Sebastian Edathy, vorgestellte Engagement des Bundes im Kampf gegen Rechtsextremismus wurde im internationalen Vergleich sehr positiv bewertet.



(Foto: Czogalla)

FES + + + TELEGRAMM

+++ Welche Strategien der Machtergreifung verfolgt die NPD? Welches Programm hat sie? Mit welchen Methoden spricht sie Jugendliche an? Diese Fragen diskutierte Toralf Staud, Journalist und Autor des Buches „Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD“ auf Einladung des Forums Politik und Gesellschaft mit Oberschüler/innen der Wilhelm von Siemens-Oberschule im Osten Berlins. Die Schüler/innen debattierten unter anderem lebhaft mit dem Autor darüber, warum es in Ostdeutschland eine größere Empfänglichkeit für rechtsextremes Gedankengut gibt. +++

Barrieren abbauen

— IN DEN LETZTEN JAHRE WURDE EINE VIELZAHL AN FÖRDERPROGRAMMEN ENTWICKELT, um Frauen in Wissenschaft und Forschung zu unterstützen und sie in Spitzenpositionen zu bringen.

Im Mittelpunkt der Konferenz „Frauen in Wissenschaft und Forschung: Deutschland auf dem Prüfstand“ des Forums Politik und Gesellschaft der FES stand am 12. Juni die Frage, worin die Ursachen liegen, dass trotz der sichtbaren Förderanstrengungen, die in den letzten Jahren unternommen wurden, kaum nachhaltige Fortschritte zu verzeichnen sind.

Dr. Brigitte Mühlbruch, Vizepräsidentin der European Platform of Women Scientists, veranschaulichte anhand europaweiter Statistiken, dass sich Deutschland in puncto Geschlechtergerechtigkeit in Wissenschaft und Forschung häufig am unteren Ende der Skala befindet. Die ehemalige Bundesministerin für Bildung und Forschung Edelgard Bulmahn bestätigte, dass die obersten Stufen der wissenschaftlichen Karriereleiter auch heute noch fest in männlicher Hand seien. Sie kritisierte die oftmals man-

gelnde Objektivität von wissenschaftlichen Bewertungs- und Berufungsverfahren. Das Wissenschaftssystem, so Bulmahn, sei für Frauen in wesentlich höherem Maße sozial undurchlässig als für Männer. Sie forderte, dass Coaching und Mentoring für Frauen zu Regelprogrammen an den Hochschulen werden müssten. Dies belegten auch die Erfahrungen der im Rahmen der Konferenz vorgestellten Best-Practice-Beispiele, darunter die Christiane-Nüsslein-Volhard-Stiftung, die Wissenschaftlerinnen finanzielle Unterstützung für Haushaltshilfen und Kinderbetreuung bietet.

Die Referentinnen stimmten darin überein, dass die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zwar ein wichtiger Aspekt sei, dass das Problem der Unterrepräsentation jedoch nicht darauf reduziert werden dürfe. Wissenschaftlerinnen dürften sich nur kurze Kinderpausen erlau-

ben, so Professorin Susanne Ihnen von der TU München, sonst hätten sie gegenüber der Konkurrenz keine Chance mehr. Ein

zentrales Problem sahen die Referentinnen in der Mobilität, die von Wissenschaftlern in hohem Maße erwartet werde. Dies sei insbesondere für Paare mit Kindern ein großes Problem.

Prof. Peter Strohschneider, Vorsitzender des Wissenschaftsrates, forderte, dass man in den Forschungseinrichtungen den Abbau gleichstellungsrelevanter Barrieren konsequent vortreiben müsse. Dazu erläuterte er zwei

konkrete Vorschläge: zum einen das Kaskadenmodell – eine dynamische Variante der Quote. Hierbei werde die Quote für jede

Qualifizierungsstufe in der Höhe angesetzt, bei der auf der Vorstufe der Frauenanteil lag. Zum anderen eine Neugewichtung bei Berufungen, bei denen mehr Wert auf Klasse als auf Masse gelegt werden müsse. Dies ließe sich beispielsweise dadurch umsetzen, dass von den Bewerberinnen kein komplettes Schriftenverzeichnis mehr angefordert werde, sondern die nach eigener Einschätzung fünf wichtigsten Publikationen.

Frischer Wind für die Forschung

Deutschland ist Exportweltmeister – auch beim Export von Technologiesgütern. Zwölf Prozent aller weltmarktrelevanten Patente stammen von Erfindern aus Deutschland. Als wesentlichen Innovationsträgern kommt dabei kleinen und mittelständischen Unternehmen eine zentrale Rolle zu. Sie tragen zugleich als Arbeitgeber gesellschaftliche Verantwortung in ihrer Region. Doch der technologische Vorsprung droht zu schrumpfen. Wie können Innovationsvorsprünge auf breiter Front aufgebaut und aufrecht erhalten werden?

Konkrete Ansätze für eine systematische Stärkung des innovativen Mittelstands standen im Mittelpunkt der Konferenz „Frischer Wind für Hidden Champions – Förderung von Forschung und Innovation aus Sicht des Mittelstandes“ am 18. Juni in Berlin. Ziel der Veranstaltung des Arbeitskreises Forschung und Innovation war es, Vorschläge aus dem Mittelstand für eine verbesserte Förderung

von Spitzentechnologie zur Diskussion zu stellen.

Elementare Grundlage für technologischen Fortschritt ist die Nachwuchssicherung. Gerade im Bereich der Naturwissenschaften sind die Zahlen alarmierend: Jedes Jahr fehlen der deutschen Wirtschaft etwa 40 000 Ingenieure, so Dr. Carsten Kreklau (BDI). Dieser Engpass wird nur mit Hilfe massiver Anstrengungen auf allen Ebenen des Bildungssystems zu beheben sein – von der frühkindlichen Erziehung bis zur berufs begleitenden Weiterbildung. Große Hoffnungen setzen die Diskutanten zudem auf eine intensivere Kooperation zwischen Hochschulen und Unternehmen. Die Bereitschaft, hier von Seiten der Wirtschaft Verantwortung zu übernehmen formulierte beispielhaft Dieter Schaudel, Vorstand der Endress+Hauser Holding: „Nachwuchsförderung und -pflege ist zunächst eine hoch unternehmerische Aufgabe“.

Handlungsbedarf konstatierte das Podium bezüglich der öffentli-

chen Forschungsförderung. Die Förderung innovativer Unternehmen mit Hilfe von Steuererleichterungen könnte ein Weg sein, Anreize für unternehmerisches Engagement in Forschung und Entwicklung zu geben.

Thematisiert wurden auch die gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Kapitalausstattung junger Unternehmen. Gerade hier würden durch unzureichende steuerliche Regelungen erhebliche Wachstumsimpulse verschenkt. Jörg Tausch (SPD-MdB) unterstütz-

te in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Initiative von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück zur Schaffung eines neuen Wagniskapitalbeteiligungsgesetzes, das dabei helfen soll, innovativen Unternehmen frühzeitig Zugang zu Kapital zu verschaffen.

DAS POSITIONSPAPIER

Das Positionspapier „Frischer Wind für Hidden Champions – Förderung von Forschung und Innovation aus Sicht des Mittelstandes“: <http://library.fes.de/pdffiles/stabsabteilung/04569.pdf>

FES + + + TELEGRAMM

+ + + In einer Veranstaltung des Managerkreises und des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung am 9. Juli im hannoverschen Leineschloss referierte Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, zum Thema „**Der Klimawandel als Herausforderung für die Energiepolitik und -sicherheit**“ vor. Ökologische Lösungen stünden heute nicht mehr im Widerspruch zu ökonomischen Zielsetzungen, so Gabriel. In der anschließenden Diskussion, die von Klaus Wedemeier, Bürgermeister a.D. und Sprecher des Managerkreises in Niedersachsen und Bremen moderiert wurde, standen der geplante Atomausstieg, die CO₂-Emissionen, aber auch die derzeitigen Strompreise im Fokus. + + +



Terrorismusbekämpfung vs. Grundrechtenschutz

Die fragile Balance zwischen Sicherheit und Freiheit, um die es im Kern bei den derzeitigen Datenschutzdebatten geht, stand im Mittelpunkt einer Konferenz der FES am 14. Juni. Die strittigen Punkte, über die die Datenschützer, Politiker und Wissenschaftler diskutierten, reichten von der Vorratsdatenspeicherung von Telekommunikationsdaten über die Online-Durchsuchungen und biometrische Pässe bis zur allgegenwärtigen Datenverarbeitung. In den vergangenen Jahren hat der Staat seine Überwachungstätigkeiten immer weiter ausgedehnt. Fehlender Druck der Wäh-

ler einerseits und die Terrorismusangst andererseits sah Gerhart Baum, Bundesinnenminister a.D., als



Die Verbreitung von Datenschutz-Audits sieht Jörg Tauss, Sprecher Bildung, Forschung und Medien der SPD-Bundestagsfraktion, als wirksames Mittel, damit die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit gelingt. Diese Möglichkeit, eigene Produkte und Dienstleistungen durch eine unabhängige und öffentliche Stelle prüfen und zertifizieren zu lassen, bedeute einen nachhaltigen Wettbewerbsvorteil (Foto: Zensen)

Gründe für die Schwierigkeit, Datenschutz durchzusetzen: „Schleichend wird die Trennung von Polizei und Verfassungsschutz abgebaut.“

Von einem „gestörten Verhältnis zwischen Bürger und Staat“ sprach die niederländische Europaparla-

mentarierin Sophie in't Veld. Der Entwurf zur Regelung des Datenschutzes in der Außen- und Sicherheitspolitik sei ausschließlich von Sicherheitsbehörden ausgearbeitet worden und enthalte dementsprechend nur Ausnahmen zum Nachteil der Bürger, betonte in't Veld. Und ob die neuen Kompetenzen tatsächlich zu mehr Sicherheit führten, bleibe europaweit Staatsgeheimnis. Der gesamte Gesetzgebungsprozess habe sich verändert, ergänzte Spiros Simitis, ehemaliger Vorsitzender des Ethikrates. „Was auf nationaler

Ebene nicht direkt durchgesetzt werden kann, geht auf der Ebene der EU in den Rat und kommt als Richtlinie zurück. Aber auch auf europäischer Ebene müssen die Grundsätze des Datenschutzes beachtet werden“, so der Universitätsprofessor. Weiterhin stellte Prof. Dr. Alexander Rossnagel vom Institut für Wirtschaftsrecht der Uni Kassel sein im Auftrag der FES angefertigtes Gutachten „Datenschutz in einem informatisierten Alltag“ vor. „Die allgegenwärtige Datenverarbeitung wird Realität werden, weil die Nutzer von den Vorteilen profitieren wollen und nicht, weil der Staat es anordnet“, prognostizierte der Jurist. Diese Entwicklung bringe allerdings neue Gefährdungen mit sich, denn die Masse der personenbezogenen Daten wird exponentiell steigen und es werden detaillierte Profile angelegt.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Der Klimawandel sowie die absehbare Verknappung fossiler Ressourcen machen es mehr und mehr erforderlich, intelligente Zukunftsstrategien für die Energieversorgung zu entwickeln. Welche Technologien kommen dafür in Frage und wie können die Rahmenbedingungen der Forschung in diesem Bereich verbessert werden? Diese Fragen standen im Zentrum einer gemeinsamen **Diskussionsrunde des Managerkreises und des Fritz-Erler-Forums** am 9. Juli im Audimax der Universität Karlsruhe. Es diskutierten neben den beiden Wissenschaftlern Prof. Dr. Jürgen Mlynek, Präsident der Helmholtz Gemeinschaft, und Prof. Dr. Horst Hippler, Rektor der Universität Fridericiana Karlsruhe, Dr. Alfred Tacke, Staatssekretär a.D., sowie Dr. Wolfgang Palz, Chairman Europa im Weltrat Erneuerbare Energien. + + +

MEHR ZUM THEMA

Weitere Informationen und die Konferenz-Dokumentation: www.fes.de/medienpolitik/

Informationsprogramm für
türkischstämmige
Abiturienten

Integration auch an den Universitäten

MUT ZU MACHEN, SICH EIN STUDIUM ZUZUTRAUEN und auch die Chancen der Begabtenförderung wahrzunehmen – darum ging es bei einer Informationsveranstaltung, die von der Türkischen Gemeinde Deutschlands gemeinsam mit den beiden großen politischen Stiftungen Deutschlands, der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Konrad-Adenauer-Stiftung, am 22. Juni im Türkischen Haus in Berlin durchgeführt wurde.



Auch mit Hilfe von Stipendien soll der Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund in den nächsten Jahren verdoppelt werden. (Foto: Pellens)

Rund 60 türkischstämmige Abiturienten aus ganz Deutschland waren in die Hauptstadt eingeladen worden, um sich im Rahmen eines dreitägigen Informationsprogramms mit Bildungsperspektiven und Integrations-

ansätzen zu beschäftigen. Ein Highlight für die frischgebackenen Abiturienten war sicherlich das Gespräch mit der Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Annette Schavan, die betonte, dass es erklärtes Ziel sei, den Anteil der Studierenden mit Migrationshintergrund in den kommenden fünf Jahren zu verdoppeln. Diese Absicht kommt den Lebensentwürfen vieler Jugendlicher entgegen, die ihre Hoffnung zum Ausdruck brachten, durch ein Stipendium die notwendige Unterstützung zu erhalten, um überhaupt studieren zu können. Denn viele

der türkischstämmigen Abiturienten können zwar gute Leistungen und auch ein beachtliches gesellschaftspolitisches Engagement vorweisen, kommen aber häufig aus einkommensschwachen Schichten.

In der Diskussion mit den Abiturienten ist seitens der FES deutlich gemacht worden, dass nicht akademische Spitzenleistungen und das „richtige“ Parteilbuch notwendige Voraussetzungen für den Erhalt eines Stipendiums sind. Vielmehr reichen überdurchschnittliche gute Leistungen und ein vielseitiges politisches

und/oder soziales Engagement, das sich natürlich an den Grundwerten der sozialen Demokratie orientieren muss. Insbesondere für Studienanfänger, die gerade von der Schule gekommen sind, müssen andere Maßstäbe angelegt werden als für Studierende, die sich im 4. oder 5. Semester für ein Stipendium bewerben. Diese Hinweise wurden von den Abiturienten mit großer Erleichterung aufgenommen: Ein Stipendium zu bekommen ist keine aussichtslose Angelegenheit, die nur einer kleinen und vor allem deutschen Elite vorbehalten bleibt.

NEUES PROGRAMM DER FES-STUDIENFÖRDERUNG FÜR ERSTSEMESTER

Stipendium auf Probe

Aktuelle Prognosen des Deutschen Studentenwerkes bestätigen einen Trend der letzten Jahre: Ein knappes Drittel der Schüler/in-

nen mit Hochschulzugangsberechtigung nimmt kein Studium auf, mit steigender Tendenz seit Einführung der Studienge-

bühren. Dabei zeigt sich weiterhin ein starker Zusammenhang zwischen Bildungsteilnahme und sozialer Herkunft bzw. den Bil-

dungsabschlüssen der Eltern. Noch immer schreiben sich nur 17% Arbeiterkinder an deutschen Hochschulen ein. Insbesondere

Schüler aus einkommensschwachen Familien schrecken vor den finanziellen Belastungen durch ein Studium zurück.

Ein neues Programm der FES-Studienförderung versucht, eine „Versorgungslücke“ zu schließen. Wie können begabte junge Menschen die ersten Hochschulsemerster ohne Verschuldung finanzie-

ren? Mit einem „Stipendium auf Probe“ bietet die FES-Studienförderung zum Wintersemester 2007/08 erstmals die Möglichkeit, sich ohne benotete Leistungsnachweise der Hochschulen um ein Stipendium zu bewerben. Das Aufnahmeverfahren verkürzt sich stark, so dass erfolgreiche Bewerbungen von Deutschen

und Bildungsinländern voraussichtlich noch im ersten Hochschulsemester berücksichtigt werden können. Zwei bis drei Semester haben die Stipendiaten „auf Probe“ dann Gelegenheit, durch gute Leistungen, Engagement und Persönlichkeitsentwicklung zu überzeugen. Die Studienförderung bietet aber nicht nur finanzi-

elle Anreize zur Aufnahme eines Studiums: Alle Stipendiaten können stark von dem Betreuungsnetzwerk, den Vertrauensdozenten, Ehemaligen und Stiftingsmitarbeitern profitieren und werden so durch ein erfolgreiches Hochschulstudium begleitet.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/erstsemester

Stipendiaten in Stockholm

Ein gut funktionierender Wohlfahrtsstaat, die Stabilität einer konsensorientierten Gesellschaft und ein hervorragendes Bildungssystem galten über Jahrzehnte als besondere Kennzeichen des schwedischen Modells. Mythos aus der Vergangenheit oder immer noch real existierende Wirklichkeit – wo stehen Schweden und die nordischen Länder zur Zeit? Dies war die Leitfrage einer Studienreise von rund 20 Stipendiaten nach Stockholm Mitte Juni.

Fazit des vielseitigen Programms: Auch Schweden und die anderen nordischen Länder befinden sich in einer schwierigen Umbruchphase, die den Bestand der Wohlfahrtssysteme zumindest teilweise in Frage stellt. Allerdings hat es entscheidende Anpassungsmaßnahmen bereits wesentlich früher gegeben als in

Deutschland. Aber „last but not least“ sind die gesellschaftlichen Bedingungen kaum vergleichbar, sodass die Diskussion über die Möglichkeit der Übertragbarkeit von Modellen nur wenig Sinn macht.



FES + + + TELEGRAMM

+ + + Achtzehn Stipendiatinnen und Stipendiaten folgten der Einladung der FES-Hochschulgruppe Köln und kamen am 27. August in den Hörsaal XIB der Universität zu Köln, um einen Vortrag von Dr. Rolf Mützenich, abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion sowie selbst **ehemaliger FES-Stipendiat, zum Thema „Deutsche Außenpolitik im 21. Jahrhundert“** zu hören. Die anschließende Diskussion ging der Frage nach, ob Veränderungen in der außenpolitischen Orientierung Deutschlands als Abkehr vom Zivilmacht-Konzept hin zu einer „europäischen Großmacht“ verstanden werden können. + + +

+ + + Am 4. Juni hatten 30 Gäste aus dem Steering-Komitee des FES-Managerkreises die Gelegenheit, mit **Hannelore Kraft, Landesvorsitzende der SPD in Nordrhein-Westfalen**, zu diskutieren. Kraft machte deutlich, dass soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und Bildungszugang im Vordergrund der zukünftigen Arbeit stehen müssen und kritisierte die Landesregierung unter Jürgen Rüttgers für die von ihr vorgenommenen Kürzungen scharf. Über die angeregte Diskussion zeigte sich Hannelore Kraft sehr erfreut und stellte abschließend fest: „Diese Runde hat mich weitergebracht.“ + + +

Vierter kulturpolitischer
Bundeskongress

„kultur macht europa – europa macht kultur“

— WENN ER DAS PROJEKT EUROPA NOCH EINMAL BEGINNEN KÖNNTE, würde er mit Kultur, nicht mit Wirtschaft anfangen – so lautet eine vielzitierte Äußerung von Jean Monnet, einem der Gründerväter der EU.

Dass Kultur Europa macht, dass die Relevanz von Kultur für ein gemeinsames Leben und politisches Gestalten in Europa heute endlich entdeckt wird, ist ein gutes Zeichen. Um die Einbindung von Kultur in Europa zu unterstützen, gestaltete das Forum Berlin der FES in Kooperation mit der Kulturpolitischen Gesellschaft und der Bundeszentrale für politische Bildung Anfang Juni den vierten kulturpolitischen Bundeskongress.

Mehr als 500 Kultur-engagierte aus 36 Staaten nutzten den zweitägigen Kongress, um u.a. darüber zu diskutieren, wie Europas Bürger und Institutionen dazu beitragen können, dass die vorhandene Vielfalt an

Sprachen, Kulturen und Traditionen sich einerseits identitätsstiftend nach innen und andererseits posi-



Angesichts der verabschiedeten Europäischen Kulturagenda stehe Europa „vor einem Wendepunkt“, betonte der EU-Kommissar für Bildung, Kultur und Jugend, Ján Figel. (Foto: Liebe)

tiv nach außen auswirkt? Staatsminister Bernd Neumann hob in seiner Eröffnungsrede die „fundamentale Bedeutung der Kultur für ein gemeinsames Europa“ hervor. Der Schriftsteller Adolf Muschg betonte mit Blick auf eine „Kultur-

macht Europa“ die Notwendigkeit das „Andere“ zu akzeptieren ohne es zwanghaft vereinigen zu wollen.

Auch Gesine Schwan sah in dieser, der Kultur inhärenten, Widersprüchlichkeit eine Bereicherung für Europa. Der Präsident der Kulturpolitischen Gesellschaft, Oliver Scheytt, warnte vor einer Instrumentalisierung für rein wirtschaftliche Zwecke. Er begrüßte

die im Mai vorgelegte „Europäische Kulturagenda im Zeichen der Globalisierung“ der EU-Kommission, die neben der Förderung der Kulturwirtschaft den interkulturellen Dialog und Kultur als Querschnittsaufgabe für alle EU-Politikfelder hervorhebt. Der Staatsminister für Europa, Günter Gloser, unterstrich Kultur als zentrale Komponente einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, während Monika Griefahn, kulturpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, an ein Beispiel vorbildlicher Gemeinschaftsarbeit der EU in Kulturfragen erinnerte: die UNESCO-Konvention zum Schutz und zur Förderung der Vielfalt kultureller Ausdrucksformen.

Europa auf der Spur

Etwa 240 Schülerinnen und Schüler aus den Klassen 7 bis 13 unterschiedlicher Berliner Schulen versammelten sich auf Einladung des Forums Politik und Gesellschaft im Berliner Haus der FES, um sich einen

Tag lang intensiv über Europa und die EU zu informieren, auszutauschen und selbst aktiv zu werden. Der Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Europapolitische Sprecher der SPD-Fraktion Micha-

el Roth spannte in seiner Einführungsrede den Bogen von der Wirtschaftsunion hin zur politischen Wertegemeinschaft. In sieben Workshops hatten die Schüler/innen anschließend die Möglichkeit, sich aktiv mit dem Thema Europa auseinander zu setzen: „Mythos EU – Vorurteile und Wahrheit. Die EU richtig verstehen“, „Europa, das Klima und ich“ oder auch „Soll die Türkei Mitglied der Europäischen Uni-

on werden?“ lauteten die Arbeitstitel. Nach einem kurzen Theaterstück über Heimat, Migration und Identität sowie einem Film über den Schüleraustausch zwischen einer Berliner und einer Moskauer Schule hatten die Teilnehmer/innen auf dem „Markt der Möglichkeiten“ Gelegenheit, eine Ausstellung von Schulprojekten zum Thema Europa zu besichtigen.

JUGENDLICHE VERHANDELN ALS EU-POLITIKER KOSMETIKRICHTLINIE NEU

Hart errungene Kompromisse

Plötzlich öffnen sich die Türen des Verhandlungsraumes des EU-Ministerrates und eine Gruppe von Tierschützern, ausgestattet mit Plakaten, stürmt herein und demonstriert lauthals gegen Tierversuche bei Tests von Kosmetika. Ihr Slogan „Stoppt die Affenschande“ ist noch nicht ganz verhallt, da versuchen sich die von der Demonstration sichtlich überraschten Schüler in den Rollen der EU-Ratsmitglieder wieder auf die Verhandlungen zu konzentrieren.

Die 73 Schüler und Schülerinnen der 12. Klasse der Königin-Luise-Schule befinden sich mitten im zweitägigen Planspiel Europa, das das FES-Forum Jugend und Politik gemeinsam mit der Beratergruppe Eurosoc am 4. und 5. Juni zum ersten Mal in Bonn angeboten hat.

In den Rollen von Mitgliedern des EU-Parlaments und des EU-Ministerrates haben sie die Möglichkeit, einen Blick in die EU-Entscheidungsfindung zu erlangen.

Es geht um die Verhandlung einer neuen Kosmetikrichtlinie und um die Klärung der Fragen, ob für die Herstellung von Kosmetika Tierversuche durchgeführt werden dürfen, ob Tierversuchsprodukte überhaupt in der EU verkauft werden sollen und ob für solche Produkte spezielle Etikettierungen notwendig sind.

In den Verhandlungen scheinen Wirtschafts-, Verbraucherschutz- und Tierschutzinteressen der einzelnen Länder unüberwindbar aufeinander zu treffen. Als sich im Vermittlungsausschuss die Mitglieder des EU-Parlaments und des EU-



Ministerrates nach harten Verhandlungen auf ein Tierversuchsverbot nach zweieinhalb Jahren und ein Verkaufsverbot nach sieben Jahren einigen, schallt ein Jubelschrei aus dem Verhandlungssaal. Für diesen einen Moment wurden aus den schick gekleideten Ministern und Parlamentariern wieder Schülerinnen und Schüler, die erschöpft aber sichtlich zufrieden mit dem Verhandlungsergebnis sind, auch wenn sich die

Tierschützer etwas mehr erhofft hatten. Die Schülerinnen und Schüler haben nun ein klareres Bild von den entscheidenden Mechanismen der Europapolitik und ihnen wurde bewusst, dass europäische Entscheidungen oftmals hart errungene Kompromisse sind.

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/forumjugend/ unter dem Button „Sei dabei!“

Fühlen sich wohl in ihren Rollen als Politiker: Bonner Schülerinnen und Schüler beim Planspiel Europa. (Foto: Lichtenscheidt)

EINBLICKE IN DEN FOTO-JOURNALISMUS

Bilder machen Meinung

Pressebilder vermitteln Informationen und sind authentische Augenzeugen der Zeitgeschichte. Bilder können aber auch täuschen, können manipulieren und können manipuliert werden. Die Bildberichterstattung lebt von der Darstellung einer subjektiv erlebten Realität und vom Anspruch der Bildästhetik; manche Bilder befriedigen nur die Sensationsgier des Betrachters und die Geldgier des Fotografen. Unter Leitung des Fotojournalisten Peter



Praktische Übungen standen im Mittelpunkt des Seminars.
(Foto: Penk, Heidenheimer Zeitung)

Giefer fand Mitte Juli auf der Würzburger Frankenswarte ein fünftägiges Praxisseminar der FES-JournalistenAkademie zum Fotojournalismus statt. Zwölf zumeist junge

Nachwuchsjournalisten beschäftigten sich mit Aufnahmetechnik, Bildaufbau und Bildausschnitt, mit Fragen des Urheberrechts, der Bildmanipulation, den ethischen wie rechtli-

chen Konsequenzen und natürlich mit den Grundsätzen des professionellen Fotojournalismus.

Im Mittelpunkt des Seminars standen die praktischen Übungen, in denen selber Fotos „geschossen“, bearbeitet und miteinander besprochen wurden. In der Auseinandersetzung mit dem entstandenen Bildmaterial wurde deutlich, wie schwierig es für den Fotografen ist, als Zeuge die essentielle Aussagekraft einer Situation einzufangen.

VERANSTALTUNGSREIHE VON VER.DI UND DER FES-JOURNALISTENAKADEMIE

Komprimierte Ballung von Informationen

Hintergrundwissen „aus erster Hand“ und persönliche Gespräche mit entscheidenden Akteuren der europäischen Medienpolitik sind Ziele einer gemeinsamen Veranstaltungsreihe des Bereichs Medien von ver.di und der JournalistenAkademie der FES- geplant und organisiert von dem ZDF-Fernsehjournalisten Uli Röhm. Die erste dreitägige Studienreise führte nach Brüssel ins Herz der europäi-

schen Medienreglementierung, die zweite Reise Ende Juni nach London, ins Mutter-

land (auch) der Mediendemokratie. Die Brüsselreise galt dem Thema Fernseh-

richtlinie und den unterschiedlichen Rollen von Rat, Kommission, Parlament und Ausschüssen. Besuche bei Abgeordneten und Gespräche mit Lobbyisten vermittelten ein anschauliches Bild des politischen Tauziehens. Die Reise nach London informierte über die englische Rundfunklandschaft und sollte zeigen, wie man sich dort auf die digitale Zukunft vorbereitet und welche Fehler zu Lasten der Be-



Tim Weber, Chef von BBC-Interactive erläuterte Aufbau und Organisation des BBC-Internet-Newsroom. (Foto: Haubitz)

schäftigten in Deutschland vermieden werden können.

Bei den Teilnehmern der Reisen handelte es sich jeweils um eine Mischung aus Gewerkschaftern aus dem Rundfunk- und Fernsehbereich, Medienjournalisten und Mitgliedern von Landesmedienanstalten oder Rundfunk- und Fernsehräten. Obwohl jeder Teilnehmer auf eigene Kosten reist, gab es für die zweite Reise bereits über 120 Interessenten. Das Programm, das die letztlich fünfzehnköpfige Gruppe erwartete, war

eine komprimierte Ballung an Informationen: Ruprecht Eser, der Leiter des ZDF-Studios in London, präsentierte einen Zusammenschluss aller englischen TV-Nachrichten eines Tages. Der Sozialreferent der Deutschen Botschaft Dr. Armin Jungbluth informierte über Folgen der technischen Revolution für Arbeitnehmer. Matteo Maggione, BBC Head of EU and International Policy, referierte über Aufbau und Struktur der BBC, die Gremienreform und die Public Value-Evaluation.

Luke Crawley, der stellvertretende Vorsitzende der englischen Mediengewerkschaft, schilderte, wie mit einem eintägigen Streik verhindert wurde, dass BBC-Intendant Mark Thompson 4.000 Beschäftigte im Handstreikverfahren entlässt.

Auf dem Besuchsprogramm stand auch die Besichtigung modernster Arbeitsplätze von Fernsehjournalisten im Privatfunk. Den Abschluss bildete ein Termin beim „Office of Communications“ (Ofcom), einer neuen starken Behörde mit

Oberhoheit über den gesamten Frequenzbereich, die Lizenzen vergibt und für die Einhaltung von Standards im Rundfunk sorgt. Ein Bild von den strengen Sanktionen der Ofcom konnte sich die Gruppe ganz aktuell machen, erging doch am gleichen Tag ein Bußgeldbescheid über 300.000 Pfund an den mehrheitlich von RTL kontrollierten Privatsender Channel Five, der in Call-In-Sendungen über einen längeren Zeitraum „massiv gegen Programmauflagen verstoßen“ hatte.

Verführung zum Lernen

Neugier schüren, Interesse und Lust am Lernen wecken – das sollte im Schulalltag selbstverständlich sein. Werden die Schulen dem gerecht? Wie haben sich Bildungsziele in den letzten Jahren verändert? Neue Erkenntnisse über Lehr- und Lernmethoden liegen vor, werden aber bisher nicht flächendeckend eingesetzt, wie eine Diskussion der FES am 5. und 6. Juli in Berlin offenbarte.

Bei der Veranstaltung „Der Bildungsbegriff im Wandel – Verführung zum Lernen statt Zwang zum Büffeln“ diskutierten Bildungsexperten mit Schülern und Schülerinnen, welche Veränderungen und Investitionen im Bildungsbereich notwendig sind. Bildung wird überall als Priorität Nr. 1 genannt. Aktuelle Zahlen belegen allerdings einen Widerspruch zwischen öffentlicher Rhetorik und der Höhe der Bildungsausgaben. Beklagt wurden bei der Veranstaltung auch bürokratische Hindernisse, wie schwierige Schulwechsel zwischen verschiedenen Bundesländern und nicht vergleichbare Abschlüsse. Immer wieder wurden verstaubte Lehrmethoden kritisiert.

Die Fragen, wie Bildung und Erziehung zusammen-

hängen sowie ob und wie man zu Bildung und Kultur „verführen“ kann, wurden von Wissenschaftlern und Praktikern aus Hochschule und Schule diskutiert. Schüler und Schülerinnen waren eingeladen, deren Thesen zu kommentieren. Sie forderten besser motivierte und kompetente Lehrer, die über gegenseitigen Respekt eine gute Lernatmosphäre herstellen. Und sie forderten ein Gleichgewicht von Anerkennung und Kritik in einem vielfältigen Unterricht, der verschiedene Formen und Medien nutzt, dabei Interesse weckt und zum eigenständigen Lernen anregt.

Die Grundlagen für diese Diskussion wurden durch den Pädagogen Prof. Hartmut von Hentig und den Direktor des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung Prof. Jürgen Baumert gelegt, die ihr jeweiliges Bildungsverständnis darlegten. Wolfgang Thierse erweiterte die Debatte um Bildung und moderne Bildungsprozesse am zweiten Tag um eine weitere Dimension – die der Werte und Werteerziehung: „Wie wunderbar, wenn man als Kind und als Jugendlicher die Freiheit und Freude der Neugier erfährt und lernt, Fragen zu stellen.“

DISKUSSION ÜBER SPD-SED-DIALOGPAPIER VOR ZWANZIG JAHREN

Dynamit für das DDR-System

„Der Marxismus ist wahr. Und weil er wahr ist, haben wir die Macht, ihn durchzusetzen“. An diesen absoluten Herrschaftsanspruch der unterge-



Rückblick auf einen Dialog mit Risiken: Erhard Eppler berichtete über seine Erfahrungen mit den Gesprächspartnern aus der SED. (Foto: Waldeck)

gangenen SED-Führung erinnerte sich Erhard Eppler bei einem Podiumsgespräch der FES am 28. Juni in Leipzig. „Zwanzig Jahre danach“ stand die Rückschau auf die Wirkungen des SPD-SED-Dialogpapiers von 1987 auf der Tagesordnung. Bei diesem „Dialog durch die Mauer“ ging es um die großen Ost-West-Sicherheitsfragen und die ideologischen Grundlagen der beiden

Systeme. Erhard Eppler war in dieser Zeit Vorsitzender der Grundwertekommission der SPD und damit Verhandlungsführer auf Westseite. Auf dem Leipziger Podium erklärte er, dass es für Willy Brandt und ihn damals zwei Argumente gegeben habe, die für einen Dialog mit der kommunistischen Staatspartei SED gesprochen hätten. Zum einen habe das Risiko dieser Gespräche einseitig bei der SED gelegen, denn die DDR legitimierte sich durch die Wahrheit ihrer Ideologie des Marxismus-Leninismus. Die Bundesregierung dagegen legitimierte sich durch freie Wahlen. Das zweite Argument lautete, so Eppler, wer mit Sozialdemokraten über seine eigene Ideologie diskutiert, und zwar so, dass die Öffentlichkeit davon erfährt, der werde früher oder später auch mit den eigenen Bürgerinnen und Bürgern darüber sprechen müssen. Entsprechend sei die spätere Veröffentlichung der Ergebnisse im SED-Zentralorgan Neues Deutschland so etwas wie

Dynamit für das DDR-System gewesen. Die darin formulierten ideologischen Divergenzen hätten sich natürlich nicht mit dem Wahrheitsmonopol der SED vertragen. So seien die Wirkungen des Papiers in der DDR auch um ein Vielfaches stärker gewesen als in der Bundesrepublik. Viele in der DDR seien dankbar gewesen für die darin formulierten Positionen und Grundsätze, weil sie sich darauf berufen konnten. Auf der anderen Seite sei schnell deutlich geworden, dass die relativ freimütige Diskussionsgrundlage der Gespräche im Osten letztlich nicht nur ohne Konsequenzen blieb, sondern alsbald mit repressivem Druck unterbunden wurde. Er habe daraufhin das SED-Regime als nicht entwicklungsfähig abgeschrieben, so Eppler. Rolf Reißenberg gehörte 1987 zu den Verhandlungsführern auf SED-Seite. Auch aus seiner Sicht kam das gemeinsame „Ideologiepapier“ einer kleinen Sensation gleich. In der DDR habe „Sozialdemokratismus“ Jahrzehnte als gefährliche

Abweichung gegolten und sei mit entsprechender Härte bekämpft worden. Reißenberg stimmte Erhard Eppler zu, dass man sich auf Seiten der SED darüber im Klaren war, dass das gemeinsam zu Papier Gebrachte nicht unbedingt mit der Realität in der DDR einherzugehen vermochte. Man sah darin eher ein Signal für Veränderungsbedarf in Ost und West. Entsprechend seien die von SPD und SED formulierten Thesen von einigen als Ausdruck der Anbiederung an die SED angegriffen worden. Eine andere, für ihn zutreffendere Einschätzung sieht er in der These, es habe sich um eine geschickte Politik zur Überwindung der SED-Herrschaft gehandelt, als Katalysator des demokratischen Umbruchs in der DDR, so Reißenberg. In der anschließenden Diskussion bestätigte der ehemalige DDR-Bürgerrechtler und Pfarrer Stephan Bickhardt die ungeheure Wirkung des SPD-SED-Dialogpapiers gerade auch in oppositionellen Zirkeln in der DDR.

Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten

Die Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg verfügt jetzt über eine neue ständige Ausstellung. Bei der Eröffnung am 14. Juli bezeichnete Henning Scherf, Vorsitzender des Kuratoriums der die Gedenkstätte tragenden Bundesstiftung, Friedrich Ebert als die „erste demokratische Gestalt“ an der Spitze eines deutschen Staates. Die Ausstellung im Gebäudekomplex um die Geburtswohnung des ersten Reichspräsi-

denten ist nach modernen museumsdidaktischen Gesichtspunkten entwickelt worden. Expressive Installationen und audiovisuelle Medien veranschaulichen den Werdegang Eberts. Die Ausstellung zeigt ihn als Wegbereiter der parlamentarischen Demokratie in Deutschland, der sich rückhaltlos für die Stabilisierung der gefährdeten Weimarer Republik einsetzte. Insgesamt hebt diese wissenschaftlich fundierte Dokumentation

die große politische Bedeutung Eberts hervor, ohne die problematischen Aspekte in seinem Wirken zu verschweigen. Das Haus

inmitten der Heidelberger Altstadt wird jährlich von ca. 60.000 Menschen besucht.

Die neue Ausstellung wurde nach modernen museumsdidaktischen Gesichtspunkten entwickelt. (Foto: Pressebild Pfeifer)



Jüdisches Leben in Leipzig

Etwa 13.000 Mitglieder zählte die Jüdische Gemeinde 1925 in Leipzig. Viele bekannte Verlage der Buchstadt Leipzig waren jüdische Unternehmen, ebenso große Warenhäuser – hinzu kamen namhafte Wissenschaftler, bekannte Juristen, Ärzte, Kommunalpolitiker, Journalisten und Sportler. Nur knapp 200 Leipziger Juden haben die Deportationen und Massenvernichtung in der NS-Zeit überlebt, 24 von ihnen in der Stadt. Bei einer Fachtagung des Leipziger FES-Büros am 13. Juli erinnerte der sächsische Lan-

desrabbiner Salomon Almekias-Siegl an die jüdischen Opfer des Holocaust. Der Vorsitzende der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig, Kuf Kaufmann, sprach über jüdisches Leben heute. Seit 1990 wanderten wie überall in Deutschland wieder Juden ein – zumeist aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Ihre Integration sei derzeit wohl die größte Herausforderung für die jüdische Gemeinschaft. Heute zählt die Leipziger Gemeinde wieder über 1.200 Mitglieder.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Mit den Ansätzen der Demokratieerziehung in Deutschland, Israel und den USA setzten sich Berliner und Brandenburger Lehrer im Rahmen der **Fachtagung „Future of Democracy Education“** auseinander und diskutierten die Möglichkeiten von deren Weiterentwicklung. Die Veranstaltung des FES-Arbeitsbereiches BerlinPolitik wurde in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg und dem American Jewish Committee (AJC) organisiert. Workshops behandelten u.a. die Demo-

kratieerziehung an der Grundschule und das AJC-Programm „Hands Across the Campus“ in Deutschland und den USA. Ulrich Dovermann aus der Gruppe Rechtsextremismus in der Bundeszentrale für Politische Bildung betonte in seinem Resümee, dass die Struktur des Bildungswesens in Deutschland stark reform- und demokratisierungsbedürftig sei. + + +

Workshop Webpublishing der Jugendmedienakademie

HTML, CSS – bei diesen Abkürzungen formt sich in meinem Kopf ein großes Fragezeichen. Das Internet nutzen, auf Seiten surfen – alles kein Problem. Aber selbst eine Seite gestalten? Fehlanzeige. Um mich schlau zu machen, steige ich freitagnachmittags in den Zug nach Stuttgart. Mein Ziel: Der Workshop der Friedrich Ebert Stiftung und der Jugendpresse Baden-Württemberg zum Thema Webpublishing.

Webpublishing heißt: Wie gestalte ich eine Webseite ansprechend? Etwa für die Schülerzeitung. Und wie programmiere ich sie? Antworten hierauf wollen mit mir siebzehn weitere Mädchen und Jungs. Gemeinsam mit den Seminarleitern Björn Kulp und Sebastian Nikoloff fragen wir uns: Welche Ziele verfolgen wir mit unserer Webseite? Wer soll sie anschauen und gut finden? Warum stellt man überhaupt eine Seite ins Netz? Das Ergebnis: Artikel, Termine, ein Gästebuch, Umfragen – das kann alles auf die Homepage einer Schülerzeitung. Das Design: fröhlich und knallig – eben für Jugendliche, die die Schülerzeitung im Internet lesen.

Wie man die gewünschte Wirkung bei der Zielgruppe erzeugt, wissen wir nun. Gestaltung, Sprachstil und Angebot müssen zu ihr passen. Jetzt fehlt ja nur noch

die Webseite an sich. Dann mal los, wird ganz einfach sein. Oder doch nicht?

In einem Vortrag erläutert Sebastian Nikoloff, der das Internetangebot der Jugendpresse BW betreut, was die Teilnehmer für den Anfang noch wissen müssen. Absätze, Tabellen, Grafiken. Die Köpfe rauchen. Die fragenden Blicke der Teilnehmenden verflüchtigen sich langsam – aber es geht noch weiter. HTML kann mit CSS (Cascading Style Sheets) kombiniert werden. Hier legen wir nun Schriftart und Farbe fest. Wir programmieren zur Übung eine blaue Box. Zum Vergleich schauen wir uns den Programm-Code der Webseite des Magazins Spiegel an. Ein einziges Chaos und unheimlich kompliziert, finden wir alle.

Nach diesem kleinen Einblick in die Kunst des Programmierens klärt uns Björn Kulp über die rechtlichen Grundlagen auf. So gefüttert mit Informationen über den Sinn und den Aufbau einer Webseite, über HTML und über die Gesetzeslage kann es ja daheim losgehen mit der Webseite der Schülerzeitung.

Erfahrungsbericht der Teilnehmerin Jeannette Higirot

Wichtige Quelle zur polnischen Geschichte digitalisiert

Von 1955 bis 1965 gab das Ostbüro der SPD die „Monatsberichte über die Entwicklung in Polen“ heraus. Die Informationen basierten auf einer soliden Auswertung der polnischen Tagespresse. In Verbindung mit offiziellen Verlautbarungen und nicht-geheimen Unterlagen sollte über die Situation in Polen informiert werden. Diese Berichte wurden nun von der Bibliothek der FES mit Unterstützung der Erich-Brost-Stiftung digitalisiert und benutzergerecht aufbereitet. Die digitalisierte Zeitschrift bietet sehr guten „Anschauungsun-

terricht“ über die Quellen, die dem politischen Umfeld der deutschen Sozialdemokratie zur Beurteilung der Situation in Polen zur Verfügung standen. Über Struktur und Funktion der Monatsberichte informiert der langjährige Betreuer der Bestände des Ostbüros im Archiv der sozialen Demokratie, Horst Peter Schulz, in seiner Einführung zur Internetedition. Diese schließt eine Lücke, da die Monatsberichte in keiner deutschen Bibliothek vollständig vorhanden sind.

<http://library.fes.de/polen-bericht/index.html>

Literaturlisten für Veranstaltungen der Universität Bonn

Die Befragung der Nutzer der FES-Bibliothek zeigte ein großes Interesse an Literaturhinweisen. Da ein großer Teil der Lesesaalnutzer Studierende der Universität Bonn sind, entschloss sich die Bibliothek, einen neuen Service anzubieten: Den Studierenden der Hauptstudiumsveranstaltungen der Institute für Politikwissenschaft und Geschichtswissenschaft wird

durch Literaturlisten zu 30 Veranstaltungen im Wintersemester 2007/2008 die große Bandbreite der Bibliotheksbestände bekannt gemacht und zur Nutzung angeboten. Ergänzend wird den Studierenden die Nutzung von Datenbanken und weiteren Leistungen der Bibliothek nahe gebracht sowie auf externe Angebote gezielt hingewiesen.

Suche nach einem besseren Leben

Fast 95 Millionen Frauen weltweit haben ihre Heimat verlassen, auf der Suche nach einem besseren Leben – sei es als Flüchtlinge, sei es als Arbeitsmigrantinnen.

Aus welchen Gründen genau verlassen Frauen heute ihr Land?

Welche Risiken gehen sie damit ein? Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Diskussionsveranstaltung

„Feminisierung der Migration“ des Forums Politik und Gesellschaft am 24. August in Berlin.

Während Frauen früher als Familienangehörige mitauswanderten, treten sie heute als eigenständige Arbeitsmigrantinnen auf. Die Auswirkungen der Migration auf Frauen müssen differenziert beurteilt werden, so die Soziologin und

Publizistin Christa Wichterich. Dem Gewinn von Anerkennung als Arbeitskraft und einem gewissen Maß an Freiheit, stehen die Konfrontation mit (sexueller) Gewalt sowie ein schlechter Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung gegenüber. Außerdem finden sich Frauen meistens in den am niedrigsten entlohnten Jobs wieder.

Um einen besseren Schutz der Migrantinnen bemühen sich daher die Europäische Kommission und das Europäische Parlament, berichtete die Europaabgeordnete Lissy Gröner. Verbessert werden soll beispielsweise die Umsetzung des Aufenthaltsrechts für Frauen, die dem Frauenhandel zum Opfer gefallen sind.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Der „**Transparenz von Hedgefonds**“ widmete sich am 25. Juni eine Veranstaltung des Managerkreises und des Bayernforums der FES. Das Risiko durch Hedgefonds für die internationale Finanzmarktstabilität ist schon lange bekannt. Referent des Abends in München war Edgar Meister, der als Vorstand der Bundesbank bereits vor langer Zeit auf die Gefahren der Hedgefonds hingewiesen hatte. + + +

+ + + Die aktuellen **Herausforderungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik** beleuchtete der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, auf einer Informationsveranstaltung der FES am 31. Juli in der ostthüringischen Stadt Greiz. Themen seines Vortrages waren der Klimawandel, Terrorismusbekämpfung, Entwicklungspolitik und die Perspektiven der Europäischen Union. Erler ließ keinen Zweifel daran, dass diese Themen in einem Zusammenhang stehen und Sicherheitspolitik einen umfassenden Ansatz verfolgen muss, der über den Einsatz von Militär hinausgeht. + + +

+ + + „Das neue Grundsatzprogramm der SPD muss zu einem neuen Verständnis von Fortschritt

führen“, forderte Michael Müller, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesumweltminister. Dabei ist der Klimawandel eines der zentralen Konfliktfelder der Programmdebatte. Die Frage „**Kommt das solare Zeitalter?**“ wurde auf dem Forum Soziale Demokratie der FES in Hamburg von dem Bundestagsabgeordneten Niels Annen, Windenergieproduzent Fritz Vahrenholt, RePower, und Stefan Schurig vom World Future Council positiv beantwortet. Müller sprach sich für eine deutliche Botschaft im Grundsatzprogramm in Richtung Nachhaltigkeit aus. + + +

+ + + Über das **Bild Chinas in den deutschen Medien** diskutierten auf Einladung des Julius-Leber-Forums in Hamburg der ehemalige ARD-Korrespondent in China, Stefan Niemann, der freie Journalist Shi Ming und der Direktor des GIGA Instituts für Asienkunde, Dr. Günter Schucher. Niemann schilderte anschaulich die schwierigen Arbeitsbedingungen deutscher Journalisten. Trotzdem sei das Bild Chinas in den deutschen Medien schon weitgehend richtig, meinte Schucher. Für Shi Ming hat sich das China-Bild in Deutschland gewandelt: „Aus überdimensionaler Erwartung ist überdimensionale Angst geworden.“ + + +

Neues Projekt in der
KommunalAkademie

Demografischen Wandel lokal gestalten

— DIE BEVÖLKERUNGSSTRUKTUR IN DEUTSCHLAND VERÄNDERT SICH. In ihrem Abschlussbericht hat die Enquetekommission „Demografischer Wandel“ des Deutschen Bundestags zwei wesentliche Daten für die Auswirkung des demografischen Wandels herausgestellt.

Um das Jahr 2010 wird durch das Eintreten der geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand zunächst die Zahl der Erwerbstätigen, ab 2030 die Bevölkerung insgesamt in Deutschland deutlich abnehmen. Diese Veränderungen stellen Herausforderungen dar, für die die Politik Lösungen finden muss. Alle Entscheidungsebenen und nahezu alle Lebensbereiche sind betroffen:

von den sozialen Sicherungssystemen über den Immobilienmarkt, die Stadtentwicklung bis hin zur Familienförderung und der Bildungspolitik reicht die Tragweite der Veränderungen.

Die Auswirkungen auf kommunaler Ebene sind mancherorts schon heute spürbar: Abwanderung aus strukturschwachen Regionen und Zuwanderung in Ballungszentren. Verschärft wird die Situation dadurch, dass die Kommunen wenig finanzielle Entlastung von Bund oder Ländern erwarten können.

Jede Stadt und jede Gemeinde muss eigene Antworten finden. Im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern muss ein Konsens gefunden werden, wie die demografischen Veränderungen vor Ort gestaltet werden können und sollen. Gelingt eine Verständigung über zentrale Handlungsfelder und positive Leitbilder für die

Zukunft, gewinnt Kommunalpolitik an Strategie und Profil. Leitbilder helfen Prioritäten zu setzen, ein Profil macht die Handlungsalternativen erkennbar. Es gilt, die Chancen in den Blick zu nehmen, die der demografische Wandel bietet.

In der KommunalAkademie der FES in Bonn startet ein Projekt, das Kommunalpolitikerinnen und -politikern bei dieser Aufgabe Hilfestellung leisten will. Leitbilder für zentrale Handlungsfelder werden erarbeitet, die einen Ausgangspunkt für den Bürgerdialog vor

Ort bieten können. Zugleich lenken sie auch den Blick auf Handlungsfelder, in denen eine soziale Gestaltung nötig ist. Dazu zählen eine moderne Familienpolitik, eine aktive Integrationspolitik sowie die Förderung neuer sozialer Netze, um Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt auf kommunaler Ebene zu stärken. Einige Städte und Gemeinden haben bereits Erfahrungen mit solchen Dialogprozessen gemacht. Dieses Wissen zu bündeln und anderen zur Verfügung zu stellen, ist zentrales Ziel des Projekts.

Angebote der KommunalAkademie:

Seminare & Kompetenztrainings

durch unsere Regionalbüros und Akademien qualifizieren für das überzeugende soziale und demokratische Ausüben des kommunalpolitischen Ehrenamts und geben wertbezogene Orientierung.

Fachkonferenzen & Bürgerforen

vermitteln themenbezogene Kenntnisse zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in den komplexen Handlungsfeldern der Kommunalpolitik und werben für die aktive Mitgestaltung innerhalb und außerhalb der kommunalen Gremien.

Chancen im ländlichen Raum

Seit gut 30 Jahren ist jede Generation in Deutschland zahlenmäßig um gut ein Drittel kleiner als ihre Elterngeneration. In Verbindung mit der wachsenden Lebenserwartung führt dies trotz Zuwanderung langfristig zu Alterung und Rückgang der Bevölkerungszahl. Damit einher geht eine starke Veränderung der sozialen Strukturen. Eine Podiumsdiskussion der KommunalAkademie Bayern der Friedrich-Ebert-Stiftung im oberpfälzischen Schwandorf verdeutlichte, dass diese Entwicklung aber keineswegs als Bedrohung gesehen werden müsse. Insbesondere für Regionen im ländlichen Raum böten sich große Chancen.

Die steigende Lebenserwartung sollte zunächst als das großartige Ergebnis guter Gesundheitsversorgung gesehen werden, so Michael Seide, stellvertretender Geschäftsführer des Bayerischen Städtetages. Dies sei nicht nur ein Gewinn für den Einzelnen, sondern auch für die Gesellschaft, wenn sie das in einem langen Leben entstandene Erfahrungswissen und die Gelassenheit des Alters zu nutzen wisse. Es sei unabdingbar für die künftige Entwicklung, diese Ressourcen nicht brachliegen zu lassen. In diesem Sinne argumentierte auch Winfried Mellar von der IHK Regensburg. Er konstatierte in Deutschland ein

Nord/Süd- und ein Ost/West-Gefälle in der Bevölkerungsentwicklung. Da es mit den Schülerzahlen „stark abwärts“ gehe, drohe eine Bewerberlücke auf dem Ausbildungsmarkt. Weil zudem die Gruppe der „Leistungsträger zwischen 35 und 49 Jahren“ abnehme, verschiebe sich die Altersstruktur der Erwerbspersonen nach hinten. Dies bedeute, dass Firmen massiv umdenken und die Erwerbsquote der Älteren anheben müssten. Als Schritte in diese Richtung nannte Mellar altersgerechte Arbeitsprozesse, betriebliche Gesundheitsförderung und die Anhebung der Erwerbsquote von Frauen. Als Anforderungen an Städte und

Landkreise forderte Mellar unter anderem, Verbindungen zwischen Handwerk, industrieller Fertigung und moderner Technologie herzustellen und den Ausbau grenzüberschreitender Kooperationen zu forcieren. Der Schwandorfer Landrat Volker Liedtke und Oberbürgermeister Helmut Hey mahnten ergänzend, es dürfe keinen Konkurrenzkampf der Kommunen untereinander geben: „Die Zeiten für „Kirchturmdenken“ sind vorbei“, so Liedtke. Insgesamt gehe es darum, die Familienfreundlichkeit der Kommunen zu steigern. Insgesamt müsse der ländliche Raum mehr Gestaltungsspielräume erhalten.

Nachwuchsförderung & Sommerakademie

Angebote in drei Modulen, Abend-Akademien und die Sommerakademie motivieren und trainieren den kommunalpolitischen Nachwuchs methodisch, fachlich und politisch durch aktives Lernen.

Publikationen

Die „Texte der KommunalAkademie“ und die „Wegbeschreibungen für die kommunale Praxis“ bieten Hinweise zu wichtigen Themen und Handlungsfeldern der Kommunalpolitik.

Kooperation & Vernetzung

Der Kontakt zu den kommunalen Organisationen und Spitzenverbänden gewährleistet die effiziente Informations-

verarbeitung. Die Vernetzung der engagierten Teilnehmerinnen und Teilnehmer beschleunigt Erkenntnisprozesse.

Internationaler Erfahrungsaustausch

Kommunalpolitik ist in Europa sehr unterschiedlich organisiert. Wichtig beim grenzüberschreitenden Dialog ist das kennenlernen der Personen und verschiedenen Denkansätze.

Internet-Portal

Das Kommunal-Portal ist ein Angebot an Informationen zur schnellen Bearbeitung aktueller Aufgaben: www.fes-kommunalakademie.de

Die KommunalAkademie
Bayern vermittelt
Fachwissen für
angehende Stadträte

„Oft wissen sie gar nicht, wie wichtig sie sind“

— „ES IST SEHR WICHTIG, MENSCHEN ZU GEWINNEN, die sich auf kommunalpolitischer Ebene engagieren möchten. Und diese Menschen müssen gefördert werden“, betonte Florian Pronold, Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Deutschen Bundestag.

Der stellvertretende Vorsitzende der BayernSPD war Gast eines Kaminesgesprächs im

die Mischung aus kommunalpolitischen Inhalten und methodischen Tipps bei, alles

meiner Stadt? Wie gelingt es mir als Stadträtin, Mehrheiten für meine Ideen zu gewinnen?

Spannend für die Sozialdemokratin, die für den Nürnberger Stadtrat kandidieren wird, war vor allem die Diskussion mit dem Sozialreferenten der Stadt Augsburg, Dr. Konrad Hummel. Die von ihm realisierte Idee eines bürgerschaftlich organisierten Sorgentelefon für Migrantinnen und Migranten, durch das diese Hilfe in ihrer Muttersprache erhalten, würde sie gerne auch in Nürnberg umsetzen.

Engagierte Bürgerinnen und Bürger wie Sylvia Rhau sind nach Ansicht Hummels immens wichtig für die Gesellschaft – zumal, wenn ihr Engagement irgendwann in ein kommunalpolitisches Amt mündet. Stadt- und Kreisräten kommt nach seiner Auffassung eine große Bedeutung innerhalb der Kommune zu: „Oft wis-

sen sie gar nicht, wie wichtig sie sind.“ „Fordert die Referenten in den Stadtratssitzungen durch provozierende Fragen heraus“, lautete sein Tipp an die Teilnehmerinnen. Ähnlich wie Sylvia Rhau steht auch Hermann Menig vor einer Kandidatur. Er möchte im März 2008 Bürgermeister von Marktheidenfeld werden. Für ihn waren daher die Ausführungen von Dr. Rudolf Köppler, ehemaliger Oberbürgermeister der Stadt Günzburg, von besonderem Interesse. „Es war unglaublich anregend, was er aus seinem Erfahrungsschatz vermitteln konnte“, so Menig. Das begann mit Hinweisen, wie man sich am besten über alle relevanten kommunalpolitischen Themen informiert, und endete mit Berichten aus dem „Nähkästchen“, wie man als gewählter Oberbürgermeister allen Bitten um Mitwirkung gerecht werden kann.

Rahmen der Seminarreihe „Mit Erfolg in die Kommunalpolitik“. Angehenden Kommunalpolitikern inhaltliches Wissen und methodisches Handwerkszeug zu vermitteln, ist Ziel der KommunalAkademie Bayern. Die dazu konzipierte Seminarreihe „Mit Erfolg in die Kommunalpolitik“ besteht aus drei Modulen, die bisher bereits dreimal in Würzburg und Kochel am See durchgeführt wurden. Zum Erfolg der Seminare trägt

vermittelt von erfahrenen kommunalpolitischen Praktikern. Die Motivation der bisherigen 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer war durchaus unterschiedlich. So wusste die 31-jährige Sylvia Rhau aus Nürnberg schon vor Seminarbeginn ziemlich genau, wie Kommunalpolitik „funktioniert“. Sie wollte bei der KommunalAkademie lernen, was in keinem Buch nachgelesen werden kann: Wie begegne ich den Fachreferenten

Kommunal-Portal hilft weiter

Keine Zeit zum Seminarbesuch? Lesen wäre eine Alternative.

www.fes-kommunalakademie.de ist eine gute Internet-Adresse mit Informationen für alle, die es eilig haben. Und „zeitarme“ Kommunalpolitiker/innen gibt es immer mehr. Darauf hat die Friedrich-Ebert-Stiftung mit ihrem kommunalpolitischen Internet-Portal reagiert. Und dieses Angebot erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie steigende Besucherzahlen zeigen. In zwanzig Themenbereichen mit über sechzig Rubriken und umfangreichen Linklisten werden in dem Portal alle wichtigen Themen der Kommunalpolitik behandelt. So wird Fach- und Orientierungswissen, das alle kommunalpolitisch Engagierten brauchen, zur Verfügung gestellt. Die Verknüpfung von Bil-

dungsveranstaltungen, Experteninformationen und Dokumentationen von Arbeitsergebnissen gibt erprobtes Praxiswissen weiter und schafft jederzeit abrufbare, fundierte Grundlagen.

Die „Themen“ sind eine Fundgrube für Informationen zur schnellen Bearbeitung aktueller Aufgaben – denn kommunale Sitzungen warten bekanntlich nicht bis zum nächsten Seminar. Über Suchfunktionen, Stichwortregister und Formulare lässt sich das Gesuchte schnell finden. Laufend werden neue Inhalte eingestellt und es wird über aktuelle Veranstaltungen und Workshops berichtet.



KOMMUNALPOLITISCHE SOMMERAKADEMIE IN BADEN-WÜRTTEMBERG

„Ganz schön bunt in den Räten“

„Super war das Themenspektrum“, meinte der 39-jährige Rechtsberater, während die 45-jährige Informatikerin „die Informationen über neue Tendenzen kommunalpolitischer Herausforderungen“ besonders lobte. Gemeint waren die Angebote der legendären SommerAkademie der baden-württembergischen Version der KommunalAkademie. Vom „Demografischen Wandel“, „Gemeinde- und Stadtmarketing“, „Kommunaler Klimaschutz“ wurde über „Generationsübergreifende Wohnprojekte“, „Prinzipien des Community Organizing“, „Von der Real- zur Internet- und Medien-



Ein breitgefächertes Teilnehmerspektrum nutzte die Angebote der Sommerakademie in Baden-Württemberg.

Gemeinde“, „Gemeinderat auf Draht“ bis zu der „Zukunft des virtuellen Rathauses“ diskutiert.

„Ich will gewählt werden, deshalb habe ich mich für den „Stressfreien Auftritt“ entschieden“, sagte der Chemotechniker im Nachgespräch zufrieden und weil Norbert sich eine „Zukunft als

Schultes“ vorstellen kann, nahm er am Workshop „Charismatische Ausstrahlung“ teil. Viele der Junggemeinderäte verbesserten ihr „Zeit- und Selbstmanagement“ an diesem Wochenende. Ungewöhnlich heterogen die Zusammensetzung: 52 % waren weiblich und zwischen 19 und 54 Jahren wa-

ren alle Altersgruppen vertreten. Ein Kaleidoskop von Berufen: Modedesigner, Rechtsanwalt, Sozialarbeiter, Biologin, VHS-Leiterin, Arbeiter, Schülerin, Betriebswirt, Sekretärin, Finanzbeamter, Chemie-Ingenieur, Arzt... „Wenn die alle bei der nächsten Gemeinderatswahl gewählt werden, wird es ganz schön bunt in den Räten werden“, so die Teamer.

Ab 2009 werden die kommunalen Räte im Ländle aber nicht nur bunter, sondern auch weiblicher, kompetenter und sozialer – so das optimistische Fazit der baden-württembergischen Kommunal Akademie.

Chancengleichheit für Migranten

Diskriminierung hat viele Gesichter und prägt häufig den Lebensalltag von Zuwanderern in Deutschland. Mit dem allgemeinen

Lebensalltag von Zuwanderern in Deutschland. Mit dem allgemeinen

festgestellt, dass in der Stadt etwa zwanzig Vereinigungen von Migranten registriert sind, die Zahl der Selbstorganisationen jedoch um einiges größer ist. Der Ausländerbeauftragte der Stadt Leipzig verwies darauf, dass über diese Arbeit ein wichtiger Beitrag zur Integration geleistet werde. Mit ihrem Engagement würden solche Initiativen und Vereine jedoch bislang zu wenig von der Öffentlichkeit als Teil einer aktiven Bürgergesellschaft wahrgenommen und letztlich noch zu wenig als Partner bei Beteiligungsprozessen herangezogen. Das müsse sich ändern. Eine Fachtagung der Veranstaltungsreihe beschäftigte sich zudem mit den schuli-

chen und beruflichen Bildungschancen jugendlicher Migranten. Dabei wurde beispielhaft ein Integrationsprojekt präsentiert, das darauf hinweist, dass erfolgreiche gesellschaftliche Integration von jungen Menschen einer guten schulischen und beruflichen Ausbildung bedarf. Dennoch sei es nach wie vor so, dass die Bildungs- und Ausbildungserfolge von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund hinter denen ihrer deutschen Altersgefährten zurückblieben. Dabei bräuchten sie Kompetenzen und Erfahrungen mit, die in Ausbildung und Beruf noch unzureichend nutzbar gemacht werden.

Gleichbehandlungsge-
setz haben Betroffene
besser als bislang die
Möglichkeit, sich gegen
Benachteiligungen
und Ausgrenzung zur
Wehr zu setzen und eine
gleichberechtigte
Teilnahme in der Ge-
sellschaft einzufor-

Entwicklungschancen
in den Städten und
Kommunen zu fragen.
Eine Podiumsveranstal-
tung beschäftigte sich
beispielsweise mit
den Partizipations-
möglichkeiten konkret
in der Stadt Leipzig.
Dabei wurde zum ei-

INTEGRATION

So einfach – und doch so schwierig

„Man muss einmal zeigen, wie Integration in anderen Städten klappt. Denn man muss das Rad nicht immer neu erfinden!“
Gesagt – getan. Vergangenen Herbst veröffentlichte die Kommunalakademie der

FES eine umfangreiche Publikation zur Integrationspolitik auf kommunaler Ebene. In „Auf Augenhöhe – Integration zum kommunalen Thema machen“ werden erprobte und auf Nachhaltigkeit basierende Projekte und

Konzepte aus ganz Deutschland dargestellt, die zu einer erfolgreichen Integration von Zuwanderern beigetragen haben. Diese Konzepte der lokalen Integrationsarbeit werden modellhaft und praxisorientiert

mit Kontakten, Tipps und Zusatzinformationen präsentiert, um andere Kommunen zu motivieren und vor allem kommunalpolitisch Engagierten Anregungen zur eigenen Umsetzung zu bieten. Auch Vereine und Ver-

bände unterstützen den lokalen Integrationsprozess tatkräftig und können anderen mögliche Wege aufzeigen.

Erstmals vorgestellt wurde „Auf Augenhöhe“ im Rahmen einer großen Bonner Fachtagung im September 2006. Kritisch befassten sich Vertreter aus Politik, Kommunen,

Wissenschaft, Vereinen, Verbänden, Bildung, Erziehung und Medien damit, wie Integration gelingen kann.

„In den Medien werden meist Beispiele gezeigt, wo es nicht gelingt, Zugewanderte zu integrieren. Dabei gibt es mittlerweile viele städtische Dezernate, Schulen, Vereine, Or-

ganisationen und engagierte Menschen, die diesen Konflikt herd anpacken – nicht zu vergessen die Migranten selbst“, erklärte eine Bielefelder Verwaltungsangestellte. Dabei geht es nicht bloß um sprachliche und berufliche Förderung, sondern auch um Abbau von Vorurteilen und Förderung

von Toleranz, Anerkennung und Gemeinschaftsgefühl. Der Reader bietet dazu anregende und umsetzbare Beispiele.

DER READER

„Auf Augenhöhe – Wie Integration vor Ort gelingt“ im Netz unter www.fes-kommunalakademie.de

SECHSTE KOMMUNALPOLITISCHE SOMMERAKADEMIE

Politiker zum Anfassen

„Es tut richtig gut, so viele junge engagierte Kommunalpolitiker um sich zu haben“, - man spürte, dass sich Hannelore Kraft, die SPD-Chefin aus Nordrhein-Westfalen und Oppositionsführerin im NRW-Landtag, in Bonn sichtlich wohlfühlt. Bei der 6. Kommunalpolitischen

Sommerakademie der Friedrich-Ebert-Stiftung nutzte sie die Gelegenheit, politische Orientierung zu geben und tauchte ein in viele kleine Gruppen- oder Zwiegespräche am Rande. Vorher aber lauschte sie gemeinsam mit den Teilnehmer/innen dem Autor Christian Ri-

ckens, der aus seinem Buch „Die neuen Spießer“, einer kritischen Auseinandersetzung mit den Verfechtern des „früher war alles besser“, las. Gut vorbereitet durch ein Trainer-Team ist es diese Mischung aus kommunalen Fachinformationen, Politikern zum Anfassen,

Netzwerkarbeit und kulturellen Überraschungen, die jährlich fast einhundert junge Aktive nach Bonn zieht. Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann hatte die Tagung eröffnet, deren Oberthema diesmal „Den demografischen Wandel gestalten“ lautete.

Wegbeschreibungen für die kommunale Praxis

Um nicht jedem neugewählten Bürgermeister in der ehemaligen DDR die Grundlagen der Bauleitplanung oder die Regelungen zur Befangenheit einzeln erläutern zu müssen, entwickelte die „Arbeitsgruppe Kommunalpolitik“ der Friedrich-Ebert-Stiftung Anfang der neunziger Jahre die Loseblattsammlung „Wegbeschreibungen für die kommunale Praxis“. Bergneustadts ehemaliger Stadtdirektor Dr. Karl-Heinz Rothe beschrieb die ersten fünfzig Stichwörter, andere folgten ihm nach. Schließlich sorgte Ministerialdirigent Dr. Rudolf Oster aus dem Innenministerium in Mainz für eine einheitliche Struktur. Inzwischen liegen dreißig Ergänzungslieferungen vor.

Jedes Bundesland hat die Hoheit über seine kommunale Selbstverwaltung. Das hat permanente Veränderungen zur Folge. Zukünftig wird ein Team von Experten darüber wachen, dass insbesondere die ehrenamtlichen Kommunalpolitiker/innen jederzeit Zugang zu den für sie nützlichen Informationen behalten.

Heute gibt es die „Wegbeschreibungen“ nicht nur als Loseblattsammlung, sondern auch im Internet. Über die Stichwörter hinaus findet der Nutzer auch Fachaufsätze und Linklisten.

www.fes-kommunalakademie.de/_rubric/detail.php?nr=470&rubric=Publikationen&

Angebote in Stadtstaaten

„Es hat viel Spaß gemacht und man kann das Gelernte auch wirklich umsetzen“, so Öghan Karakas' Antwort auf die Frage, was ihm an der KommunalAkademieNord am besten gefallen hat. Karakas ist neu in der Hamburger Kommunalpolitik und steht für die Wahl im Februar 2008 auf einem aussichtsreichen Platz für die Bezirksversammlung. Er möchte die Integrationspolitik vor Ort mitgestalten. Mit seiner Teilnahme an der Akademie wollte er „die Herausforderungen der Kommunalpolitik kennen lernen, die eigenen Erwartungen mit der späteren Umsetzung schon einmal abgleichen“, wie er

sagt. Um die Umsetzung kommunaler Anliegen ging es auch An-



Die gute Gruppenatmosphäre in der KommunalAkademieNord hat ein Netzwerk für ehrenamtliches Engagement entstehen lassen.

drea Rugbarth bei ihrer Teilnahme. Sie allerdings ist schon lange kommunalpolitisch aktiv und wird ab dem nächsten Jahr Mitglied der Bürger-schaft sein. Drei Wochenenden plus „Hausaufgaben“ stellen für alle Teilnehmenden eine große zeitliche Hürde dar. Grundlagen, Entwicklung und Um-

setzung kommunaler Politik werden vor allem praktisch in kon-

kreten Übungen und Gruppenprojekten erarbeitet. Inhalte sind dabei die Erfahrungen, die die Teilnehmenden mitbringen – natürlich immer auf Hamburg bezogen. Denn das ist das Besondere an der KommunalAkademieNord. Sie wurde entwickelt für die Ansprüche von Stadtstaaten. Neben Hamburg wird die KommunalAkademie des Julius-Leber-Forums auch in Bremen durchgeführt. Die Herausforderungen einer KommunalAkademie für Stadtstaaten liegen dabei nicht nur im neuen Wahlrecht, das in beiden Städten eingeführt wird, sondern zum Beispiel auch in den spezifischen Anforderungen von Stadtteilarbeit und den komplizierten Kompetenzverflechtungen des

Bremer Beirätesystems.

Besondere Höhepunkte der KommunalAkademieNord sind die Experten- und Hintergrundgespräche. Der Bürgermeister von Rendsburg Andreas Breitner berichtet engagiert von seinen Erfahrungen in der Kommunalpolitik. Der Bundestagsabgeordnete Dr. Michael Bürsch diskutiert engagiert über die Bürgergesellschaft und der Landesvorsitzende der Hamburger SPD Ingo Egloff wird freundlich, aber auch kritisch befragt. Letzterer freut sich jedoch darüber, den aktiven kommunalpolitischen Nachwuchs seiner Stadt kennen zu lernen. Die gute Atmosphäre hat alle zusammenschweißt und ein Netzwerk entstehen lassen, auf das man im späteren Ehrenamt zurückgreifen wird. Und auch dem einzigen Nicht-Hamburger unter den Teilnehmenden, Hans-Joachim Guretzki, drücken alle die Daumen bei seiner kommunalpolitischen Herausforderung in Hohen Neuendorf bei Berlin, dort möchte er Bürgermeister werden.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Ein neues Beratungsgremium für kommunalpolitische Entscheidungen haben die thüringischen Universitätsstädte Jena und Ilmenau eingeführt: den Studierendenbeirat. Deshalb lud das FES-Landesbüro Thüringen Vertreter aller übrigen Thüringer Hochschulorte ein, um dieses Modell vorzustellen. Entsprechend z.B. den Senioren- oder Ausländerbeiräten sollen die Studierendenbeiräte die Interessen der Studentinnen und Studenten vertreten und dafür sorgen, dass ihre Vorschläge bei städtischen Entscheidungen berücksichtigt werden. In den beiden Universitätsstandorten, wo die Beiräte schon eingeführt wurden, machen die Studierenden einen erheblichen Anteil der Stadtbevölkerung aus, obwohl sie häufig nicht zur Wahlbevölkerung gehören, da sie nur mit Zweitwohnsitz gemeldet sind. + + +

Tafelsilber oder Saatkartoffeln?

Der Verkauf von kommunalen Wohnungsunternehmen löst kontroverse öffentliche Debatten aus. Die Finanznot in vielen Städten ist groß. Schnelle Lösungen, wie in Dresden, scheinen attraktiv, um Schulden zu beseitigen. Nicht immer sind dabei die Konsequenzen für den Wohnungsmarkt und die Entwicklung der Stadt absehbar, wie Dr. Lutz Trümper, Oberbürgermeister in Magdeburg, bei der Veranstaltung „Kommunale Wohnungsunternehmen – Tafelsilber oder Saatkartoffeln“ am 19. Juni ausführte. Auch in Magdeburg wäre ein Verkauf der Wohnungen attraktiv gewesen und hätte Investitionen ermöglicht – trotzdem hat man sich dagegen entschieden. Bei der Konferenz des FES-Arbeitskreises

„Stadtentwicklung, Bau und Wohnen“ wurde die Rolle kommunaler Wohnungsunternehmen thematisiert. Zu der Diskussion um Verkauf oder Bewirtschaftung gehören – nicht nur, aber auch – soziale Kriterien, dazu gehört, Gestaltungsspielräume zu erhalten, dazu gehört nicht zuletzt eine langfristige Perspektive, so die Sicht des Mieterbundes und des Bundesverbandes Deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen. Thomas Zinnöcker, Vorsitzender der privatisierten GSW, erläuterte die Hintergründe und Trends von Private Equity Fonds in der Wohnungswirtschaft. Die Entwicklung der Kapitalmarktkonditionen erleichterte in den letzten Jahren den Einstieg in die Bran-

che. In der Diskussion wurde klar, dass es heute nicht mehr vorrangig um Versorgung mit Wohnraum geht. Die neuen Stichworte lauten Energieeffizienz und demographischer Wandel: der Anteil der über 60-jährigen steigt ebenso wie der Migrantenanteil, es gibt zunehmend mehr Einzelhaushalte. Der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Verkehr, Bau und

Stadtentwicklung Achim Großmann schloss mit den Worten: „Der Mensch und nicht die Rendite muss weiterhin im Mittelpunkt einer verantwortungsbewussten Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik stehen.“

DIE PUBLIKATION

„Kommunale Wohnungsunternehmen – Tafelsilber oder Saatkartoffeln?“ unter: <http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04267.pdf>

Kreativ im Kiez

Der Welse-Kiez ist ein Wohngebiet am nordöstlichen Stadtrand Berlins, das in den letzten Jahren durch Zuwanderung vor allem von Haushalten mit geringen Einkommen eine erhebliche Veränderung der Sozialstruktur erfahren hat: aus einer mittleren Wohnlage ist ein Kiez mit Problemen geworden. Insbesondere fehlen Arbeitsmarktangebote für gering Qualifizierte und Jugendliche ohne Schulabschluss, alleinerziehende Mütter oder Spätaussiedler. Auch das Freizeitangebot für Jugendliche ist begrenzt.

Der FES-Arbeitsbereich BerlinPolitik hat in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, der Bezirksverwaltung in Lichtenberg und

den Betroffenen die Entwicklung und Umsetzung eines integrierten Handlungskonzepts angeregt. Hierbei kam es vor allem auf die enge Abstimmung zwischen lokalen Partnern, den sozialen Trägern und den Job-Centern an. Zu den Projektvorschlägen gehören Angebote der dezentralen Berufsberatung und –orientierung für Schulabgänger und Schulabbrecher, berufliche Reintegration für junge Mütter sowie die Einrichtung einer lokalen Praktikabörse für Jugendliche.

Planspiel
Kommunalpolitik

„Demokratie lernt man nicht aus Büchern“

— OFT BEKLAGT DIE POLITIK DAS MANGELNDE INTERESSE DER JUGENDLICHEN und die Jugendlichen die fehlenden Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen. Im Planspiel Kommunalpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung werden Jugend und politisches Interesse zusammengebracht.

Politik erleben steht im Mittelpunkt dieses Planspiels. Jugendliche

zeitmöglichkeiten für Jugendliche in Mecklenheim zu erwei-

such einer Ratssitzung von den Jugendlichen in Zusammenarbeit mit „echten“ Räten ihrer Stadt oder Gemeinde aus den verschiedenen Fraktionen erarbeitet. Die FES-Teamer unterstützen die Jugendlichen dabei und die Verwaltung beantwortet die Anfragen für das Planspielfinale. Das Finale, in dem die Jugendlichen in die Rollen von Kommunalpolitikern schlüpfen und eine Ratssitzung

büro Dresden entwickelt wurde und seit 2006 auch in den alten Bundesländern wie z.B. Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg durchgeführt wird, hat aber noch weitere Effekte. Jugendliche lernen Kommunalpolitiker kennen und sind überrascht, wie jugendnah Politiker sein können. Umgekehrt sind die Kommunalpolitiker begeistert, dass Jugendliche Interesse an politischen Themen haben und sich einbringen. Ganz nebenbei erfahren sie, was Jugendliche in ihrer Kommune wirklich bewegt und nehmen Anregungen in ihre Arbeit mit auf. So konnte zum Beispiel in der Rheinwaldschule in Elchesheim-Iltingen die Essensversorgung verbessert werden, in Bonn bekommen Pfadfinder einen Raum zur Verfügung gestellt und in Östringen-Odenheim wird über einen Jugendgemeinderat nachgedacht.



Von Politikverdrossenheit nichts zu spüren: Jugendliche beim Planspiel Kommunalpolitik der FES. (Foto:Lichtenscheidt)

werden selber zu Kommunalpolitikern, bereiten in Fraktionen eine Ratssitzung vor, erstellen Anfragen und Anträge zu ihnen nahe liegenden Themen und am Ende findet eine gespielte Ratssitzung statt. Und da es dabei um die Themen der Jugendlichen geht, wird es sogar richtig spannend. So fragten die jugendlichen Stadträte des Konrad-Adenauer-Gymnasiums in Mecklenheim bei der Stadtverwaltung nach, welche Möglichkeiten diese sieht, die Frei-

tern. Die jugendlichen Stadträte des Oelberg-Gymnasiums in Königswinter beantragten die Einführung von Streitschlichterprojekten und Anti-Mobbing-Seminaren. Aber auch Themen wie die Verbesserung der Schulausstattung, Lehrermangel, Einführung eines Jugendgemeinderates und Verkehrsproblematiken stehen auf der Tagesordnung. Die Anfragen und Anträge werden nach einer Einführung in das „1x1 der Kommunalpolitik“ und dem Be-

trachten der Jugendlichen in der Ratssaal ihrer Stadt oder Gemeinde ihre Anträge, diskutieren diese und stimmen darüber ab. Von Politikverdrossenheit ist nichts zu spüren. „Demokratie lernt man nicht aus Büchern, das lernt man am besten so“, ist ein Lehrer der Bonner Bertolt-Brecht-Gesamtschule überzeugt. Das Planspiel, das 1998 im Landes-

Ein Exportschlager

Das Planspiel Kommunalpolitik erobert Südost-Europa

„Seit 1998 wurde das Planspiel-Kommunalpolitik-Projekt kontinuierlich von Dresden in viele Landesbüros der FES getragen. Es wurden zahlreiche Teamer ausgebildet, die mittlerweile deutschlandweit leidenschaftlich Kommunalpolitik an Jugendliche vermitteln. Eigentlich könnte man mit diesem Ergebnis zufrieden sein. Oder vielleicht doch nicht? Geht da noch mehr? Anfang des Jahres haben wir uns auf einer Weiterbildung getroffen. Wir, das sind Blanka Smoljan aus dem FES-Büro in Zagreb und Yvonne Lehmann aus dem Dresdner Büro. Schnell war klar, dass uns beide eine Planspielleidenschaft und das Interesse an der Arbeit mit Jugendlichen verbindet und wir fingen an, vom Export der Projektidee nach Kroatien, vielleicht sogar auf den gesamten Balkan, zu träumen. Nach unzähligen E-Mails und vielen Telefonaten stand der Zeitplan fest. Wir verabredeten eine Teamerausbildung in Zagreb, und es sollen noch im Jahr 2007 ein bis zwei Planspiele folgen. Gesagt, getan. Die Schulung fand Ende August in der Nähe von Zagreb statt. Die Gruppe bestand aus Serben und Kroaten und sie kamen aus dem gesamten Land. Die meisten der insgesamt neun Teilnehmer hatten bereits Erfahrungen im Bereich der politischen Jugendbildungsarbeit gesammelt.

Wir wollten die zukünftigen Teamer für Kroatien einerseits mit dem Konzept des Planspiels vertraut und gleichzeitig kommunalpolitisch fit machen. Hatte man sich ursprünglich eigentlich auf die Arbeitssprachen Deutsch und Kroatisch geeinigt, fand die Schulung

zwischenzeitlich auch auf Englisch und Serbisch statt. Neun Teilnehmer und vier Sprachen machten diese Schulung definitiv sehr bunt!

Im Laufe der Schulung stellte sich heraus, dass unser Zeitplan sehr mutig war, denn wir hatten nicht damit gerechnet, dass viele Dinge, vor allem methodischer Art, einfach unbekannt sind in Kroatien. Dadurch ist



Für das Planspiel Kommunalpolitik ließen sich auch Jugendliche in Kroatien begeistern.

unser Zeitplan leicht ins Wanken gekommen. Das heißt, eine weitere Schulung muss im November folgen. Die ein bis zwei Planspiele stehen allerdings unerschütterlich fest. Alle waren sich einig: „Klar. Die machen wir noch in 2007!“

Interessant war auch die eher skeptische Haltung gegenüber den politischen Partnern. In einem Abschlussgespräch hatten wir immer noch das Gefühl, dass uns niemand so recht zutraut, dass wir echte Politiker in die Schulen holen können. Wir sind allerdings davon überzeugt, dass wir die Teilnehmer ein weiteres Mal überraschen werden. Bis Ende des Jahres wollen wir auf zwei erfolgreiche Planspiele zurückblicken. Und wenn es nach dem Zagreber Büroleiter Mirko Hempel geht, dann erobern wir 2008 Slowenien.“

Dynamik für Treptow-Köpenick

Sophia Siebert, Studentin und aktiv in verschiedenen Gruppen, strebt eine dynamische Plattform zum Austausch von Ideen an. Dieter Krebs ist 80 Jahre alt und steht für die Entwicklung der Bürgerdemokratie. Miriam Ehberts wünscht sich mehr ressort- und trägerübergreifende Zusammenarbeit der verschiedenen Zuständigen. Bezirksbürgermeisterin Gabriele Schöttler hofft auf eine große Zahl an Aktiven und Gästen beim alljährlichen Fest für Demokratie. Das zivilgesellschaftliche Engagement im Berliner Bezirk Treptow-Köpenick ist breit gefächert. Viele Menschen übernehmen Verantwortung für ihren Bezirk und bringen sich in zivilgesellschaftlichen Bündnissen, Runden Tischen, Netzwerken, Vereinen, Initiativen und Gruppen, den demokratischen Parteien und der

Verwaltung ein. Und doch ist die Verständigung zwischen diesen vielschichtigen Gruppen – zwischen Mitgliedern des Kleingartenvereins, aktiven Rentnern, Menschen aus Ost und West, Studentinnen, Mitgliedern aus Bürgerinitiativen – nicht ohne Probleme. Es muss eine gemeinsame Sprache gefunden und eine Kultur aus Offenheit und Neugier geschaffen werden. Der Arbeitsbereich BerlinPolitik der FES unterstützt mit einem intergenerativen Open Space die Zusammenarbeit zwischen den Generationen und Gruppen in dem Bezirk und unterstützt so die Kommunalpolitik in Treptow-Köpenick.

Parlamentarierdialog zur Zukunft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells

Europäisch denken, Europäisch handeln?

— DER DRUCK AUF DIE EU-MITGLIEDSTAATEN und ihre verschiedenen Sozialmodelle wächst. Aufgrund des demografischen Wandels und hoher Arbeitslosigkeit schrumpft die Zahl der Beitragszahler, während die der Sozialleistungsempfänger steigt.

Verschärfter globaler Wettbewerb bringt die Sozialmodelle immer mehr in ein Spannungsverhältnis zwischen Solidarität und Konkurrenz. Die zunehmende Integration der europäischen Wirtschaft, die mit einer

Politik der Deregulierung und Liberalisierung verbunden ist, geht oft zu Lasten des sozialen Ausgleichs. Bei richtiger Steuerung ist der europäische Integrationsprozess eine Chance, um der zunehmenden sozialen Un-

ausgeglichenheit in Europa entgegenzuwirken. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass Vorschläge zur Stärkung der sozialen Dimension der EU entwickelt und auch umgesetzt werden.

Die Internationale Politikanalyse der FES hat sich daher zum Ziel gesetzt, die Vernetzung sozialdemokratischer Parlamentarier innerhalb der EU zu fördern und einen langfristigen Dialog zur Zukunft des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells zu initiieren. Auftakt des Parlamentarierdialogs bildete ein Treffen in Berlin, das sich mit der Frage be-

schäftigte, wie es um die Umsetzung der sozialen Dimension am Ende der deutschen Ratspräsidentschaft steht. Diese Diskussion mit Parlamentariern aus neun EU-Mitgliedstaaten zeigte, dass noch lange nicht von einem Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell gesprochen werden könne. Vielmehr gehe es zunächst darum, sich auf gemeinsame Mindeststandards zu verständigen. Wie diese Standards aussehen könnten und wie sie umgesetzt werden sollen, wird Gegenstand der weiteren Treffen des Gesprächskreises sein.

Gibt es nur entweder Verlierer oder Gewinner oder kann ein europäisches Wirtschafts- und Sozialmodell alle Interessen einigermaßen gerecht ausgleichen? (Foto: EC Audiovisual library)



8. MITTELOSTEUROPA-KONFERENZ IN BUDAPEST

Ein soziales Europa im globalen Wettbewerb

Das soziale Europa könne nur im globalen Wettbewerb gedacht werden und nicht in isolationistischen Vorstellungen, stellte Dr. Elke Eller, Geschäftsführerin der Otto-

Brenner-Stiftung, in ihrer Einführung zur 8. Internationalen Mitteleuropa-Konferenz in Budapest fest. Mehr als 250 Gewerkschaftsvorstände, Arbeitswissenschaftler,

Arbeitgeber, Betriebsräte und Politiker waren der Einladung der Kooperationspartner Friedrich-Ebert-Stiftung, Otto Brenner Stiftung, Hans-Böckler-Stiftung und Eu-

ropäisches Gewerkschaftsinstitut. gefolgt. Unter engagierter Beteiligung eines Fachpublikums aus zehn mitteleuropäischen Ländern wurden einige der Schlüsselfragen

des Europäischen Wirtschafts- und Sozialmodells diskutiert:

- Wie können Arbeits- und Sozialstandards in Europa angeglichen werden?

- Wie kann vermieden werden, dass der globale Wettbewerb die europäischen Sozialstandards in eine Abwärtsspirale drängt?

- Wo liegen die Möglichkeiten für die Europäisierung der Gewerkschaften?

Der IG-Metall-Vorsitzende Jürgen Peters unterstrich die Bedeutung der sozialen Di-



Auch der DGB-Vorsitzende Michael Sommer war während der Mittelost-europa-Konferenz zu Gast in Budapest

mension für den Erhalt der Europäischen Union, wobei er Jacques Delors zitierte: „Niemand verliebt sich in einen Binnenmarkt!“ es ginge eben nicht um nur um papierne Grundrechtsklauseln,

sondern um sehr konkrete Anwendungen in der Praxis. Hierzu zählen die Mitbestimmung und Eurobetriebsräte, die Tarifpolitik, die Verringerung der Einkommensgefälle und die Beschäftigungssi-

cherheit. Der DGB-Vorsitzende Michael Sommer wies darauf hin, dass die Internationalisierung der Gewerkschaften noch am Anfang stehe. Die Koordinierung europäischer Tarif- und Betriebspolitik sei von **vorrangiger Bedeutung**. Auf dem Weg zu mehr gewerkschaftlichem Einfluss reiche die Bandbreite von der Koordination nationaler Gewerkschaftspolitiken bis zum Aufbau stärkerer europäischer Dach- und Branchenverbände.

Sozialstandards werden wichtiger

Anlässlich der Jahreskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vom 11. bis 14. Juni in Genf hatten das Genfer FES-Büro und der Deutsche Gewerkschaftsbund ein Dutzend Medienvertreter zu einem Journalistenseminar eingeladen. Neben zahlreichen Fachreferenten der ILO und der Welthandelsorganisation (WTO) gehörten auch Michael Sommer, Vorsitzender des DGB, Heiner Flassbeck, Leiter der Abteilung Globalisierung und Entwicklungsstrategien in der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen (UNCTAD), sowie Friedrich Buttler, stell-

vertretender Generaldirektor der ILO und Regionaldirektor für Europa und Zentralasien, zu den Gesprächspartnern der deutschen Journalisten. In einer Runde mit Vertretern des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände wies Sommer auf die Erwähnung der Sozialstandards im Abschlussdokument des G8-Treffens in Heiligendamm hin. „Noch vor fünf Jahren hätte ich dies für völlig ausgeschlossen gehalten“, sagte der DGB-Vorsitzende.

Engere Zusammenarbeit mit Europäischem Gewerkschaftsbund

Ende August besuchte die Vorsitzende des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und Vorsitzende des schwedischen Gewerkschaftsdachverbandes LO (Landsorganisationen), Wanja Lundby-Wedin, die FES in Berlin. Die schwedischen Gewerkschaften repräsentieren noch heute 80% der Beschäftigten und haben damit maßgeblichen

Einfluss nicht nur auf die Lohnpolitik, sondern auch auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Landes. In einem Meinungsaustausch mit den für Arbeitsbeziehungen und Gewerkschaften zuständigen Kollegen der FES erläuterte Wanja Lundby-Wedin die Prioritäten ihrer Präsidentschaft. Dabei bekundete sie Interesse, auf einigen strategischen Feldern europäischer Politik über das neue Stiftungsbüro in Stockholm enger mit der FES zusammenzuarbeiten.



Verhandlungsdurchbruch im Planspiel

Entscheidungsstrukturen und aktuelle politische Herausforderungen in Europa direkt erlebbar zu machen, das eigene Verhandlungsgeschick zu trainieren und ein Gefühl für die komplizierten Meinungsbildungsprozesse auf supranationaler Ebene zu vermitteln, das waren die Ziele der Planspielveranstaltung Model European Union Conference (MEUC), die das Forum Politik und Gesellschaft der FES in Kooperation mit dem Lehrstuhl des Europäischen Verfassungsrechtlers Prof. Ingolf Pernice von der Humboldt-Universität am 14. und 15. Juni in Berlin organisierte. Es stand einiges auf dem Spiel, als die 80 Studierenden in die Rollen der europäischen Staats- und Re-

gierungschefs und der europäischen Funktionsträger schlüpfen. Nichts Geringeres als die Lösung der europäischen Verfassungsfrage stand auf der Agenda. Schon in den Monaten zuvor, in denen die „Vertreter“ der deutschen Präsidentschaft das Meinungsbild der 27 Mitgliedsstaaten sondierten, wurde deutlich, dass der MEUC schwierige

Verhandlungen bevorstehen. Polen zeigte sich hart in der Forderung nach einer stärkeren Stimmgewichtung, Großbritannien bezog Position gegen die Rechtsverbindlichkeit der Grundrechtecharta und die Niederlande plädierten für die Rücknahme jeglicher verfassungsähnlicher Symbolik. Umso erstaunlicher, dass es den „Mitspielern“ in langen und zähen Verhandlungen tatsächlich gelang, ei-

befürwortern zu erreichen und zu einem gemeinsamen Abschlusspapier mit klaren Leitlinien für die kommende Regierungskonferenz zu gelangen. Nicht zuletzt auch die Diskussionsrunde mit dem stellvertretenden europapolitischen Sprecher der SPD-Bundtagsfraktion Michael Roth, der direkt von der Europa-Regierungserklärung der Kanzlerin berichtete, ermöglichte es den Teilnehmern, realitätsnahe Positionen einzunehmen. So nah ist man selten dran am aktuellen politischen Geschehen in Europa, darin waren sich die Studierenden am Ende einig.



Fast wie im richtigen Leben: So nah wie im Planspiel ist man selten am aktuellen politischen Geschehen dran.

nen Kompromiss zwischen den Skeptikern und den Verfassungs-

nen Kompromiss zwischen den Skeptikern und den Verfassungs-

MEHR ZUM THEMA

www.fes.de/forumpug
sowie www.meuc.de

Verstärkte Forschung für europäische Klimaschutzziele

Die EU möchte in der Klimaschutzpolitik Vorreiter werden und strebt ehrgeizige Ziele für die Reduktion von CO₂-Emissionen an. Dazu ist eine Kombination aus verstärkter Nutzung regenerativer Energien, neuen Verfahren, wie die CO₂-Abscheidung und eine wesentlich stärkere Nutzung von Energieeffizienzpotentialen vorgesehen. Trotz dieses breiten Maßnahmenbündels stoßen die Möglichkeiten der CO₂-Reduzierung mit dem aktuellen technologischen Entwicklungsstand schnell an Grenzen und schüren Zweifel

am Erreichen der Ziele. Eine umso größere Bedeutung kommt daher der Forschung zur Weiterentwicklung der Technologien im Energiebereich zu.

Vor dem Hintergrund dieser Bedarfsanalyse lud die FES Ende Juni Energieforscher, Praktiker und Vertreter der Energiewirtschaft aus Brandenburg zum Austausch mit Experten der europäischen Institutionen für ein Informationsseminar nach Brüssel ein. Die Teilnehmer wurden aufgefordert, von den in großem Umfang bereitstehenden EU-Fördergeldern im Bereich der Energieforschung Gebrauch zu machen. Die Diskussionen zeigten aber auch, dass eine Prioritätensetzung von Forschungszielen derzeit noch an einer stark heterogenen Forschungslandschaft in Europa scheitert.

„Kein Anspruch auf französische Dominanz“

Der neu gewählte Präsident Nicolas Sarkozy habe Frankreich aus der europäischen Stagnation herausgeführt, in der sich das Land seit dem Nein im Verfassungsreferendum vom 29. Mai 2005 befand. Das bedeute aber keinen Anspruch auf französische Dominanz, erklärte der Abgeordnete der Regierungspartei UMP, Philippe Vitel, auf den 16. deutsch-französischen Strategiegelgesprächen am 27. Juni in Paris. Zuvor hatte die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Angelica Schwall-Düren die möglichen Auswirkungen der Wahl Sarkozys auf die deutsch-französischen Beziehungen und die europäische Einigung analysiert. Sie erwähnte dabei als potentielle Konfliktfelder die Industriepolitik und die Agrarsubventionen, die Frage des türkischen EU-Beitritts, die Nachbarschaftspolitik, sowie die Frage, ob sich die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik eher im Gegensatz zu den USA oder als deren starker Partner entwickeln werde.

Die Frage des Verhältnisses zu den USA stand auch im Mittelpunkt der zweiten Diskussionsrunde, in deren Verlauf der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, die geplante



Gesprächsrunde mit Tradition: Das mittlerweile 16. deutsch-französische Strategiegelgespräch in Paris.

amerikanische Raketenabwehr in Europa thematisierte. Er forderte eine Diskussion innerhalb der NATO und der EU, eine stärkere Einbindung Russlands und die Überprüfung weiterer Abrüstungsschritte.

In der Diskussionsrunde über den Krisenherd Darfur entwarf der frühere Präsident von „Ärzte ohne Grenzen“, Rony Brauman, ein differenziertes Bild der Lage in der Krisenregion, in der es kein Schwarz-weiß-Schema gäbe nach dem Motto: die sudanesischen Regierung

und die arabischen Milizen sind die Bösen, die Rebellen der verschiedenen Befreiungsbewegungen die Guten. Herta Däubler-Gmelin, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Men-

schenrechte und humanitäre Hilfe, verteidigte den geplanten Militäreinsatz, warb aber gleichzeitig für politische Initiativen

und parallele Friedensverhandlungen. Sie plädierte auch für eine gemeinsame deutsch-französische Initiative im UN-Sicherheitsrat und für einen höheren Beitrag beider Länder für humanitäre Maßnahmen. Zum Abschluss der Strategiegelgespräche, die seit acht Jahren gemeinsam vom Pariser Büro der FES und dem „Institut des Relations Internationales et Stratégiques“ durchgeführt werden, wurde der bisherige Leiter des FES-Büros, Winfried Veit, verabschiedet und gleichzeitig der neue Büroleiter Ernst Hillebrand (bisher London) vorgestellt.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Der ehemalige polnische Präsident **Alexander Kwasniewski** stellte am 25. Juni in Bratislava bei einer Veranstaltung der Slowakischen Gesellschaft für Außenpolitik und der FES-Bratislava im slowakischen Außenministerium seine neue Initiative zur Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) vor, die gemeinsam vorbereitet wurde. Seine Initiative soll die Ostpolitik mehrerer EU-Mitgliedsstaaten vereinen und eine „Staatenlobby“ entstehen lassen, die konkrete Programme in Richtung Osteuropa verwirklichen wird. Die Ergebnisse des deutschen Vorsitzes der EU im ersten Halbjahr 2007 bezeichnete er als sehr gut und begrüßte ausdrücklich den Versuch, „die regionale Dimension der ENP im Osten zu stärken.“ + + +

Made in Sweden

Anfang der 90er Jahre durchlebte Schweden die tiefste Rezession seit der Weltwirtschaftskrise. In wenigen Jahren verdoppel-



Architekt des schwedischen Haushaltserfolgs: Der ehemalige Finanzminister Schwedens, Pär Nuder zu Gast in Berlin.

te sich die öffentliche Verschuldung, die Arbeitslosigkeit verdreifachte und das Haushaltsdefizit verzehn-

fachte sich. Das war die Ausgangslage, als die Sozialdemokraten 1994 die Regierung von der konservativen Koalition unter Ministerpräsident Carl Bildt übernahmen. Der lange bewunderte schwedische Sozialstaat schien am Ende. Heute ist das Land wieder weltweit zu einer Referenzgröße für erfolgreiche Politik geworden und findet sich auf den Spitzenplätzen internationaler Indices. Gesunde öffentliche Finanzen (2% Budget-Überschuss) gehen einher mit niedriger Inflation und niedriger Arbeitslosigkeit. Kapitalismus und hohe Steuern, international konkurrenzfähige Unternehmen und starke Gewerkschaften, ein

boomender Privatsektor und effiziente öffentliche Dienstleistungen charakterisieren die schwedische Wirtschaft.

Einer der Architekten dieses Erfolges, Pär Nuder (schwedischer Finanzminister von 2004 bis 2006), erläuterte im Juni in Berlin die Hintergründe für diesen Erfolg. Im Rahmen eines vom nordischen Büro der FES in Stockholm organisierten Beratungseinsatzes und Erfahrungsaustauschs mit sozialdemokratischen Wirtschafts- und Finanzpolitikern sowie Experten standen dabei die strategischen Entscheidungen zur Sicherung des Sozialstaates im Zentrum. Zu seinen Gesprächspartnern zählten u.a.

Finanzminister Peer Steinbrück, sein Vorgänger Hans Eichel und Mitglieder des Managerkreises der FES.

Ein breiteres Publikum wurde im Rahmen der vielbeachteten Dag-Hammar-skjöld-Vorlesung an der Humboldt Universität zu Berlin angesprochen. Daneben konnten mit Interviews in Fachmedien einer breiten Öffentlichkeit politischer und gewerkschaftlicher Entscheidungsträger Impulse für die innerdeutsche Reformdebatte vermittelt werden.

TEXT DER VORLESUNG

www.fes.de,
Button „Publikationen“

Am 14. Juni hatte die Stadt Stockholm zu einer Ehrung der besonderen Art geladen. Auf Initiative von Anwohnern des Stockholmer Vororts Hammarby wurde im Beisein des ehemaligen schwedischen Ministerpräsidenten Ingvar Carlsson (im Bild links) eine Skulptur von Willy Brandt eingeweiht. Die Statue, eine Replik des Werks von Rainer Fetting im Willy-Brandt-Haus Berlin, ist ein Geschenk der schwedischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP). Ein kleiner Park, der schon seit 2005 den Namen Willy Brandt Park trägt, wurde als Standort ausgewählt. In Hammarby hatte Brandt nach seiner Flucht aus dem durch deutsche Truppen besetzten Norwegen von 1940 bis 1945 Zuflucht gefunden. In den Redebeiträgen würdigte Carlsson, der Brandt aus der persönlichen Zusammenarbeit gut kannte, vor allem dessen



Engagement als Friedenspolitiker, der durch seine mutige Politik Europa zu vereinen und zu versöhnen geholfen habe.

Neues Arbeitsmarktkonzept nötig

Der Modernisierung des Arbeitsrechts, insbesondere der Anwendung von flexiblen Beschäftigungsformen, bei gleichzeitiger Sicherung der individuellen Beschäftigung wird in der polnischen Wirtschaft zukünftig große Bedeutung zugemessen. Um den damit verbundenen Forderungen sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer gerecht zu werden, verbindet das Konzept „Flexicurity“ die Elemente der Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt mit entsprechenden sozialen Absicherungen. Eine lebhaft diskussion fand dazu im

Rahmen der von der FES und der Deutschen Polnischen Juristenvereinigung (DPJV) in Warschau organisierten Konferenz statt. Maria Jepsen vom Europäischen Gewerkschaftsinstitut in Brüssel zeigte die Anfänge von „Flexicurity“ in den 50er Jahren auf und beschrieb die Niederlande und Dänemark als positive Beispiele für ein Maximum an Flexibilität und Sicherheit. In Polen dagegen würden nicht nur die niedrigen Löhne, sondern auch die Unsicherheit ihrer Arbeitsplätze Fachkräfte ins Ausland treiben, beklagte

Jerzy Langer, stellvertretender Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes NSZZ Solidarność. Derzeit seien bereits 59 % der polnischen Arbeitgeber von der Abwanderung der Arbeitnehmer betroffen. Im Gesundheitswesen fehlten Ärzte und Schwestern, Logistikunternehmen und Baubetriebe müssten Aufträge ablehnen, weil ihnen Fahrer und Fachkräfte fehlten. Der stellvertretende Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes OPZZ, Andrzej Radzikowski, wies darauf hin, dass Polen mit 3,23 Mio. befristet Beschäftigten nur

noch von Spanien übertroffen werde. Alle großen polnischen Gewerkschaften (Solidarność, OPZZ und Forum) präsentierten sich auf der Konferenz in einer Geschlossenheit, die man im politischen Alltag selten findet. Bogdan Grzybowski von der OPZZ zeigte sich in Bezug auf die gewerkschaftliche Zusammenarbeit zuversichtlich: „Wir sprechen alle dieselbe Sprache, wenn es um den Arbeitsmarkt geht. Deshalb sehe ich große Chancen, dass ein polnisches Flexicurity-Konzept erarbeitet werden kann.“

Erfolgreiches Netzwerken bei General Motors

Am Standort des Opel-Werks in Eisenach fand Anfang Juli die vom FES-Regionalprojekt für Arbeitsbeziehungen und Sozialdialog organisierte vierte Konferenz des „Regionalen Netzwerks Mittel- und Osteuropa des Europäischen General Motors-Arbeitnehmerforums“ statt. Dieses in Europa einzigartige Netzwerk umfasst neben den Mitgliedern des Europäischen Arbeitnehmerforums von General Motors Europe auch weitere Mitglieder: Fremdmontagewerke in der EU, Zulieferwerke von Komponenten, Joint Ventures und Fremdmontagewerke außerhalb der EU.

Alle diese Werke stehen innerhalb von Lieferketten in enger Beziehung, aber auch in Konkurrenz zueinander. Während GM Europe das Netz der eigenen und fremden Produktionsstätten integriert bewirtschaftet, konnten vor der Bildung des regionalen Netzwerks die Arbeitnehmervertreter von GM den Strategien des Managements keine koordinierten Reaktionen entgegensetzen. Dies hat sich

mit Hilfe der FES seit November 2004 geändert. Der Internationale Metallarbeiterbund IMB und der Konzernbetriebsrat der Adam Opel AG hatten damals das FES-Projekt um die Mithilfe bei der Gründung des Netzwerks im polnischen Gliwice gebeten. Weder die Europäische Union, noch irgendeine nationale Gesetzgebung verpflichtet General Motors die Bildung und die Arbeit des Netzwerks finanziell und organisatorisch zu unterstützen. Ebenso wenig wären die Unternehmensleitungen der Komponentenzulieferer und Fremdmontagewerke zu einer Förderung des Netzwerks verpflichtet. Inzwischen nehmen aber nicht nur Vorstandsmitglieder von General Motors Europe und Spitzenmanager der jeweiligen Standorte regelmäßig an den Begegnungen des Netzwerks teil. Auch werden freiwillig Teile der Kosten übernommen.

FES BETEILIGT SICH AN DER DISKUSSION ÜBER DIE ZUKUNFT DES LANDES

Russland: Regierung ohne Kompromisse

Angesichts der anstehenden Parlamentswahlen (Dezember 2007) und Präsidentschaftswahlen (März 2008) in Russland lud das Moskauer Büro der FES gemeinsam mit

oben vorgegeben und auf der mittleren und unteren Ebene durchgesetzt. Das sei auch wenig verwunderlich, schreibt Vladislav Surkov, stellvertretender Leiter der präsidentialen

mütigung die Freiheit wiedererhalten, international unabhängige Entscheidungen zu treffen. Handelt es sich um eine „souveräne Demokratie“, wie es der Kreml gern formuliert, oder eine „souveräne Bürokratie“, wie Nikita Belych, der Vorsitzende der Oppositionspartei Bündnis rechter Kräfte behauptet. Über diese Fragen diskutierten in Barnaul, einst wohlhabendes Silberstädtchen am sibirischen Fluss Ob, sehr angeregt die Teilnehmer aus der Region, aus Moskau sowie Hans-Henning Schroeder von der Stiftung Wissenschaft und Politik nebst Hans-Joachim Spanger von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung. Georgij Satarov, einst Ratgeber unter Präsident Boris Jelzin und nun Leiter der Forschungsgruppe INDEM, stellte provokant fest, dass „eine politische Elite nur dort existiert, wo politische Konkurrenz stattfindet“. Das sei jedoch in Russland heute nicht der Fall. Nicht mehr, denn in den neunziger Jahren hätte es noch

einen erstaunlichen Austausch von Meinungen zwischen Zivilgesellschaft und Staat gegeben. Deshalb spricht Satarov nun von einer „Verwaltungselite“ statt von einer „politischen Elite“. Auch Andrej Rjabov, Chefredakteur der Zeitschrift „Weltwirtschaft und internationale Beziehungen“ und Kommentator für die Zeitung „Novaja Gazeta“, verglich die Zeit Jelzins mit der Putins. Während nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion der Staat zunächst an Macht verlor und die Zivilgesellschaft erstarkte, gewinnt unter Putin der Staat an Einfluss und zivilgesellschaftliche Initiativen finden kaum noch Gehör. So stünden die demokratischen Kräfte im Land vor dem Dilemma, dass sie zum einen die Regierung von ihren Ideen nicht überzeugen und zum anderen bei Wahlen auch die Wähler nicht für sich gewinnen können. Denn Putin ist im Volk beliebt. Gleichwohl bemängelte Rjabov die Unfähigkeit der Regierung, Kompromisse einzugehen.



Diskussion fernab vom Epizentrum russischer Politik: Politiker und Wissenschaftler trafen sich in Barnaul, einem einst wohlhabenden Silberstädtchen am berühmten sibirischen Fluss Ob.

russischen Partnern und dem Abgeordneten im russischen Parlament Vladimir Ryzhkov einflussreiche Wissenschaftler, Vertreter der Bürgergesellschaft und Politiker zur Konferenz „Russland 2007 – an der Schwelle zu Veränderungen?“ in die Stadt Barnaul in Sibirien ein, um fernab vom politischen Epizentrum den Stand der Politik in Russland zu diskutieren. Denn an einem öffentlichen Politikdiskurs mangelt es in Russland zurzeit. Ziele werden zumeist von

Administration Russlands. Denn im Moskower Reich, so Surkov, gab es „die größten sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften in Perioden despotischer Reformen“. In Russland streiten sich die Experten darüber, ob Präsident Putin nur von glücklichen Umständen profitiert hat: der wirtschaftliche Aufschwung ist beachtlich, Auslandsschulden wurden bezahlt und das Land hat, wie Außenminister Sergej Lavrov einmal stolz bemerkte, nach Jahren der De-

Die nachhaltigsten Feinde der Taliban sind Lehrer – nicht Soldaten

Trotz des militärischen und zivilen Engagements der internationalen Gemeinschaft steigen in Afghanistan die zivilen Opferzahlen, boomt die Drogenökonomie und geschwindet die Legitimität des Parlaments. Was sind die Perspektiven für die Sicherheit und den Wiederaufbau in der Region? Diese Frage stand im Mittelpunkt einer Expertenrunde der FES am 2. Juli in Berlin. Detlef Dzembitzki, Leiter der „Task Force Afghanistan“ der SPD-Bundestagsfraktion, betonte, dass es im Land mehr positive Entwicklungen gäbe als in Deutschland zur Kenntnis genommen würden. Afghanistan habe im Jahr 2001 bei Null angefangen und vieles brauche nach 30 Jahren Bürgerkrieg jetzt

seine Zeit – etwa die Ausbildung von Richtern und Polizisten. Dass es demokratische Institutionen gebe und Wahlen abgehalten wurden, wertete auch der afghanische Abgeordnete und Vorsitzende der „Afghanistan Democratic Party“, Abdul Kabir Ranjbar, als Erfolg. Dennoch sei die Zusammensetzung des Parlaments fragwürdig. Noch immer seien zahlreiche Warlords vertreten. Deren Entwaffnung und die Etablierung funktionsfähiger, rechtsstaatlicher Strukturen sieht er als die zentralen Herausforderungen. Grant Kippen, Direktor der kanadischen Hillbrooke Group, plädierte daher für ein dauerhaftes Engagement der internationalen Gemeinschaft. Ursula Koch-Laugwitz, Leite-

rin des FES-Büros in Kabul, hob hervor, dass es illusorisch sei, das „House of Warlords“ innerhalb einer Wahlperiode zu einem „House of Lords“ bekehren zu können. Umso wichtiger sei das verstärkte zivile Eng-

dass man in Deutschland und in anderen am Wiederaufbau beteiligten Ländern besser erklären müsse, warum man sich in Afghanistan engagiere. Auch müsse der afghanischen Bevölkerung deutlich gemacht wer-



gement der internationalen Gemeinschaft, denn: „Die nachhaltigsten Feinde der Taliban sind Lehrer – nicht Soldaten.“ Einig waren sich die Diskutanten,

den, dass die internationale Gemeinschaft an ihrer Seite stehe und Deutschland ein verlässlicher Partner auf dem Weg zur Demokratie sei.

Sowohl in Afghanistan wie auch den am Wiederaufbau beteiligten Ländern muss der Bevölkerung das internationale Engagement besser erklärt werden. (Foto: Koch-Laugwitz)

Afghanistan: Konflikte verstehen, Frieden schaffen

Der Aufstand der Taliban und der Zerfall staatlicher Autorität haben in jüngster Zeit zum Aufleben einer Vielzahl neuer und alter Konflikte um Land, Wasserrechte oder lokale Vorherrschaft in Afghanistan geführt. Ein Angebot unter sehr schwierigen äußeren Rahmenbedingungen stellte deshalb das fünftägige Training „Konflikte verstehen und Frieden schaffen mit Systemischer Konflikttransformation“ der FES dar. Die Teilnehmer waren Journalisten und Vertreter lokaler NGOs, die Friedensarbeit in den Provinzen leisten. Deren Erwartungshaltung wurde stark von der chaotischen Gemengelage vielschichtiger Konflik-

te geprägt. Dennoch spielten weder die ethnische Zugehörigkeit noch religiöse Anschauungen eine Rolle. Die Offenheit und der Mut der Gruppe, sich mit vielen Fragen und eigenen Problemen einzubringen war, auch für die erfahrenen Trainer Marco de Carvalho und Jörgen Klussmann beeindruckend. Die begeisterten Reaktionen der Teilnehmer haben die Trainer überzeugt: es gibt trotz aller Widrigkeiten des Landes bereits eine Fortsetzung im Winter.

Begegnungen am Hindukusch

Im Oktober entscheidet der deutsche Bundestag über die Verlängerung des ISAF-Mandats für Afghanistan. Um sich ein Bild der Lage zu machen, haben zahlreiche Abgeordnete in der parlamentarischen Sommerpause das Land am Hindukusch besucht.

Die FES-Kabul lud u.a. MdB **Niels Annen** während seines Aufenthaltes ein, um mit den Young Leaders der FES über das weitere internationale militärische Engagement zu diskutieren. Eine übergroße Mehrheit der Bevölkerung wünscht den Verbleib der internationalen Streitkräfte und kritisiert aber auch die zivilen Opfer dieser Einsätze. Von Deutschland wird eine stärkere Rolle erwartet.



Niels Annen, MdB; Aziata Rafa, Abgeordnete aus der Provinz Herat und der Rechtsexperte Joianda in der FES-Kabul)



Auch Bundestagsvizepräsidentin **Katrin Göring-Eckardt** (B90/Grüne) informierte sich bei einem Gespräch in der FES-Vertretung Kabul mit Medienvertretern über den Wiederaufbau und die Sicherheitslage in Afghanistan. Sie bekräftigte gegenüber ihren Gesprächspartnern die weitere deutsche Unterstützung bei Sicherheit und Entwicklung. An dem Gespräch nahmen auch Ulrich Ladurner von der ZEIT und Ulrike Demmer vom SPIEGEL teil.

Unterstützung für den indisch-pakistanischen Friedensprozess

Zur Förderung des Friedensprozesses zwischen Indien und Pakistan organisierte das Indien-Büro der FES zum fünften Mal einen Indo-pakistanischen Dialog. Auf der zweitägigen Konferenz tauschten sich Politiker, ehemalige Generäle, Journalisten und Wissenschaftler über Ergebnisse und Perspektiven des beiderseitigen Friedensprozesses aus.

Die Teilnehmer stimmten darin überein, dass der Prozess in den vergangenen drei Jahren große Fortschritte erzielt hat. Eine militärische Ausei-

nersetzung zwischen beiden Staaten gilt inzwischen als ausgeschlossen. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen mögliche Lösungsansätze für den Kaschmirkonflikt. Diskutiert wurden die Grenzöffnung zwischen dem indischen und dem pakistanischen Teil Kaschmirs, eine Entmilitarisierung der Grenze sowie eine stärkere Autonomie der beiden Teilregionen. Darüber hinaus wurden Möglichkeiten der bilateralen Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung und der Befriedung Afghanistans erörtert.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Im Rahmen einer Politischen Soirée zum Thema „Das aktuelle Algerienbild in Deutschland“ fand am 13. Juli im Berliner Haus der FES die Vernissage der Ausstellung „Licht Blicke“ mit Arbeiten zeitgenössischer algerischer Künstler statt. Rund 160 Gäste, darunter der algerische Botschafter in der Bundesrepublik, S.E. **Hocine Meghar**, und

sein deutscher Amtskollege in Algerien, Dr. Johannes Westerhoff, waren der Einladung zu dieser Veranstaltung in Kooperation mit dem deutsch-algerischen Kulturverein yedd gefolgt. + + +



(Foto: Liebe)

Nicht den Anschluss verpassen

Zivilgesellschaftliche Organisationen nutzen inzwischen den Rahmen der euromediterranen Partnerschaft oftmals intensiver als es staatliche Akteure tun. So lautet eins der Ergebnisse der Konferenz „Mediterranean Policies from Above and from Below“ am 21. Juni, zu der die Freie Universität und die FES in die ägyptische Botschaft nach Berlin eingeladen hatten. Die Tagung war zugleich die dritte und letzte Veranstaltung in einer Reihe von Konferenzen, mit der die FES während der deutschen Ratspräsidentschaft in der ersten Jahreshälfte das euromediterrane Verhältnis thematisierte. Inwieweit beeinflusst eine neue transnationale Dynamik die Politik der Mittelmeerländer? Welche Rolle spielt dabei die Zivilge-

sellschaft? Wie groß ist das Reformpotential? Diese Fragen waren Gegenstand eines internationalen Forschungsprojektes im Rahmen des EU-Exzel-



Der ägyptische Botschafter in Deutschland, Mohamed El Orabi lobte den Barcelona-Prozess als ein wichtiges Instrument. (Foto: Liebe)

lenznetzwerks RAMSES2, dessen Ergebnisse auf der Tagung erstmals mit politischen Entscheidungsträgern und Vertretern der Zivilgesellschaft diskutiert wurden.

„Viele Nichtregierungsorganisationen schöpfen aktiv die Möglichkeiten des Barcelona-Prozesses aus, um sich zu vernetzen und ihre Ziele zu ver-

folgen“, so Projektkoordinatorin Isabel Schäfer vom Otto-Suhr-Institut der FU Berlin. Demgegenüber agierten Regierungen zurückhaltender und

müssten aufpassen, nicht den Anschluss zu verpassen. Dabei lobte der ägyptische Botschafter in Deutschland, Mohamed El Orabi, den Barcelona-Prozess als ein „wichtiges Instrument“, und auch der marokkanische Parlamentspräsident Abdelwahad Radi brachte seine Hoffnung auf neuen Schwung in der euro-

mediterranen Partnerschaft zum Ausdruck. Auf beiden Seiten des Mittelmeeres wird beklagt, dass die Ergebnisse des 1995 begonnenen Barcelona-Prozesses hinter den Erwartungen zurückgeblieben seien: Aus europäischer Perspektive stehen in der arabischen Welt die Defizite bei Demokratisierung und politischem Wandel, bei der Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechten im Vordergrund. Aus Sicht der Partner im Süden ist der Zugang zu europäischen Märkten, zu Know-how und Technologie in dem erhofften Umfang bislang ausgeblieben, während die EU ihre Ziele im Hinblick auf Marktöffnung, Migrationsbegrenzung und Ressourcenfluss weitgehend durchgesetzt habe.

Migration positiv denken

Schätzungsweise bis zu 120 000 Flüchtlinge machen sich jährlich auf den Weg nach Europa. Die EU ist daher bemüht, eine gemein-

same Einwanderungspolitik zu entwickeln. In Kooperation mit Drittstaaten soll die Zuwanderung so gesteuert werden, dass

die Interessen der Herkunfts-, Transit- und Zielländer sowie der Migranten ausgeglichen werden. Das Europabüro der

FES in Brüssel brachte im Juni Experten aus Nord- und Westafrika mit Vertretern der EU-Institutionen in einem Workshop zusammen,

um die unterschiedlichen Positionen und Anliegen zusammenzutragen. Von Seiten der Kommission wurde unterstrichen, wie wichtig für ihren Ansatz auch entwicklungspolitische Erwä-

gungen sind. In der Diskussion wurde angemahnt, den Umgang mit Migranten weniger unter dem Aspekt der Bekämpfung illegaler Migration zu sehen, sondern die positiven Aspekte in den Vorder-

grund zu stellen. Die Bedeutung von Migranten für die Wirtschaft in den Zielländern und auch ihr kultureller Beitrag werde nicht genügend wahrgenommen. Von westafrikanischer Seite

wurde die Bedeutung der Migranten als Träger der Entwicklungen in den Herkunftsländern unterstrichen, deren Rücküberweisungen ein erhebliches Potential darstellten.

FES UNTERSTÜTZT MEINUNGSBILDUNG VOR DEN PARLAMENTSWAHLEN

Marokko: Politische Debatte im Internet

Am 7. September haben Marokkos Wähler über die Zusammensetzung der ersten

zu dominant die Rolle des Königs und seines gesamten Apparates, zu passiv die politischen Parteien und das Parlament. Nur ein verschwindend kleines Häuflein marokkanischer Bürger steht überhaupt einer Partei nahe, nur wenige wollen den Politikern abnehmen, dass sie ihre Interessen vertreten. Dabei ist die marokkanische Bevölkerung alles andere als politikverdrossen. Es scheint aber an einem attraktiven personellen und programmatischen Angebot zu mangeln. Um die politische Debatte über Sinn und Zweck der Wahlen, den Stellenwert politischer Parteien und Institutionen in einem System quasi-exekutiver Monarchie zu ermöglichen, hat das FES-Büro Rabat das Projekt www.electionsmaroc.com ins Leben gerufen. Gemeinsam

mit Journalisten und Politologen wurde ein virtueller politischer Debattiererraum geschaffen. Nach zwei Monaten wurden die Diskussionsbeiträge der über 30.000 Besucher ausgewertet und bildeten die thematischen Wegmarken für vier Podiumsdiskussionen mit Vertretern des Parteienspektrums Marokkos. Die zentralen Ergebnisse dieser Treffen wiederum wurden als sechzehnteilige Beilage in der bekanntesten Wochenzeitschrift *TelQuel* und ihrer arabischsprachigen Schwester *Nichan* veröffentlicht. In den Debatten wurde deutlich, dass das klassische Links-Mitte-Rechts-Schema in Marokko abgelöst wurde von der Frage nach der religiösen Identität einer Partei. Darin spiegelt sich auch die Herausforderung für die großen, etablierten

Parteien durch die immer stärker werdende islamische Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (PJD) wider. Kein eindeutiges Bild zeichneten die Debattebeiträge zur Rolle des Monarchen im politischen System: einerseits könne man froh sein, dass Mohammed VI. die Staatsgeschichte so innovativ und engagiert führe, andererseits wird gerade seine Allgegenwart für das Schwächeln der übrigen politischen Institutionen verantwortlich gemacht. „Nicht auszu-denken, was mit unserem Land geschehen würde, wenn wir heute alle Entscheidungen unseren gewählten Volksvertretern überlassen würden“, verleiht ein junger Schreiber stellvertretend für Viele seiner Besorgnis Ausdruck, „wenn aus dem Spiel plötzlich Ernst würde.“



Spannung vor der Wahl: Werden sich die Machtverhältnisse in Marokkos Parlament verschieben? (Foto: Lanz)

Kammer ihres Parlamentes abgestimmt. Umfragen bestätigten den Eindruck zahlreicher Beobachter des politischen Geschehens, dass den Wahlen generell wenig Bedeutung zugemessen wird:

Mischung aus Hoffnung und Pessimismus

— ISRAELISCH-PALÄSTINENSISCHE BEGEGNUNGSPROGRAMME sind trotz des jahrzehntelangen Konfliktes beider Gesellschaften schon längst keine Seltenheit mehr. Die meisten dieser Begegnungen werden allerdings im diskreten Rahmen durchgeführt.

Vor allem auf palästinensischer Seite besteht oft die Befürchtung, als Kollaborateur abgestempelt und dadurch automatisch buchstäblich auf die Abschussliste gewaltbereiter islamistischer Gruppen gesetzt zu werden.

Die FES in Israel hat sich Ende Juni gemeinsam mit dem Peres Center For Peace wieder einmal der Herausforderung gestellt: Hochrangige Gäste aus Israel und den palästinensischen Autonomiegebieten diskutierten im Rahmen der bereits zu einem Begriff gewordenen Veranstaltungsreihe „Middle East in Transition“ auf dem Campus der Universität Tel-Aviv darüber, welche Auswirkungen ein zu diesem Zeitpunkt gar nicht so unwahrscheinlicher Zusammenbruch der palästinensischen Autonomiebehörde für Israel hätte. Die Reaktionen in der israelischen Öffentlichkeit

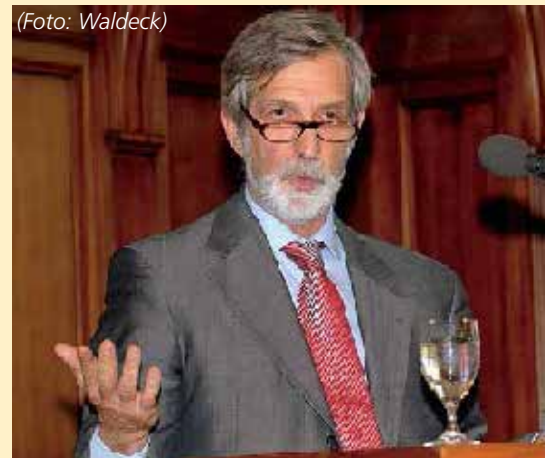
auf die bürgerkriegsähnliche Situation in der palästinensischen Gesellschaft reichen von Optimismus bis hin zu ernster Sorge. Israelis wie Palästinenser waren sich jedoch während der Veranstaltung einig, dass eine starke Autonomiebehörde im klaren Interesse Israels sei. Chaim Oron, Knessetmitglied der sozialdemokratischen Meretz-Partei, forderte sofortige Verhandlungen mit palästinenserpräsident Mahmoud Abbas über den endgültigen Status einer Zweistaatenlösung. Eine völlige – auch politische – Trennung von Westbank und Gazastreifen halte er für unrealistisch und falsch. Der ehemalige palästinensische Minister Kadoura Fares gab ebenfalls seiner Hoffnung auf Stärkung des amtierenden Präsidenten Ausdruck, warnte jedoch gleichzeitig vor zu enger israelischer Umarmung,

die ihm nach eigenen Worten die „Knochen brechen könnte“. Darüber hinaus forderte er eine erneute Miteinbeziehung der Hamas in die politische Szene Palästinas. Selbst der politisch eher rechts stehende Ex-General Yom Tov Samia betonte das Interesse Israels an einer starken Autonomiebehörde. Es sei jedoch vorerst erforderlich, dass eine Einheitsarmee in Palästina entstehe, die nicht davor zurückschreckt, Aufstände wie die der

Hamas im Gazastreifen niederzuschlagen. Charakteristisch für diesen Abend war eine merkwürdige Mischung aus Hoffnung und Pessimismus. Die Tatsache, dass derartige Konferenzen überhaupt möglich sind und dass das Publikumsinteresse eindeutig zunimmt, stimmt optimistisch, allerdings waren die dominanten Grundtöne dennoch von Hilflosigkeit und Fatalismus bestimmt.

Zur Bewertung des Nahostkonflikts reichen die Abendnachrichten nicht aus, betonte **Israels Botschafter Shimon Stein** bei einer Podiumsveranstaltung mit Rainer Fornahl, MdB, am 18. Juni in Leipzig. Nach Steins Ansicht sei ein Frieden nach europäischen Maßstäben im Nahen Osten derzeit schwer umzusetzen. Letztlich, so Botschafter Stein, müsse die gesamte Region aber erkennen, dass sie nur im Miteinander Chancen auf eine für alle positive Zukunft habe. Vorbildhaft seien die Europäer, die nach dem Fiasko des Zweiten Weltkrieges zur politischen Zusammenarbeit fanden.

(Foto: Waldeck)



SEMINAR FÜR JUNGE GEWERKSCHAFTER

Deutsche treffen Israelis

Das deutsch-israelische Historisch-politische Seminar bedeutete für 16 junge deutsche Gewerkschaftsfunktionäre im Jahr 2007 einmal mehr „Kibbutz statt „Chemie-Bude“, Histadrut statt DGB, Tel Aviv und Jerusalem statt Berlin oder Frankfurt. Eine Menge neuer Eindrücke, viele Antworten und neue Fragen – und am Ende

Metall, IG BCE, ver.di, GEW – und der DGB, die Altersspanne reichte von 20 bis 39 Jahre.

Das Historisch-politische Seminar, wie in Jahren zuvor in Kooperation von FES und der Internationalen Abteilung des Dachverbandes der israelischen Gewerkschaften (Histadrut) organisiert, stellt einen Eckpfeiler

Natürlich war auch der Nahostkonflikt Thema des Seminars und Gesprächsthema unter den Teilnehmenden. Bei einer politischen Stadtführung entlang des Trennzaunes zwischen Israel und der Westbank in und um Jerusalem erfuhr das Seminar, wie komplex der Konflikt ist und wie er sich auf den Alltag auswirkt. Das Judentum hautnah erlebten die Teilnehmenden bei einem Abendessen mit dem ashkenasischen Oberrabbiner Israels Jonah Metzger, der nicht nur durch würdevolles Auftreten Eindruck machte, sondern auch durch ein unkompliziertes, anekdotenreiches Gespräch. Sehr bewegend war auch eine Begegnung in Yad Vashem mit der Shoah-Überlebenden Han-

nah Pick, der besten Freundin von Anne Frank. Über eine Stunde lang nahm sich die rüstige Frau Zeit, um – auf Deutsch – die Geschichte ihres Leidens und Überlebens im Nationalsozialismus zu erzählen. Gerührt und voller Bewunderung verließen die Teilnehmer Yad Vashem. Genau das macht das Seminar so nachhaltig: Es bietet Israel-Neulingen einen Zugang zu diesem besonderen Land und gibt zugleich Israelkennern die Möglichkeit, offene Fragen weiterzuverfolgen und all dies unter verschiedensten und oft beneidenswerten Bedingungen: mit den israelischen Kollegen im Betrieb, im Kibbutz, in der Jerusalemer Altstadt, der Histadrutzentrale oder am Strand von Tel Aviv.



Wie funktioniert die Berufsausbildung in Israel? Besichtigung einer Berufsschule in Zrifin

eine Riesenerfahrung im Reisegepäck: ein zehntägiger komprimierter Einblick in die soziale und politische Situation des Staates Israel, in die Geschichte des Landes und die Denkweise von dessen Einwohnern. Nicht nur das Programm, auch die Teilnehmergruppe war vielseitig: Vertreten waren vier Einzelgewerkschaften – IG

des deutsch-israelischen Gewerkschaftsaustauschs dar. Roter Faden sowohl in organisatorischer Hinsicht als auch inhaltlich waren die Treffen mit Mitgliedern von Noar Haowed Wehalomed, die als Jugendbewegung der Histadrut als Äquivalent zum deutschen Gewerkschaftsnachwuchs gelten kann.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Anlässlich des Besuchs von Barbara Prammer, Präsidentin des Österreichischen Nationalrats und Mitglied des Kuratoriums der FES, veranstaltete die FES-Israel am 12. Juli einen Politischen Club zum Thema „**Gender Mainstreaming in Politics**“. Schnell wurde deutlich, dass die Ausgangslage für die Umsetzung des Prinzips von Gender Mainstreaming in Israel und in Österreich sehr unterschiedlich ist. Hannah Herzog, Professorin der Soziologie und Anthropologie an der Tel Aviv Universität, unterstrich, dass in Israel das Militär, das eine zentrale Rolle bei der gesellschaftlichen Sozialisierung aller jungen Menschen spielt, das traditionelle Rollenverständnis reproduziere. + + +

Moderate Kräfte in Palästina stärken

Die Vertretung der FES in Ostjerusalem hat sich zum Ziel gesetzt, politische Alternativen zu unterstützen, die die tatsächliche Einstellung der palästinensischen Bevölkerung repräsentieren. So zum Beispiel durch die Zusammenarbeit mit der politischen Bewegung „Palästinensische Nationale Initiative“ (Al Mubadara). Um Gespräche über eine engere Zusammenarbeit zwischen europäischen Parteien und demokratischen und gewaltfreien Akteuren in Palästina führen zu können, hat die FES für Politiker der Al Mubadara einen Informationsbesuch nach Europa organisiert. Auch wurden Verbindungen auf der Verwaltungsebene aufgebaut. Der Informationsminister der Einheitsregierung, **Dr. Mustafa Barghouthi**, traf sich in diesem Zu-



sammenhang zu Konsultationen mit der EU-Kommissarin für Außenbeziehungen und Europäische Nachbarschaftspolitik, **Benita Ferrero-Waldner**.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Während eines Besuchs in Jerusalem und auf der Westbank traf der **Bundestagsabgeordnete Dr. Rolf Mützenich** mit hochrangigen palästinensischen Entscheidungsträgern, darunter **Premierminister, Finanz- und Außenminister Dr. Salam Fayyad** zusammen. Als erster SPD-Politiker, der sich mit Dr. Fayyad



traf, machte Mützenich klar, dass sich die SPD einem multilateralen Dialog verpflichtet fühlt. + + +

+ + + Der stellv. SPD-Fraktionsvorsitzende **Walter Kolbow** besuchte am 7. und 8. Juli im Rahmen einer Nahostreise die Palästinensischen Autonomiegebiete. Im Mittelpunkt der Gespräche, die das Büro der FES in Ostjerusalem mit politischen Partnern organisierte, standen Fragen der politischen Erneuerung in den Palästinensischen Autonomiegebieten. In einem Gespräch mit dem **Generaldelegierten für Außenbeziehungen der Fatah, Abdallah Frangi**, plädierte



Kolbow für programmatische Erneuerung und Generationswechsel in der Fatah. + + +

+ + + Um die **Rolle der palästinensischen Frauen in Gemeinderäten** zu stärken, starteten die FES und das Women's Affairs Technical Committee eine Seminarreihe, die zunächst mit dem Professor für Rechnungswesen und Wirtschaftsinformatik der An-Najah Universität/Nablus, Dr. Ghassan Daas, genderspezifische Aspekte von Gemeindehaushalten behandelte. Die Teilnehmerinnen aus den verschiedensten Gemeinden und Parteien arbeiten neben ihren beruflichen, familiären, ehrenamtlichen und akademischen Verpflichtungen als Gemeinderätinnen. + + +

+ + + Zwei Wahlkampfstrategen aus Schleswig-Holstein, Christian Kröning und Sven Zylla, hielten in Israel und den Palästinensischen Autonomiegebieten **Seminare für junge palästinensische Aktivisten und demokratische Parteien** ab. Organisiert von der FES in Jerusalem dienten Workshops mit der Parteijugend der Fatah und mit Al Mubadara der inhaltlichen Vorbereitung von Wahlkampagnen und dem strukturellen Aufbau einer Wahlkampfzentrale. Abschließend fand ein Runder Tisch zum Thema „Parteiemanagement und –strukturen“ statt, der vom FES-Partner PASSIA (Palestinian Academic Society for the Study of International Affairs) für Mitglieder der Fatah, anderer unabhängiger Parteien und Mitglieder internationaler Organisationen veranstaltet wurde. + + +

Programm der FES für Nachwuchspolitiker in Kenia

Pioniere des Wandels

— „ICH BIN EINE FRAU UND ICH BIN JUNG. Meine Konkurrenten verwenden beides gegen mich. Sie werden sich noch wundern“, sagt Caroline Ruto, und ihr Selbstbewusstsein wirkt nicht aufgesetzt.

Es stützt sich auf einen enormen Zuspruch der Bevölkerung und eine stetig wachsende Zahl von Freiwilligen, die die 29-jährige in ihrem Wahlkreis Chepalungo bei ihrer Kandidatur für die Ende des Jahres stattfindenden kenianischen Parlamentswahlen unterstützen. „Man merkt, dass die Menschen sich nach einem neuen, aufrechten Typ Politiker sehnen“, sagt Ruto in Anspielung auf den im Wahlkreis zunehmend umstrittenen, aber mächtigen Amtsinhaber: John Koech, Kenias Minister für Regionale Integration. Doch sie kämpft nicht nur gegen ihn; in ihrer Partei, dem Oppositionsbündnis Orange Democratic Movement, muss sie sich in der Vorauswahl gegen ein knappes Dutzend wesentlich älterer und wohlhabenderer Männer durchsetzen: „Ich muss mit einem geringeren Budget auskommen, werde keine Wähler bestechen, und ich werde mich

nicht an der im Vorfeld von Wahlen leider üblichen Organisation von Gewalt zur Einschüchterung beteiligen. Aber ich habe gelernt, strategisch zu planen und anders Wirkung zu erzielen;



Selbstbewusste Nachwuchskandidatin für die kenianischen Parlamentswahlen: die 29-jährige Caroline Ruto.

was ich den anderen voraus habe, ist PLDP.“ PLDP, das ist in Kenia inzwischen ein Qualitätssiegel für progressiven politischen Nachwuchs. PLDP, das ist das Political Leadership Development Programme, das zwei kenianische Nichtregierungsorganisationen in Zusammenarbeit mit der FES seit drei Jahren durchführen. Vierzig junge Kenianerinnen und Kenianer aus Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und

verschiedenen politischen Parteien aller Lager werden dabei über den Zeitraum von einem Jahr intensiv in Aspekten professioneller und demokratischer Führung geschult. „Kenia,

Jahrgangs; inzwischen steht der dritte kurz vor der Graduierung, und Bewerbungen für den vierten Durchgang gehen ein. Die Alumni-Arbeit rückt nun zunehmend in den Vordergrund; zudem werden zusehends regionale Verknüpfungen geschaffen mit vergleichbaren FES-Programmen in den Nachbarländern. Dem langfristigen Ziel, mit einer kritischen Masse qualifizierter Führungskräfte einen positiven Wandel der politischen Kultur in Kenia einzuleiten, fühlen sich die meisten Ehemaligen verpflichtet. Drei der ersten „Pioneers for Change“ arbeiten in einflussreicher Position: Ken Njiru baut als Generalsekretär der United Democrats (UNDA) eine neue, progressive Partei auf; Kepta Omwati und Cosmos Kanyadudi führten die Jugendflügel der Parteien Ford-Kenya und Liberal Democratic Party (LDP) zu neuer Stärke. Die FES arbeitet mit allen drei Institutionen an der Ent-

wicklung von Strategieplänen und inhaltlichen Positionen sowie an der Etablierung des Interparty Youth Council (IPYC). Diese parteiübergreifende Initiative hat sich zum Ziel gesetzt, bis spätestens zu den Wahlen 2012 die Mehrheit politischer Ämter mit

Vertreter/innen der Altersgruppe zu besetzen, der weit mehr als 90% der kenianischen Bevölkerung angehören: Menschen unter 45 Jahren.

Bei den anstehenden Wahlen im Dezember dieses Jahres ist Widerstand der alten Garde gegen die auf-

strebenden Jungdemokraten gewiss. Die FES wird gemeinsam mit IPYC in ausgewählten Wahlkreisen in Dialogveranstaltungen mit Kandidat/innen und potentiell gewaltbereiten Jugendgruppen zur Gewaltprävention beitragen; auch in Chepalungo,

denn Caroline Ruto fühlt sich alles andere als sicher. Sie hat bereits viele Drohungen erhalten. Der Mord an Rutos Vater im letzten Jahr ist noch immer nicht aufgeklärt, eine Verbindung zu Carolines politischen Ambitionen wahrscheinlich.

SENEGAL

Gewerkschaften suchen den Weg zur Einheit

„Nur gemeinsam sind wir stark“: Von dieser Erkenntnis sind die Gewerkschaften in Senegal immer mehr überzeugt. Lange zeigten sie sich uneins darüber, wie der Blockade im sozialen Dialog und der sich immer weiter verschlechternden Wirtschaftslage zu begegnen ist. Gemeinsame Fortbildungen, Aktionen und Erklärungen tragen nun dazu bei, eine geeinte Bewegung zu schaffen. Zu Zeiten der Präsi-

denten Senghor und Diouf gab es lediglich einen Dachverband.



Wird es den Gewerkschaftsdachverbänden in Senegal gelingen, einen gemeinsamen Ansatz für die Interessenvertretung ihrer Mitglieder zu finden?

Mit der politischen Öffnung des Senegal spaltete sich die Gewerk-

schaftsbewegung immer mehr auf und zählt mittlerweile 18

verschiedene Gewerkschaftsdachverbände. Die FES in Senegal entwickelte nun gemeinsam mit den drei wichtigsten und aktivsten Dachverbänden einen neuen Ansatz für die Interessensvertretung der Arbeitnehmer.

Bereits Anfang 2007 fanden Ausbildungen von Bildungsreferenten statt. Hierbei wollte man nicht nur zur

Professionalisierung der Bildungsarbeit beitragen, sondern hinter den Kulissen auch den Dialog „auf der Arbeitsebene“ anregen. Eine spontane Erklärung der Vertreter der drei Gewerkschaftsdachverbände bildete denn auch gleich den Abschluss des ersten Seminars. Der Wille zur Einheit und praktischen Zusammenarbeit, um gemeinsam für die Interessen der Arbeiter einzutreten, war ein starker Appell an die Gewerkschaftsspitzen. Das beste Beispiel hierfür ist das alle Dachverbände integrierende „Gewerkschaftskomitee für die Begleitung des Cotonou-Prozesses“, das 2007 durch eine Reihe von Aktionen im Namen der gesamten Bewegung öffentlich gut sichtbar war.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Als „Ohr der Arbeiter“ bezeichnete ein Gewerkschafter das South African Labour Bulletin (SALB) auf einem Workshop der FES in Südafrika. Das Magazin greift Themen aus der Arbeitswelt der abhängig Beschäftigten auf und macht sie einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich. Dabei kann das SALB auf mehr als 30 Jahre unabhängigen Journalismus zurückblicken. Und wie Herausgeberin Kally Forrest erklärt, kann das Magazin dabei seit den 1980ern auf die FES setzen: „Die FES ist dem SALB zuverlässige Unterstützung und Motivation.“ Erst Ende Juli 2007 beherbergte die FES einen Evaluierungsworkshop mit einer Diskussion über Inhalte, Schwerpunkte und Stil des Magazins.

www.salabourbulletin.org.za + + +

BENIN

Fortbildung für Radiojournalisten

Mit welchen Strategien will die neue Regierung wirtschaftliches Wachstum erreichen? Warum ging die Baumwollproduktion in den letzten Jahren zurück? Warum schwanken die Preise für Lebensmittel auf den lokalen Märkten? Mit diesen und anderen wirtschaftspolitischen Fragen sowie der Aufgabe, daraus kurze Radiobeiträge zu entwickeln, wurde eine Gruppe von jungen Journalisten in Benin während eines

Ausbildungsseminars von der Friedrich-Ebert-Stiftung und der Deutschen Welle konfrontiert. Aus über 50 Bewerbungen wurden drei Journalistinnen

und elf Journalisten aus allen Regionen des westafrikanischen Landes ausgewählt. Die ersten zwei Wochen des Seminars zur Wirtschaftsberichter-

stattung standen im Zeichen der Vermittlung journalistischer Grundregeln sowie von Vorträgen von Wissenschaftlern und Wirtschaftsexperten. Ebenfalls auf dem Programm stand eine Exkursion zum einzigen Sägewerk des Landes, um sich mit den Problemen und Potentialen wirtschaftlicher Aktivitäten zu beschäftigen. In der dritten Woche galt es, eigene Radiobeiträge zu erstellen.



Für ihre Radiobeiträge recherchierten die Journalisten auch in einem Sägewerk.

SÜDAFRIKANISCHES NETZWERK

Frauen unterstützen Frauen

Mentoring für Frauen gilt international als eine innovative Strategie, um die Rolle von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu stärken. Das Büro der FES in Südafrika unterstützt deshalb das „1001 Women Project – New Face of Leadership“. Im Rahmen dieses Projekts werden weibliche Mitglieder des Stadtrats von Johannesburg zu Mentorinnen ausgebildet. Im ersten Teil der Ausbildung werden die

Führungs- und Kommunikationsfähigkeiten der zukünftigen Mentorinnen gestärkt. Die Rollen und Aufgaben von Mentoren und Mentees sind Inhalt des zweiten Lernabschnitts. Im letzten Teil des Kurses werden die theoretisch erworbenen Kenntnisse in die Praxis umgesetzt: Jede Stadträtin wählt zwei Frauen aus ihrem Stadtteil aus und betreut diese. Beispielhaft werden zudem die Erfolgsgeschichten bedeutender

Südafrikanerinnen wie der Politikerin Helen Suzman oder der Sängerin Miriam Makeba herangezogen. Diese haben – als zwei von fünfzig südafrikanischen Frauen – im Rahmen des Buches „Inspirational Women at Work“ ihren Werdegang beschrieben, verraten ihre Erfolgsgeheimnisse und geben ihre persönlichen Ratschläge an andere Frauen weiter. Ein weiteres Ziel des „1001 Women Project“ ist es, das Netzwerk

zwischen Frauen in der Politik zu stärken. Die Verbindungen zwischen den Stadträtinnen werden ebenso gefestigt wie die zwischen ihren potentiellen Nachfolgerinnen. Die FES unterstützt auch eine Publikation der südafrikanischen Wochenzeitung Mail & Guardian, die in Form eines Handbuchs Informationen und Kontaktdaten einer Vielzahl südafrikanischer Frauen aus allen Berufsfeldern auflistet.

Zusammenhänge deutlich machen

Internationale Handels- und Investitionsabkommen beeinflussen nicht mehr nur die Handels- und Wirtschaftspolitik der beteiligten Länder, sondern unterminieren auch in zunehmendem Maße deren nationale Souveränität. Angesichts der laufenden Verhandlungen zur Handelsliberalisierung im Rahmen der WTO-Doha-Runde oder der

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, die zwischen der EU und den AKP-Ländern ausgehandelt werden, stellt sich für zahlreiche afrikanische Länder die Frage, wie diese Abkommen ausgestaltet sein müssen, um entwicklungsförderlich zu wirken. Obwohl sich Maßnahmen der Handelsliberalisierung entweder direkt oder indirekt auf die

Arbeitsmärkte – und auch Arbeitsbedingungen – auswirken, fehlt es Gewerkschaften oft an ausreichenden Kenntnissen dieser Zusammenhänge, um bereits während der Verhandlungen Einfluss zu nehmen. Vor diesem Hintergrund konzipierte die FES-Genf in Kooperation mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und der FES-

Vertretung in Südafrika Mitte Juli in Johannesburg einen Trainingskurs über „Handel und Entwicklung“. 35 Gewerkschaftern aus zwölf Ländern des südlichen Afrikas wurden die allgemeinen Beziehungen zwischen Handel und Entwicklung und anhand von Länderbeispielen für den Agrar-, Industrie- und Dienstleistungssektor vermittelt.

POLITISCHE BILDUNG IN SÜDAFRIKA

Fehlende Vorbilder

Südafrika ist derzeit von politischen Skandalen geschüttelt: eine Spendenaffäre, die führende Köpfe der Kommunistischen Partei SACP und des Gewerkschaftsdachverbandes COSATU betrifft; eine Gesundheitsministerin, die des Diebstahls und Alkoholismus beschuldigt wird und nicht zu vergessen ein ehemaliger Vizepräsident, der nach Korruptionsaffäre und Vergewaltigungsprozess immer noch als potentieller Nachfolger des Präsidenten Thabo Mbeki im Gespräch ist. Gerade aufgrund fehlender

Vorbildwirkungen ist es wichtig, Konzepte wie good governance sowie politische Moral und Ethik an die politische Basis zu tragen. Seit mehreren Jahren bereits unterstützt das Büro der FES in Johannesburg politische Bildung in Südafrika. Die Educational Training Unit, ein langjähriger Partner der FES, führt Workshops für jährlich mehr als ein tausend politisch interessierte Erwachsene in verschiedenen Städten und Bezirken der südafrikanischen Provinz Gauteng durch. Über einen Zeitraum von 26 Wochen lernen

und diskutieren die Teilnehmer jeden Samstagvormittag Inhalte zur Geschichte Südafrikas sowie aktuelle politische Entwicklungen, die praktische Bedeutung von verantwortlicher Re-

gierungsführung, das nationale Parteiensystem und politische Philosophie. Und dies mit Erfolg: Ein Teil der Teilnehmer ist bereits in politischen Führungspositionen auf lokaler Ebene aktiv.



Indien: die Debatte um politische Gleichstellung

Kein Kompromiss in Sicht

— WÄHREND ES EINZELNE FRAUEN IMMER MAL WIEDER SCHAFFEN in Spitzenpositionen der indischen Politik aufzurücken, ist der Anteil von Frauen im Bundesparlament mit zurzeit nur acht Prozent und in den Landesparlamenten mit durchschnittlich sechs Prozent weiterhin gering.

Die indische Verfassung verlangt nach Gendergerechtigkeit bei der politischen Re-

Frauen in die Gemeinde- und Stadträte gewählt. Sie haben die Entwicklung in einigen

dieser Frage auf den Grund zu gehen, lud die FES am 22. August zu einem Parlamentarier-Forum zum Thema „Frauenförderung: die Debatte um politische Repräsentation“ ein. Das Forum wurde mit dem Ziel ins Leben gerufen, den Austausch zwischen Journalisten und Parlamentariern zu fördern.

Der deutsche Bundestagsabgeordnete Sebastian Edathy gab auf Einladung der FES zum Auftakt der Diskussion einen Einblick in den Verlauf und das Ergebnis der Gleichstellungsdebatte in Deutschland. Es wurde deutlich, dass über die

Parteigrenzen hinweg die männlichen Abgeordneten die Frauenquote blockieren, weil sie nicht bereit sind, auf einen Parlamentsitz zu verzichten. Eine Genderquote würde die Anzahl der freien Mandate, die bereits durch reservierte Sitze für andere benachteiligte Gesellschaftsgruppen eingeschränkt ist, zusätzlich verringern. Das Gesetz wird voraussichtlich auch in dieser Legislaturperiode nicht verabschiedet werden, doch der Druck auf die Parteien und die Regierung, endlich ihre Versprechen einzulösen, wird immer stärker.

präsentation und erlaubt explizit die positive Diskriminierung zur Erreichung dieses Ziels.

Ein entsprechender Gesetzesentwurf, die „Women’s reservation bill“ liegt seit über zehn Jahren vor, doch ein tragfähiger Kompromiss zur gesetzlichen Regelung der Förderung von Frauen in Bundes- und Landesparlamenten steht noch immer aus. Auf lokaler Ebene wurde bereits 1993 die Eindrittelquote eingeführt. Seither wurden über eine Million

Gemeinden sichtbar vorangebracht. Seither hat jede Regierung die Einführung der Quote auch für das nationale und die bundesstaatlichen Parlamente versprochen. Doch die Diskussion und Abstimmung des Entwurfs wurde immer wieder erfolgreich verhindert.

Kann es nach zehn Jahren intensiver Debatten, Ergänzungen und Neuentwürfe wirklich noch sachliche Gründe geben, die weiterhin einen politischen Kompromiss unmöglich machen? Um

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Indien ist die größte Demokratie der Welt. Viele junge Menschen stehen der indischen Politik und den Prinzipien der Demokratie allerdings unentschlossen oder gleichgültig gegenüber. Jugendlichen mangelt es oft an Kenntnissen über ihre demokratischen Rechte und Pflichten und über die Funktionsweise einer Demokratie. Korruption und Klientelismus in der Politik haben zudem dazu geführt, dass Parteien und politische Institutionen nur wenig Glaubwürdigkeit genießen. Aus diesem Grund hat die FES zusammen mit dem Educational Research Centre an zehn Hochschulen ein Projekt zur politischen Bildung junger Studierender ins Leben gerufen. Vom 4. bis 6. August kamen Teilnehmer aus vielen Regionen Indiens erstmals zu einem Erfahrungsaustausch in Delhi zusammen. + + +

Soziale Demokratie nur eine Frage der Zeit

Ist soziale Demokratie relevant in einem Land, in dem Nation, Buddhismus und Monarchie laut Verfassung die höchsten Werte darstellen? Die Antwort darauf ist Ja. Darin waren sich die fast 150 Seminarteilnehmer einig, die auf Einladung der FES-Bangkok und der renommierten Chulalongkorn Universität einen Tag lang debattierten. Ja, weil bisher alle Regierungen in Thailand, ob gewählt oder vom Militär dominierte, einzelne Elemente der sozialen Demokratie in ihre Politik integriert haben. Ja, weil der Buddhismus auch soziale Gerechtigkeit und Solidarität propagiert. Nicht zuletzt Ja, weil der thailändische König jahrzehntelang als Modernisierer gewirkt und das Konzept des „genügsamen Wirtschaftens“ propagiert hat, das die Menschen, und nicht den Markt, in den Mittelpunkt stellt. Das Modell der europäisch geprägten sozialen Demokratie im Unterschied zur liberalen Demokratie amerikanischen Typs ist im Bewusstsein der

thailändischen Öffentlichkeit dennoch kaum präsent. Und wie fast überall in Asien ist das thailändische Parteien-



Übergangsphase ohne Drohpotential: Auch Thailands Militärregime strebt eine tragfähige demokratische Regierungsform an.

system nicht analog westlicher Werteorientierungen von links nach rechts organisiert, sondern bildet sich immer wieder neu um charismatische Politiker und klientelistische Machtnetzwerke. Die große politische Krise in Thailand, die 2006 in Massenprotesten und im Sturz der Regierung Thaksin durch eine Militärjunta resultierte, wirft nun jedoch tief gehende Fragen auf, die nicht durch eine bloße Reorganisation der politischen Landschaft und Neugestaltung grundlegender Institutionen wie Verfassung und Wahlsystem beantwortet werden können. Hunderte von Foren

diskutieren seit Monaten, wie man die thailändische Demokratie rechenschaftspflichtiger, wehrhafter, parti-

zipativer und sozial gerechter gestalten kann. Als Beitrag zu dieser Debatte und Informationsangebot für alle politischen Entscheidungsträger wurde das Buch „Die Zukunft der sozialen Demokratie“ von Prof. Dr. Thomas Meyer, Professor für Politologie an der Universität Dortmund und Leiter der Politischen Akademie der FES, auch in Thai übersetzt. Zur Buchvorstellung nach Bangkok angereist, präsentierte der Autor nicht nur die zentralen Aussagen der Publikation, sondern auch den Entwurf des neuen Grundgesetzprogramms der SPD. Beide Programmpunkte wurden inner-

halb des hochrangig besetzten Podiums als wegweisend für Thailand diskutiert.

Die Teilnehmer kamen aus Politik, Wissenschaft, Medien, Bürokratie, Zivilgesellschaft, Gewerkschafts-, Frauen- und Jugendbewegung; ein solch repräsentativer Querschnitt der Gesellschaft findet sich in Thailand selten in einem Raum. Dies wiederum unterstrich eine der Grundbotschaften von Prof. Meyer an die Vertreter der neuen Parteien: nicht separate Parteien für Arbeiter, Jugendliche, marxistische Akademiker oder progressive Aktivist:innen seien für die polarisierte Gesellschaft Thailands der Schlüssel, sondern eine politische Alternative, die das Potential hat, alle thailändischen Bürgerinnen und Bürger zu integrieren. Bis dahin mag es noch ein weiter Weg sein, doch deutet die Nachfrage nach dem Buch, das bereits vergriffen ist, darauf hin, dass die soziale Demokratie in Thailand von nun an eine größere und engagierte Lobby hat.

VIETNAM

Gewerkschaften unter Anpassungsdruck

Der 1986 eingeschlagene Pfad der „Marktwirtschaft mit sozialistischer Orientierung“ sorgt in Vietnam bereits seit mehreren Jahren in Folge für Wachstumsraten, die oft nur noch vom Nachbarn China über-

wicklung wurde die Armut mehr als halbiert und auch „einfache Leute“ profitieren spürbar von Einkommenssteigerungen. Endgültig vorbei sind die Zeiten, in denen die Mehrheit der Beschäftigten in Staats-

gen an Organisation, Auftreten und Qualifikation, ja geradezu einen Kulturbruch. Mitgliedergewinnung und -bindung wollen gelernt sein und auch die hohe Kunst der Tarifverhandlung ist nicht jedem Funktionär in die Wiege gelegt. Einer gerade abgeschlossenen Untersuchung zufolge haben ein Drittel der Gewerkschaftsmitglieder in den letzten drei Jahren keinerlei tarifäre Gehaltserhöhungen erfahren, obwohl die Verbraucherpreise jedes Jahr um mindestens 6% gestiegen sind. Offiziellen Angaben zufolge ereigneten sich 70% der insgesamt 1.600 Streiks der letzten zehn Jahre in den Betrieben ausländischer Investoren. Es dürften nicht zuletzt diese Streiks gewesen sein, die innerhalb und außerhalb

der Einheitsgewerkschaft die Einsicht haben wachsen lassen, dass eine Stärkung der Interessenvertretung der Arbeitnehmer dringlich ist und nicht ohne Anpassungen von Struktur, Selbstverständnis und Dienstleistungsangebot selbst erreicht werden kann. Die FES unterstützt diesen Prozess in vielfacher Hinsicht: So wird geholfen, den Weg für eine Annäherung an die Global Unions zu ebnen, die landesweite Etablierung von Rechtsberatungsbüros als neuer gewerkschaftlicher Dienstleistung wird gefördert und Trainer für Arbeitsschutz wurden ausgebildet. Die wichtigste Unterstützung aber richtet sich auf die geplante Gründung einer ersten echten Branchengewerkschaft für den Textilbereich.



Der Wirtschaftsboom in Vietnam verändert auch die Art der Beschäftigungsverhältnisse.

troffen werden. Der Umbau der Wirtschaft schreitet dank Privatisierungen und ausländischen Direktinvestitionen in atemberaubendem Tempo voran. Im Zuge dieser Ent-

betrieben beschäftigt war und ihre Gehälter per Regierungsdekret festgelegt wurden. Für die tradierten Staatsgewerkschaften bedeutet dies vollständig neue Herausforderun-

Erfahrungsaustausch zwischen Europa und Asien

Während es für EU-Bürger selbstverständlich ist, ohne Visazwang zu reisen und in anderen EU-Ländern eine Arbeit aufzunehmen, fängt die „Vereinigung der Südostasiatischen Nationen“ (ASEAN) erst an, sich mit dieser Herausforderung zu beschäftigen. Vom 3. bis 6. Juli lud deshalb das Europabüro der FES Vertreter aus ASEAN-Arbeitsministerien und der Zivilgesellschaft zu einem Informationsseminar nach Brüssel ein.

Im Mittelpunkt stand dabei die Arbeitnehmerfreizügigkeit, eine der vier Grundfreiheiten der EU und Voraussetzung für die Entstehung des gemeinsamen Binnenmarktes. Ein weiterer Themenschwerpunkt behandelte den „Sozialen Dialog“ sowohl innerhalb der EU als auch in den Beziehungen zu Asien. Dabei wurde deutlich, dass der Soziale Dialog schon fest auf nationaler wie europäischer Ebene verankert ist, während es in den ASEAN-Mitgliedstaaten noch Defizite gibt. Hier sahen die asiatischen Teilnehmer wie auch die europäischen Experten einen konkreten Ansatz, um den Erfahrungsaustausch zu vertiefen.

Erhebliche Unterschiede

Unbezahlte Löhne, Überstunden bis zur Erschöpfung, ungesunde Arbeitsplätze und häufige Arbeitsunfälle mit tausenden von Toten sowie das Fehlen von Arbeitsverträgen in den meisten privaten Betrieben führen seit einigen Jahren in China zu Konflikten. Dem steht die Welt der staatlichen Betriebe und der Unternehmen ausländischer, v. a. europäischer Herkunft gegenüber, in denen das Arbeitsrecht zu meist beachtet wird und wo die Gewerkschaften ihre gesetzliche Rolle ausfüllen. Die unter der Kontrolle der Kommunistischen

Partei Chinas stehenden chinesischen Gewerkschaften bemühen sich verstärkt, die Reform des Arbeitsrechts, um die Kontrolle der Umsetzung der rechtlichen Bestimmungen voranzutreiben, den Organisationsgrad zu erhöhen und Kollektivverhandlungen in der Privatwirtschaft zu verankern. Deutsches Arbeitsrecht, Tarifrecht und Mitbestimmung sowie die Erfahrungen der deutschen Gewerkschaften haben dabei durch die Zusammenarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung, des DGB, der IG Metall und der

IGBCE mit dem All Chinesischen Gewerkschaftsbund (ACGB) seit 1983 spürbare Resonanz gefunden, obwohl sich die Rollen der Gewerkschaften in Deutschland und China systembedingt erheblich unterscheiden. In dieser Tradition stand die Reise einer Delegation der IG Metall unter der Leitung des Geschäftsführenden Vorstandsmitglieds Kirsten Rölke im August nach China. Der vom ACGB und der FES organisierte Besuch führte die Delegation nach Beijing, nach Nanjing sowie Suzhou in der Provinz Jiangsu und nach

Shanghai. Rölke wurde unter anderem begleitet vom Leiter der Internationalen Abteilung der IG Metall, Horst Mund. Betriebsbesichtigungen sowie Gespräche mit Management und Betriebsgewerkschaftskomitees im Boschbetrieb Nanjing Huade Spark Plug Co. Ltd., bei Suzhou Siemens Electrical Apparatus Ltd. und bei Shanghai Power Equipment Co. Ltd. erlaubten einen direkten Einblick in die Arbeit der chinesischen Gewerkschaften und die Arbeitsbeziehungen in deutschen wie chinesischen Betrieben.

Gender Mainstreaming in der Gewerkschaftspolitik

Obwohl Gender Mainstreaming als Neuausrichtung von Gleichstellungspolitik bereits vor zwölf Jahren auf der Weltfrauenkonferenz in Peking als Auftrag an die Politik formuliert wurde, ist dessen Umsetzung in China bisher kaum erfolgt.

Das Interesse von chinesischer Seite ist jedoch groß, dieses Konzept zukünftig stärker in die Gewerkschaftspolitik zu integrieren und dabei von deutschen und europäischen Erfahrungen zu profitieren. Denn die enorme ökonomische und gesellschaftliche Entwicklung Chinas verändert zunehmend die sozialen Strukturen, sowohl in den urbanen, als auch in den ländlichen Gebieten des Landes. Traditionelle Familien- und Geschlechterverhältnisse werden durch

Landflucht und die Herausbildung einer urbanen Mittelschicht aufgebrochen. Obwohl die Gleichstellung von Männern und Frauen in China – im Vergleich zu anderen asiatischen Ländern – weiter entwickelt ist, ist die Geschlechtergerechtigkeit insbesondere auf dem Arbeitsmarkt noch stark unausgewogen.

Claudia Menne, Leiterin des Bereichs Frauenpolitik beim DGB-Bundesvorstand und stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Frauenrates, hielt in China auf Einladung der FES-Shanghai drei Vorträge zu „Gender Mainstreaming in den Gewerkschaften“. Dabei gelang es ihr, insbesondere die Unterschiede zur traditionellen Frauen- und Gleichstellungspolitik herauszuarbeiten, die in China bisher angewendet wird. Themen wie Mindestlohn und Mutterschutz in Deutschland und Europa stießen auf chinesischer Seite auf besonderes Interesse.

Auf chinesischer Seite gibt es ein großes Interesse an den genderpolitischen Erfahrungen deutscher Gewerkschaften.



Brücke zwischen Wissenschaft und Politik

„Kalter Krieg“ kennzeichnet das Jahr 1972 und der Ost-West-Konflikt beherrscht die Weltpolitik. In Deutschland ist Willy Brandt Bundeskanzler und setzt mit der „Ostpolitik“ auf Entspannung in Europa. In der Dritten Welt suchen nationale Befreiungsbewegungen einen Weg aus ihrer Abhängigkeit von den westlichen Industrienationen. Wieder ist es Willy Brandt, der den Blick auf die wachsenden Ungleichgewichte zwischen Nord und Süd schärft. Er wirbt für eine gerechtere Verteilung der weltweiten Ressourcen. Während dieser Zeit gründet die FES in Costa Rica die Zeitschrift „Nueva Sociedad“ (Neue Gesellschaft), die wenige Jahre später nach Venezuela umzieht. Costa Rica und Venezuela sind die einzigen stabilen Demokratien in der Region. Auch und gerade in den Köpfen tobt die Auseinandersetzung um politische Modelle, Entwicklungswege und vor allem um die Frage: Führt der Weg Lateinamerikas zu wirtschaftlicher Entwicklung und politischer

Freiheit notwendigerweise über die Revolution? Die Autoren der „Nueva Sociedad“ sind Politiker und Intellektuelle aus allen Ländern Lateinamerikas – oft anonym. Sie diskutieren den Weg zu Demokratie und wirtschaftlicher Unabhängigkeit mit einem klaren Feindbild: Diktaturen und Imperialismus. Sie beobachten die Konflikte in Zentralamerika und in den 80er Jahren die Redemokratisierung des Subkontinents. Heute, 35 Jahre nach Gründung blickt die Zeitschrift auf 211 Ausgaben und fast 3.000 Diskussionsbeiträge in Form von Analysen, Essays und Kommentaren zurück. Der Kampf um die Demokratie ist gewonnen, aber wirtschaftliche Entwicklung und

die Überwindung der sozialen Ungleichheit stehen noch aus. Jetzt spiegelt die Zeitschrift eine breite Debatte innerhalb des politischen Mitte-Links-Spektrums um Entwicklungsalternativen und politische Reformen wider. Nicht Gut und Böse stehen sich gegenüber, sondern differenzierte Blicke auf konkrete Defizite in der institutionellen Entwicklung oder engagierte Debatten über die politische Zukunft Lateinamerikas. Sind Hugo Chávez und

Evo Morales Populisten? Sind Michelle Bachelet und Lula noch Linke? Sind Nationalisierungen Schnee von gestern? Bis zu 250.000 Mal wird monatlich auf die Website www.nuso.org mit ihren fast 3.000 Artikeln zugegriffen. Sie spiegeln in einzigartiger Weise die neuere politische und gesellschaftliche Geschichte Lateinamerikas wider – keine andere vergleichbare Zeitschrift in der Region bildet eine ähnliche Brücke zwischen Wissenschaft und Politik. In fast 300 Universitäts- und Institutsbibliotheken – von der Kongressbibliothek in Washington, über alle wichtigen Hochschulen Lateinamerikas bis hin zur Akademie der Wissenschaften in China – steht „Nueva Sociedad“ in den Lesesälen.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + „Wirtschaft, Politik und sozialer Konflikt: Die neue Karte der Macht in Lateinamerika“, lautete die Überschrift eines internationalen Seminars, das im August von der Nationalen Universität Kolumbiens, dem Projekt Justiz und Leben, und der FES organisiert wurde. Die Teilnehmer aus Mexiko, Brasilien, Venezuela, Ecuador, Costa Rica, Belgien und Deutschland diskutierten über einen „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Der belgische Prof. Françoise Houtart nannte dessen vier Charakteristiken: er gebe dem ökologischen Denken Vorrang, stelle den Gebrauchswert vor den Tauschwert, praktiziere eine partizipative Demokratie und stehe für „Interkulturalität“. + + +

Abgekühlte Beziehungen wiederbeleben

Die Beziehungen zwischen Europäischer Union und Lateinamerika stellen bis 2009 einen Schwerpunkt der außenpolitischen Arbeit der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament dar. Eine ganze Reihe von Maßnahmen dient dem Ziel, den Dialog zwischen SPE-Fraktion und progressiven Kräften der Region zu vertiefen. Anfang Januar 2007 gründete sich daher unter dem Vorsitz von Martin Schulz, Fraktionsvorsitzender der SPE, und der stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Pasqualina Napoletano das Forum Lateinamerika, dem ca. 30

Fraktionsmitglieder angehören. Ein Ziel ist es, den Abschluss des seit acht Jahren anhängigen Assoziierungsabkommen zwischen der EU und dem südamerikanischen Integrationsbündnis MERCOSUR zu befördern. So wird die SPE-Fraktion im Herbst eine große Anfrage zu den Beziehungen zwischen EU und Lateinamerika ins Parlament einbringen. In Zusammenarbeit mit der FES wurden zudem vier Themen auf die Agenda gesetzt, die die abgekühlten Beziehungen wiederbeleben könnten: Klimapolitik, die internationale Finanz-

architektur, die Zusammenarbeit in den Vereinten Nationen sowie soziale Gerechtigkeit. Mit Unterstützung der FES wurden bereits mehrere Maßnahmen realisiert. Ende März kam es in Brüssel im Rahmen des Besuchs einer hochrangigen MERCOSUR-Delegation zu einer gemeinsamen Arbeitssitzung mit dem Lateinamerika-Forum. Die Parlamentsferien im August nun nutzte Schulz zu einer zweiwöchigen Reise nach Brasilien, Uruguay, Argentinien und Chile. Dort ist das Bekenntnis zur regionalen Integration trotz aller Schwierigkeiten

ungebrochen. Über die vier zentralen Themen der Lateinamerika-Initiative und das Gebot eines engeren Zusammenarbeitens der europäischen und lateinamerikanischen Linken bestand Einigkeit. In seinen Gesprächen wurden aber auch strittige Punkte wie die Öffnung der Agrar- und Dienstleistungsmärkte angesprochen. Allen Gesprächen gemeinsam war die Überzeugung, dass nur eine stärkere inter- und intraregionale Zusammenarbeit, die den Staat als zentralen Akteur anerkennt, ein Abdriften in den Neoliberalismus verhindert.

Wo liegt Nordamerika?

„Was verbindest Du mit dem Wort „Nordamerika“? Christian, Berater eines kanadischen Abgeordneten, sowie Rita und Teresa, zwei junge mexikanische Gewerkschafterinnen sind sich einig: die USA. Und auch Nick vom zweitgrößten US-amerikanischen Gewerkschaftsdachverband gibt zu,

dass es ihm vorher nie in den Sinn gekommen ist, dass Mexiko auch zu Nordamerika gehören könnte, Puerto Rico, ja – aber Mexiko? Maria Guadalupe aus Chiapas assoziiert mit dem Wort „gringos y problemas“. Die Frage wurde stellte den Auftakt für eine Dialogserie zur Zukunft der Nordamerikani-

schen Gemeinschaft („North American Community“) dar, die das Büro der FES-Mexiko gemeinsam mit dem FES-Büro in Washington organisiert. Der erste dieser Dialoge fand Anfang Juni in Mexiko statt. Zwei Tage lang diskutierten Nachwuchskräfte aus Politik, Gewerkschaften und Zivilgesell-

schaft aus den USA, Kanada und Mexiko unter dem Leitthema „Ein Nordamerikanischer Pass für eine Nordamerikanische Gemeinschaft?“ politische Gestaltungsmöglichkeiten Nordamerikas. Und obwohl die Idee, junge Menschen aus den drei Ländern zusammenzubringen, zunächst einfach er-

scheinen mag, stellte dieser grenzüberschreitende Workshop ein absolutes Novum dar. Für viele war es die erste Gelegenheit überhaupt, sich mit gleichaltrigen aus dem nördlichen oder südlichen Nachbarland auszutauschen. Wie tief sollte eine Integration – über Handelsfragen hinaus – der drei Länder reichen? Wie hoch sollte und vor al-

lem könnte der Institutionalierungsgrad einer solchen Gemeinschaft sein? Mit Hilfe renommierter Akademiker, die über Themen wie Migration, Wirtschafts- und Sicherheitskooperation referierten, wurde der Grundstein für angelegte Diskussionsrunden gelegt. Erika Ruiz, Professorin für Internationale Beziehungen am Instituto Tecnológico

Autónomo de México, sieht Mexikos Zukunft in einer stärkeren Integration mit dem Norden. De facto ist die regionale Integration bereits weit vorgeschritten. Im Unterschied zur EU verläuft sie aber nicht top down sondern, durch die Migrationsströme bedingt, bottom up. Schätzungsweise 25 Millionen Mexikaner leben und arbeiten

heute in den USA. Der zweite Teil der Dialogserie findet im Dezember in Washington statt. Im Fokus steht dann eine gemeinsame Energiepolitik der drei Länder. Zusätzlich sollen bei diesem nächsten Treffen junge deutsche Nachwuchskräfte die Debatte mit Ideen aus Europa bereichern.

KOLUMBIEN

Homosexuelle ohne Rechte

Nach langen und kontroversen Debatten in beiden Kammern des kolumbianischen Parlaments wurde am 19. Juni das erste „Homosexuellen-Gesetz“ Kolumbiens im Vermittlungsausschuss gekippt. Und das, obwohl Senat als auch Reprä-

sentantenkammer das Gesetz schon mit klarer Mehrheit abgesegnet hatten. Reaktion darauf waren Protestdemonstrationen im ganzen Land. Das Gesetz stellte den ersten Versuch dar, eine Gleichberechtigung von Schwulen, Lesben,

Bi- und Transsexuellen zu garantieren. Dieser Bevölkerungsteil wird in diesem traditionell katholisch geprägten Land immer noch diskriminiert. Auf einer Veranstaltung in der FES unterschrieben am 27. Juni die Vorkandidaten für das Bürgermeisteramt in Bogotá einen politischen Pakt. Samuel Moreno Rojas, María Emma Mejía, Hernan-

do Gómez Serrano und Edgar Montenegro von der stärksten Oppositionspartei, der linken „Polo Democrático Alternativo“, verpflichteten sich, die Rechte der Schwulen, Lesben, Bi- und Transsexuellen innerhalb ihrer Regierungspläne zu verankern und Programme gegen die Diskriminierung zu entwickeln.

FES + + + TELEGRAMM

+ + + Die regionalen und kommunalen Wahlen Kolumbiens Ende 2007 jetzt schon im Blick, wurde Anfang August in den Räumen der FES das seit 2002 existierende Internetportal www.votebien.com erneut vorgestellt. Votebien informiert über alle die Wahlen betreffenden Fragen, über Parteien, Kandidaten und Programme, aber auch über denkbaren Wahlbetrug, Stimmenkauf oder -verschiebung, Bedrohung durch Guerillagruppen oder das organisierte Verbrechen. Bei den letzten Präsidentschaftswahlen im Jahr 2006 griffen ca. zwei Millionen Besucher auf die Seiten zu. Gründer und Träger des Portals sind die Zeitschrift Revista Semana, die FES, das Portal Terra, die Mediengruppe COLPRENSA S.A., die UNDP, Transparencia por Colombia, Caracol Radio, die GTZ und die britische Botschaft. + + +



Nachdem das Gesetz zur Gleichberechtigung von Homosexuellen gescheitert war, gab es Proteste in ganz Kolumbien.

AUSLANDSBÜROS STELLEN SICH VOR: DAS FES-BÜRO IN SÜDAFRIKA

Siyanemukela Emzanzi Africa! *

* „Herzlich Willkommen in Südafrika“ auf Zulu, die meistgesprochene afrikanischen Sprache des Landes.

„Das Leben in der Bompas Road Nummer 34 in Johannesburg beginnt morgens um sechs, wenn der Nachwächter das Grundstück der FES verläßt. Gleichzeitig schließen die Haushälterinnen Margaret und Rebekka Dlamini die Bürotüren auf und machen das FES-Büro bereit für einen neuen Arbeitstag. Ab acht füllt sich das Büro mit Leben. Die Rezeptionistin Christine Martins nimmt die ersten Anrufe entgegen und der Gewerkschaftsbeauftragte Bethuel Maserumule sitzt bereits mit der Genderkoordinatorin Kaamilah Joseph zusammen, um über den nächsten Workshop mit dem Gewerkschaftsdachverband COSATU zu sprechen. Gegen zehn Uhr kommen der Büroleiter Dr. Werner Rechmann und der Projektassistent Christoph Pohlmann ins Büro. Die beiden waren gerade bei einem Arbeitsfrühstück mit Dr. Chris Landsberg, dem Leiter des Centre for Policy Studies (CPS), um über mögliche Referenten für eine geplante Konferenz über die Außenpolitik Indiens, Brasiliens und Südafrikas zu diskutieren. Die beiden Buchhalterinnen Evelyn Kämmerer und Yvette Murphy haben schon auf Rechmann gewartet. Sie müssen mit ihm das Budget für den Workshop mit Prof. Marius Olivier von der University of Johannesburg besprechen. Das Büro von Prof. Olivier hatte sich morgens an Margaret Motsepe, die Assistentin von Werner Rechmann, gewandt. Gegen Mittag bricht die Projektmanagerin Jana Hilgenfeld zusammen mit den Praktikantinnen Julia Müller und Susanne Meltl nach Pretoria auf. Sie wollen Räume für die Ausstellung über die „Weiße Rose“ in der Deutschen Schule Pretoria besichtigen und sich zu einem Gespräch mit dem zuständigen Geschichtslehrer treffen. Warren Hulley, verantwortlich für Fahrdienste und Sicherheitsfragen, bringt die drei durch den Mittagsverkehr schnell und sicher an ihr Ziel...“

Dieser Ausschnitt aus einem ganz gewöhnlichen Arbeitstag zeigt bereits einen Teil der Arbeitsschwerpunkte der FES in Südafrika auf. In ihrer Arbeit unterstützt die FES den politischen, sozia-

len und wirtschaftlichen Transformationsprozess in Südafrika mit dem Ziel, Demokratie und soziale Gerechtigkeit im wichtigsten Land des südlichen Afrikas zu stärken.

Im Mittelpunkt stehen dabei verschiedene Reformvorhaben in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft sowie die Stärkung von Strukturen von Parlamentarismus, Parteiendemokratie, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftlicher Interessenvertretung. Hauptpartner sind die Regierungs-



Das Team des FES-Büros in Johannesburg

partei African National Congress (ANC) und der Gewerkschaftsdachverband Congress of South African Trade Unions. Mit beiden Partnern hat die FES schon zu Apartheidzeiten intensiv zusammengearbeitet und verfügt aufgrund des gewachsenen Vertrauensverhältnisses über einen privilegierten Zugang zum Führungspersonal. Weitere Partner der FES in Südafrika sind die Parlamentsfraktion des ANC, Ausschüsse des Nationalparlaments und des Provinzparlaments von Gauteng, Institute verschiedener Universitäten und Think Tanks sowie Gruppen der Zivilgesellschaft. Daneben wird der deutsch-südafrikanische Dialog gepflegt. Seit dem letzten Jahr erstellt das FES-Büro einen elektronischen Newsletter, in dem die interessierte deutsche Öffentlichkeit über aktuelle politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in Südafrika informiert wird. Abrufbar über: fokus@fessa.co.za

AUSLANDSBÜROS STELLEN SICH VOR: DIE ARBEIT DES FES-BÜROS IN SERBIEN

Notwendig ist ein langer Atem

Belgrad, 24. März 1999: ein sechs Tage altes Mädchen erlebt – wenn auch unbewusst – den Beginn der Bombardierung der Stadt durch die NATO. Es ist die erste Tochter der FES-Mitarbeiterin Ana Manojlovic.

Berlin, 3. Juni 1999: die serbische Leiterin der FES, Jelena Volic, bringt ihr erstes Kind zur Welt, einen Jungen. Sie hatte kurz vorher Serbien aus politischen Gründen verlassen müssen. Am Tag der Entbindung geht der Krieg in ihrer Heimat zu Ende.

und Annäherung an die EU schien das Normalste von der Welt zu sein. In der Tat waren große Fortschritte zu verzeichnen und die FES konnte in der Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen sowie der Regierung wichtige Aktivitäten in den Bereichen Wahlbeteiligung und in der politischen Fortbildung für Nachwuchs- und Gemeindepolitiker realisieren. Auch in Fragen der Vergangenheitsbewältigung, des Dialogs mit den Nachbarländern und der Information über Detailfragen hinsichtlich der EU-Annäherung konnte die Stiftung tatkräftige Unterstützung leisten. Aber die rückwärtsgewandten Kräfte in Serbien waren noch lange nicht überwunden. Den größten Rückschlag erlebte das Land mit dem Mord an Premierminister Djindjic im März 2003. Die nachfolgenden Regierungen verlangsamten die Öffnungsprozesse oder drehten sie ganz zurück.

So war die Projektpolitik des FES-Büros in den letzten Jahren darauf gerichtet, vor allem die jungen serbischen Generationen von Demokratie und Partizipation zu überzeugen. Eine Sommerschule für jugendliche Führungskräfte der ganzen Balkanregion wird beispielsweise seit mehreren Jahren mit der alternativen akademischen Institution Belgrade Open School organisiert. Studenten der Politikwissenschaften können sich in einem Zyklus über „Diplomatie in der Praxis“ informieren. Das Programm „Promising Politicians“ bringt junge Mitte-Links-Politiker aus allen ehemaligen jugoslawischen Ländern und Albanien zu Diskussionen über programmatische Fragen, Verhandlungsstrategien, den Umgang mit Medien und Europapolitik zusammen. In diesem Jahr reisten anlässlich der deutschen EU-Präsidentschaft mit Unterstützung aller deutschen Stiftungen insgesamt mehr als 50 gesellschaftspolitisch engagierte Studenten, die noch nie im westeuropäischen Ausland waren, zu einem zweiwöchigen Informationsbesuch nach Deutschland.

Durch die längere Isolierung des Landes ist auch die europäische Debatte nicht fest installiert. Hierzu helfen z.B. von der FES herausge-



Das FES-Team
in Belgrad

Die FES ist also symbolisch sehr stark mit diesen vielleicht schwierigsten Monaten Serbiens verbunden. Das Milosevic-Regime hatte deutschen FES-Mitarbeitern kein Visum zugestanden. So musste also, wie häufig auch in anderen Krisenländern, eine andere Konstruktion gesucht werden. Und wie so häufig wurde das Projekt in der ersten Zeit, seit 1996, maßgeblich von Ortskräften getragen. Die Zusammenarbeit mit demokratischen Oppositionsgruppen wie „Nezavisnost“ oder „Otpor“ war heikel, aber auch erfolgreich. Erst Ende 2000 konnte sich ein deutscher Auslandsmitarbeiter in Belgrad niederlassen und die Arbeit der Stiftung normalisieren und ausweiten.

Nach dem Sturz von Milosevic und dem Antritt der demokratischen Regierung unter Premierminister Zoran Djindjic herrschte im Lande Aufbruchstimmung, eine schnelle Modernisierung

gebene kurze Policy Papers über westeuropäische Erfahrungen.

Projektideen sollen soweit als möglich von den nationalen Partnern der FES entwickelt und auch umgesetzt werden. In den Gesprächen mit ihnen bringen die wissenschaftlichen Mitarbeiter Ana Manojlovic und Zoran Lutovac ihre eigenen Ideen und Vorstellungen ein, so dass es zu einer abgestimmten Endfassung eines Projektes kommt. In ähnlicher Weise ist Ivana Racic für die Projekte in Montenegro als technische Programmkoordinatorin tätig.

In der praktischen Vorbereitung und Durchführung sind dann die organisatorischen Erfahrungen aller Ortskräfte immer wieder gefragt. Die Suche nach geeigneten Unterkünften für die Sommerschulen, die Wahl günstiger Reiseverbindungen oder das Korrekturlesen der Publi-

kationen sind typische Aufgaben für Bojana Vranes. Igor Jokic sorgt für die Verteilung der Publikationen, Transporte und Botengänge. Für eine sparsame und wirtschaftliche Durchführung aller Maßnahmen sorgt bei den Abrechnungen Buchhalterin Bojana Djurdjevic.

Die Skepsis der nationalistischen Kräfte hinsichtlich der Zukunft Serbiens bleibt auch für die FES-Arbeit ein großer Hemmschuh. Denn ohne den eigenen politischen Willen kann der Demokratisierungs- und Modernisierungsprozess von außen nur in engen Grenzen beeinflusst werden. So wird es wohl noch lange Zeit dauern, bis Serbien Anschluss an Europa gefunden hat. Und vielleicht werden die 1999 geborenen Kinder der FES-Mitarbeiter noch tatkräftig an Aufbau und Konsolidierung der Demokratie im Lande mitwirken müssen.

AUSLANDSBÜROS STELLEN SICH VOR:
DAS FES-REGIONALBÜRO „ARBEITSBEZIEHUNGEN UND SOZIALDIALOG IN SÜDOSTEUROPA“

Heute hier, morgen dort

Neben den zahlreichen Landesvertretungen der FES in Südosteuropa gibt es ein weiteres Büro, das seine Arbeit auf die gesamte Region erstreckt. Der Schwerpunkt liegt in der Stärkung des Sozialdialoges in den Ländern des Balkans. Die Partner der Projektarbeit kommen daher von den Gewerkschaften, den Arbeitgebern und den entsprechenden Ministerien und nachgeordneten Stellen in den Regionen und Kommunen. Schon diese Partnerlandschaft ist beeindruckend: So gibt es hier z.B. über 40 nationale gewerkschaftliche Dachverbände mit durchschnittlich 20 Branchenorganisationen. Als dieses Regionalprojekt vor dreieinhalb Jahren aus Budapest nach Belgrad umgezogen war, galt es, eine neue Arbeitsstruktur zu entwickeln und – in vielen Fällen – auch neue Partnerschaftsbeziehungen aufzubauen und ein neues Team zusammenzustellen. Die Projektkoordinatorinnen Edit Nemeth und Ana Ljubojevic, der Projektkoordinator Milan Jevtic, die Buchhalterin Darinka Kovacevic und der technische Assistent Goran Pavlov setzen seitdem gemeinsam mit den Partnerinstitutionen die wesentlichen Schwerpunkte der FES in Fragen des Europäischen Wirtschafts- und Sozial-



Das Regionalbüro besteht aus: Goran (oben); Dacia, Edit, Ana und Milan (Mitte); der deutsche Projektleiter Frank Hantke (unten)

modells um. Dazu zählen so genannte Regionalmaßnahmen wie auch Aktivitäten in den einzelnen der sechs am Projekt beteiligten Länder. Unterstützung geben dabei die sehr verständnisvollen Kolleginnen und Kollegen in den FES-Landesbüros, denn es kann passieren, dass alles drei Tage vorher noch einmal „umgeschmissen“ werden muss, weil der internationale Partner kurzfristig abgesagt hat oder Kooperationspartner in den Ländern ihren Teil der Organisation nicht einhalten können oder oder oder ...

www.dialog.fes.org.yu

Internationale Politikanalyse

Kellermann, Christian; Rixen, Thomas und Uhl, Susanne – *Unternehmensbesteuerung europäisch gestalten/* Internationale Politikanalyse (<http://library.fes.de/pdf-files/id/04761.pdf>)

Lippert, Barbara – *Die EU-Nachbarschaftspolitik in der Diskussion: Konzepte, Reformvorschläge und nationale Positionen* (<http://library.fes.de/pdf-files/id/04736.pdf>)

Müller-Hennig, Marius – *Multilateralismus maritim gedacht: Chancen globaler Ordnungspolitik mit den USA?* (<http://library.fes.de/pdf-files/id/04783-20070906.pdf>)

Busemeyer, Marius R. – *Overstretching solidarity?: Trade unions' national perspectives on the European economic and social model/* Internationale Politikanalyse (<http://library.fes.de/pdf-files/id/04751.pdf>)

Wieland-Karimi, Almut – *Die transatlantischen Beziehungen: der Westen gemeinsam auf dem Weg zu neuen Ufern* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04598.pdf>)

Weitere Publikationen finden Sie unter www.fes.de/internationalepolitik; Sie können die Printversionen bestellen bei Ursula.Mueller@fes.de.

Kompass 2020

Auga, Michèle – *Crisis and wars in times of globalization: how German crisis prevention and peace building could help/* Dept. for Development Policy (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04741.pdf>)

Dauderstädt, Michael – *Controlling the risks of a global economy: Germany's role* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04744.pdf>)

Dirmoser, Dietmar – *Energiesicherheit: neue Knappheiten, das Wiederaufleben des Ressourcennationalismus und die Ausichten für multilaterale Ansätze*

Gärber, Andrä – *The Middle East and North Africa* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04740.pdf>)

Gießmann, Hans-Joachim – *Farewell to disarmament?: points of orientation in Germany's arms control policy*

Golaszinski, Ulrich – *Sub-Saharan Africa: the rediscovery of a continent*

Hein, Wolfgang – *Global health: a policy field of underestimated importance* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04745.pdf>)

Hillebrand, Ernst – *Too many or too few?: Demographic growth and international migration* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04743.pdf>)

Lerch, Marika – *Demokratie im Aufwind?: Außenpolitische Strategien der Demokratieförderung* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04597.pdf>)

Ott, Hermann E. – *Internationale Klimapolitik 2020: Herausforderung für die deutsche (Umwelt-)Außenpolitik* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04691.pdf>)

Stetten, Jürgen – *Multilateral institutions: building new alliances, solving global problems* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04739.pdf>)

Dialogue on globalization

Kwa, Aileen – *Rethinking the trading system* – Occasional papers 32 (<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/04613.pdf>)

Abraham, Meghna – *Building the new Human Rights Council: outcome and analysis of the institution-building year* – Occasional papers 33 (<http://library.fes.de/pdf-files/bueros/genf/04769.pdf>)

Trollip, Hilton – *South African Energy Policy & G8 Petersburg Declaration on Global Energy Security* – Briefing Paper 11-2007, FES Johannesburg, August 2007

Rosa, Luiz Pinguelli – *Energy Policy in Brazil in the Context of Global Energy Security and Environmental Constraints: The Case of Electric Power* – Briefing Paper 12-2007, FES Sao Paulo, August 2007

Vargas, Rosío – *Energy Security in Mexico: An Evaluation in the Light of St. Petersburg* – Briefing paper 10-2007, FES Mexico, July 2007

de Almeida, Paulo Roberto – *Brazil as a Regional Player and an Emerging Global Power: Foreign Policy Strategies and the Impact on the New International Order* – Briefing paper 9-2007, FES Sao Paulo, July 2007

Wanandi, Jusuf – *Indonesia, East Asia and Global Governance* – Briefing paper 8-2007, FES Sao Paulo, July 2007

Giessmann, Hans J. – „ChIndia“ and ASEAN: About National Interests, Regional Legitimacy, and Global Challenges – Briefing Paper 07-2007, FES Berlin, May 2007

Zhongying, Pang – *Some approaches to boosting China's pivotal role in tackling global challenges* – Briefing paper 6-2007, FES Beijing, May 2007

Stiglitz, Joseph E.; Griffith-Jones, Stephany – *Growth with Responsibility in a Globalized World* – Findings of the Shadow G-8 – Occasional Paper N°31, May 2007

Kurzberichte aus der intern. Entwicklungszusammenarbeit

Asien und Pazifik

Bergstermann, Jörg – *Von der Volkskammer zum Parlament: Vietnam nach den Wahlen zur 12. Nationalversammlung* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04650.pdf>)

Effner, Henning – *Pakistan vor den Wahlen: Ausrufung des Notstandes oder Rückkehr zur Demokratie?* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04785.pdf>)

Feicht, Roland – *Olympia 2008 – Countdown in Peking* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04596.pdf>)

Herberg, Mirko – *Nach der Wahl ist vor der Wahl: philippinische Politik zwischen Stillstand, Regression und dem nächsten Wahlkampf*

Koch-Laugwitz, Ursula – *Afghanistan: ein demokratisches Experiment auf der Kippe?* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04599.pdf>)

Lorch, Jasmin; Pasch, Paul – *Myanmars Waffenstillstände und die Rolle der internationalen Gemeinschaft* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04770.pdf>)

Tenbusch, Renate – *Kastenlose wird Ministerpräsidentin im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Indiens: Auftakt einer Umwälzung des etablierten politischen Systems?*

Lateinamerika und Karibik

Restrepo, Darío – *Herausforderungen an Sozialpolitik in den Andenländern* (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04646.pdf>)

WISO

WISO-Diskurs

Blanke, Thomas – *Wettbewerb, Prekarität und Sozialschutz: die sozialen Lizenzanforderungen nach § 6 Abs. 3 S. 1 Nr. 3 PostG*; Rechtsgutachten (<http://library.fes.de/pdf-files/fo-wirtschaft/04715.pdf>)

Rechte Orientierungen bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern: Dokumentation – Gesprächskreis Migration und Integration (<http://library.fes.de/pdf-files/asfo/04550.pdf>)

Schule in der Einwanderungsgesellschaft: Dokumentation – Gesprächskreis Migration und Integration (<http://library.fes.de/pdf-files/asfo/04689.pdf>)

Perspektiven der Erwerbsarbeit: einfache Arbeit in Deutschland; Dokumentation einer Fachkonferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung – Gesprächskreis Arbeit und Qualifizierung (<http://library.fes.de/pdf-files/asfo/04591.pdf>)

Winters, Jutta – *Polen auf dem Weg zum Euro*: was kommt auf Polen und Deutschland zu?; Dokumentation – Europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik (<http://library.fes.de/pdf-files/wiso/04768.pdf>)

Maiwald, Johanna – *Auf dem Weg zum gläsernen Verbraucher?* Verbraucherschutz bei Kundenkarten und RFID-Chips

Volz, Peter – *Mitarbeiterbeteiligung in Europa, Japan und den USA* – Dokumentation zu staatl. Rahmenbedingungen für finanzielle Mitarbeiterbeteiligungsmodelle in ausgewählten Staaten

WISO direkt

Dauderstädt, Michael – *Was wir Deutschland schulden* (<http://library.fes.de/pdf-files/fo-wirtschaft/04707.pdf>)

Fehmel, Thilo – *Vorsorgender Sozialstaat – Zukunft des Sozialstaates?* (<http://library.fes.de/pdf-files/asfo/04658.pdf>)

Greifenstein, Ralph; Weber, Helmut – *Vom Klassiker „Humanisierung der Arbeit“ zum Zukunftsprogramm „Gute Arbeit“*

Stiegler, Barbara – *Kapital und Kinderkriegen*: Betreuungskonzepte für Kleinkinder aus der Geschlechterperspektive

Vom Dritten Weg zum vorsorgenden Sozialstaat: Thesen zur Bilanz sozialdemokratischer Wohlfahrtspolitik (<http://library.fes.de/pdf-files/fo-wirtschaft/04711.pdf>)

weitere Publikationen

5 Jahre Gender Mainstreaming in NRW: eine Zwischenbilanz, Abteilungs- und Gesellschaftspolitische Information

Adam, Steffen – *Der Weg der sozialen Demokratie: politische Stadterkundung Potsdam* – Anstöße zur Programmdiskussion der SPD am architektonischen Detail; Sommeruniversität der Friedrich-Ebert-Stiftung 2007

Dowe, Dieter (Hg.) – *Anke Fuchs: ein politisches Leben in Bildern*

Bartelheimer, Peter – *Politik der Teilhabe: ein soziologischer Beipackzettel* – Fachforum: Analysen & Kommentare (<http://library.fes.de/pdf-files/do/04655.pdf>)

Becker, Irene – *Verdeckte Armut in Deutschland*: Ausmaß und Ursachen/ Fachforum: Analysen & Kommentare (<http://library.fes.de/pdf-files/do/04656.pdf>)

Braun, Michael – *Italien zwischen Berlusconi und Prodi*: Aufbruch oder Stagnation? – FES-Analyse (<http://library.fes.de/pdf-files/id/04766.pdf>)

Döring, Diether – *Sozialstaatsstrategie und Beschäftigung im europäischen Vergleich* – Gesprächskreis Sozialpolitik (<http://library.fes.de/pdf-files/asfo/04716.pdf>)

Datenschutz im Spannungsfeld von Freiheit und Sicherheit: Dokumentation der Fachkonferenz Datenschutz 2007 am 14. Juni 2007 – Medien- und Technologiepolitik (<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04764.pdf>)

Färber, Christine – *Gender budgeting in der Bürgergesellschaft* – Betrifft: Bürgergesellschaft; 26

Fallahzadeh, Behzad – *Klimapolitik: die Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts?* – Policy – Politische Akademie; 16

„Gerechtigkeit – Gesellschaftliche Ausgrenzung – Armutspolitik?“: Grundwerteforum 21 – Policy – Politische Akademie; 17

Global structural policy for Africa's development?: Taking a hard look at the EU Africa strategy; documentation (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/04774-20070903.pdf>)

Hantke, Frank – *Die Außenbeziehungen der deutschen Gewerkschaften in Mittel-, Ost- und Südost-Europa*: Ziele, Instrumente und Perspektiven (<http://library.fes.de/pdf-files/id/04513.pdf>)

Heimann, Siegfried – *Karl Heinrich und die Berliner SPD, die sowjetische Militärdiktatur und die SED*: ein Fallbeispiel – Gesprächskreis Geschichte; 70 (<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/04710.pdf>)

Klein, Ludger – *Die Demokratie braucht die Zivilgesellschaft*: Plädoyer für eine integrierte Strategie gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit – Arbeitskreis Bürgergesellschaft und aktivieren der Staat (<http://library.fes.de/pdf-files/kug/04590inf.html>)

Kraa, Detlev – *Stabilität und Demokratie in Zentralasien*: eine Strategie der europäisch-zentralasiatischen Zusammenarbeit – Materialien zum Thema „Demokratieförderung“ (<http://library.fes.de/pdf-files/id/04759.pdf>)

Partnership with Russia in Europe: economic and regional topics for a strategic partnership; fifth roundtable discussion, Potsdam, March 19–20, 2007 – Gesprächskreis Partnerschaft mit Russland in Europa. (<http://library.fes.de/pdf-files/id/04688.pdf>)

Progressive Muslims and political communication – Interkultureller Dialog

Rehburg, Meike – *Fairer Wettbewerb für deutsche Hochschulen*: neue Formen der Hochschulfinanzierung; Konferenzbericht – Arbeitskreis Forschung und Innovation (<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04714.pdf>)

Rossnagel, Alexander – *Datenschutz in einem informatisierten Alltag*: Gutachten – Medien- und Technologiepolitik (<http://library.fes.de/pdf-files/stabsabteilung/04548inf.html>)

Das Spannungsverhältnis von Qualität und Quote: die zukünftigen Herausforderungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk; Dokumentation einer Fachkonferenz – Medien- und Technologiepolitik (<http://library.fes.de/pdf-files/iez/global/04687.pdf>)

Steinbach, Udo – *Die widerspruchsvolle „Republik“ – Iran auf dem Weg zu einer regionalen Vormacht?* – FES-Analyse (<http://library.fes.de/pdf-files/id/04652.pdf>)

Verheugen, Günter – *Globaler Wettbewerb und die Weiterentwicklung der Europäischen Union* – Bonner Dialog

Boll, Friedhelm; Lenz, Britta – *Vertreibung gesamteuropäisch erinnern: gemeinsam – nicht getrennt!* – History & Policy (<http://library.fes.de/pdf-files/historiker/04713.pdf>)

Die Zukunft der Sozialen Demokratie: Anstöße für ein neues Grundsatzprogramm – Landesbüro Brandenburg

Bogedan, Claudia; Grimmeisen, Simone; Kohlrausch, Bettina; Mätzke, Margitta : *Vom Dritten Weg zum vorsorgenden Sozialstaat*: Thesen zur Bilanz sozialdemokratischer Wohlfahrtsstaatspolitik – Abt. Wirtschafts- und Sozialpolitik



Patrik von zur Mühlen

Die internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung

Von den Anfängen
bis zum Ende des Ost-West-Konflikts

Reihe: Geschichte der internationalen Arbeit
der Friedrich-Ebert-Stiftung
Herausgegeben von Pia Bungarten, Dieter
Dowe, Ernst Kerbusch, Uwe Optenhögel

288 Seiten, Broschur
Euro 29,90
ISBN 978-3-8012-0378-8

2. überarbeitete Auflage

Ende der 1950er Jahre begann die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr entwicklungspolitisches Engagement in der Dritten Welt. In den 1970er Jahren wandte sie sich verstärkt den Industrieländern in Europa und Übersee zu. Sie trug durch ihre Unterstützung demokratischer Kräfte nicht nur zur Überwindung der Diktaturen in Chile, Brasilien und Südafrika bei, sondern war auch einer der wesentlichen Akteure bei der Beendigung des Zentralamerikakonfliktes. Ihre Unterstützung beim Aufbau demokratischer Strukturen in Spanien und Portugal fand große öffentliche Beachtung. Schließlich leistete sie durch den Dialog mit der kommunistischen Staatenwelt einen nachhaltigen Beitrag zum Abbau des Ost-West-Konfliktes.

Der Ost-West-Konflikt führte zu einem Wettlauf zwischen den westlichen und den kommunistischen Staaten um die Präsenz in der Dritten Welt. Deshalb bildete er den permanenten Hintergrund der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung. Ihr Tätigkeitsspektrum reichte von der Erwachsenenbildung bis zur Politikberatung, von der Gewerkschafts- und Genossenschaftsarbeit bis zur Wirtschafts- und Medienförderung. In den Industrieländern selbst förderte die Stiftung den Dialog zwischen Ost und West und baute so erfolgreich politische Spannungen ab. Am Schluss geht der Autor auf den charakteristischen Paradigmenwechsel ein, der sich aus dem Wandel der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen ergab, und resümiert, wie wirksam und nachhaltig die internationale Arbeit dieser politischen Stiftung war.